

Millenniums-Entwicklungsziele

Bericht 2008



VEREINTE NATIONEN



Dieser Bericht beruht auf einem Stammdatensatz, der von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele unter der Führung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten im Sekretariat der Vereinten Nationen zusammengestellt wurde. Damit wurde dem Wunsch der Generalversammlung nach einer regelmäßigen Fortschrittsbewertung hinsichtlich der Ziele entsprochen. Die Gruppe besteht aus Vertretern der nachstehend aufgeführten internationalen Organisationen, zu deren Aufgaben die Erstellung einer oder mehrerer der statistischen Indikatorreihen gehört, die für die Überwachung des Umsetzungsstands der Ziele für geeignet befunden wurden. Weitere Beiträge stammten von Statistikern einzelner Länder sowie von externen sachverständigen Beratern.

INTERNATIONALE ARBEITSORGANISATION

ERNÄHRUNGS- UND LANDWIRTSCHAFTSORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN

ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN FÜR ERZIEHUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR

WELTGESUNDHEITSORGANISATION

WELTBANK

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

INTERNATIONALE FERNMELDEUNION

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR AFRIKA

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR EUROPA

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR LATEINAMERIKA UND DIE KARIBIK

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKOMMISSION FÜR ASIEN UND DEN PAZIFIK

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKOMMISSION FÜR WESTASIEN

GEMEINSAMES PROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN FÜR HIV/AIDS

KINDERHILFSWERK DER VEREINTEN NATIONEN

HANDELS- UND ENTWICKLUNGSKONFERENZ DER VEREINTEN NATIONEN

ENTWICKLUNGSFONDS DER VEREINTEN NATIONEN FÜR DIE FRAU

ENTWICKLUNGSPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN

UMWELTPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN

RAHMENÜBEREINKOMMEN DER VEREINTEN NATIONEN ÜBER KLIMAÄNDERUNGEN

AMT DES HOHEN FLÜCHTLINGSKOMMISSARS DER VEREINTEN NATIONEN

PROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN FÜR MENSCHLICHE SIEDLUNGEN

BEVÖLKERUNGSFONDS DER VEREINTEN NATIONEN

INTERPARLAMENTARISCHE UNION

ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

WELTHANDELSORGANISATION

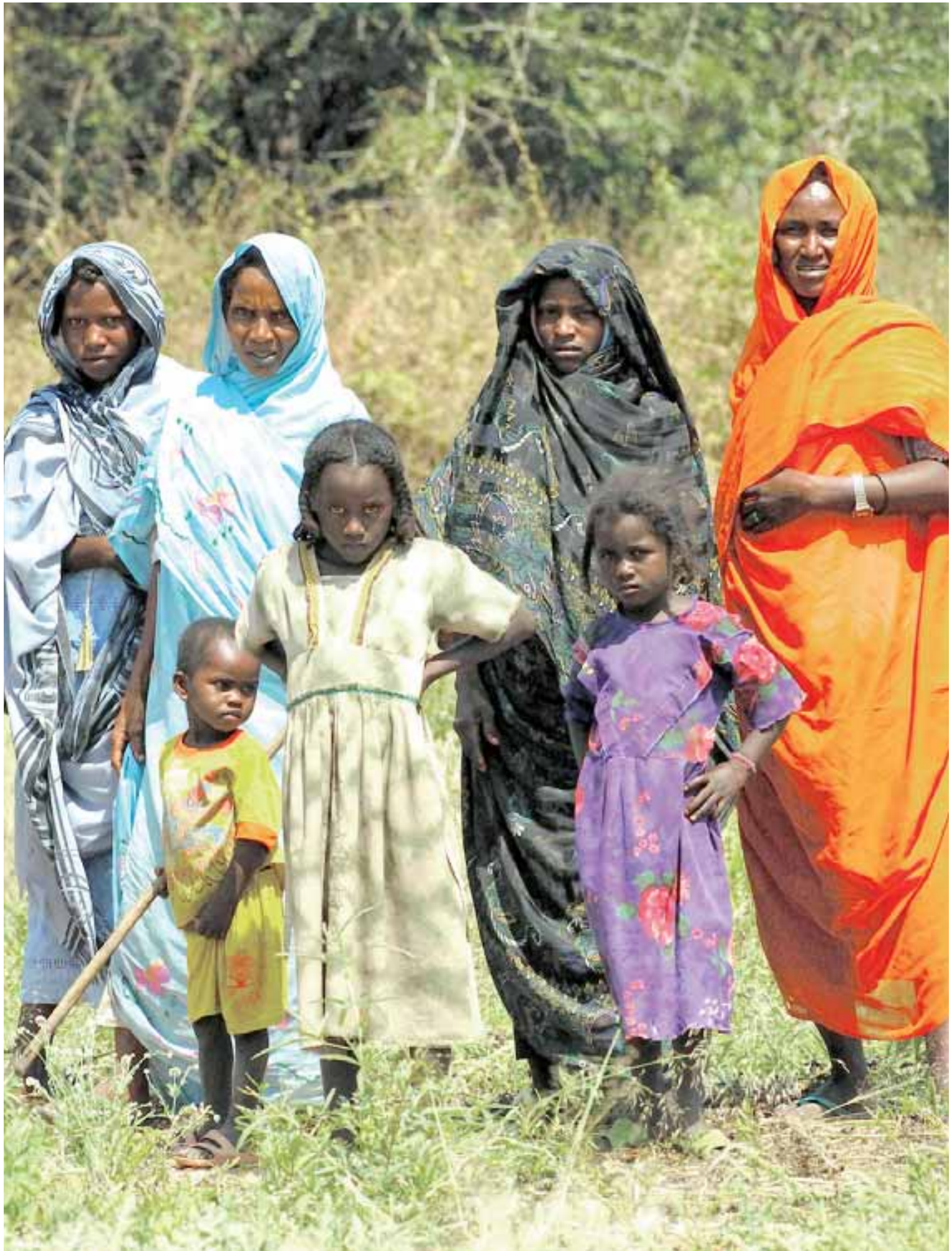
Millenniums- Entwicklungsziele Bericht 2008



VEREINTE NATIONEN

NEW YORK 2008

EIN ENDE DER ARMUT **2015** *Gehen wir es an*
MILLENNIUMS-ENTWICKLUNGSZIELE



Vorwort

Mit der Verabschiedung der Millenniums-Erklärung im Jahr 2000 gelobte die internationale Gemeinschaft, sie werde „keine Mühen scheuen, um unsere Mitmenschen – Männer, Frauen und Kinder – aus den erbärmlichen und entmenslichenden Lebensbedingungen der extremen Armut zu befreien“. Wir haben die Halbzeitmarke für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 jetzt überschritten.

Die Ziele repräsentieren die Entwicklungsbestrebungen der ganzen Welt. Sie sind jedoch nicht nur Entwicklungsziele, sondern umfassen allgemein anerkannte menschliche Werte und Menschenrechte wie die Freiheit von Hunger, das Recht auf Grundbildung, das Recht auf Gesundheit und die Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Wir sind zwar bei allen acht Zielen erheblich vorangekommen, zur Erfüllung unserer Selbstverpflichtungen reicht der bisherige Kurs jedoch nicht. In diesem Bericht wird das bereits Erreichte in Zahlen gefasst und so die Größenordnung der noch verbleibenden Aufgaben sichtbar.


Diese Aufgaben sind schwieriger geworden, da das seit Anfang dieses Jahrzehnts herrschende, zumeist günstige Entwicklungsklima, das zu den bisherigen Erfolgen beigetragen hat, jetzt in Gefahr ist. Wir erleben einen weltweiten wirtschaftlichen Abschwung und eine Krise bei der Ernährungssicherung, deren Ausmaß und Dauer ungewiss sind. Die Erderwärmung macht sich deutlicher bemerkbar. Diese Entwicklungen haben direkte Auswirkungen auf unsere Anstrengungen zur Armutsminderung. Durch den wirtschaftlichen Abschwung werden die Einkommen der Armen sinken, durch die Nahrungsmittelkrise werden weltweit mehr Menschen Hunger leiden und weitere Millionen in die Armut getrieben werden, und der Klimawandel wird die Armen unverhältnismäßig stark treffen. So dringend es indessen auch sein mag, dass wir diese Probleme bewältigen, so wenig darf uns dies von unseren langfristigen Anstrengungen zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele abbringen. Wir müssen im Gegenteil eine Strategie verfolgen, die weiter den Schwerpunkt bei den Millenniums-Entwicklungszielen setzt, während wir uns diesen neuen Probleme stellen.

An einigen der in letzter Zeit eingetretenen negativen Entwicklungen wird deutlich, dass diesen Problemen in der Vergangenheit nicht genügend Aufmerksamkeit zugewendet wurde. Wäre in den vergangenen Jahrzehnten

mehr in die Agrar- und die ländliche Entwicklung der Entwicklungsländer investiert worden, so liefen wir heute nicht so direkt Gefahr, dass der Hunger wieder zunimmt. Der Klimawandel wäre keine solche unmittelbare Bedrohung, wenn unserem über die Jahre immer wieder erneuerten Bekenntnis zu nachhaltiger Entwicklung Taten gefolgt wären. Und die gegenwärtigen Turbulenzen auf den globalen Finanzmärkten zeigen systemische Schwächen auf, die uns schon seit einiger Zeit bekannt sind, gegen die wir aber nicht entschieden genug vorgegangen sind.

In unserer unruhigen Zeit laufen wir Gefahr, dass einige Fortschritte bei der Armutsminderung zunichte gemacht werden. Auch bei anderen Millenniums-Entwicklungszielen könnte es zu Rückschlägen kommen. Einige Fortschritte jedoch werden Bestand haben. Ein Kind wird sein Leben lang von der Grundschulbildung profitieren, die es sonst vielleicht nicht erhalten hätte. Viele Menschen sind heute am Leben, weil sie gegen Masern geimpft wurden oder antiretrovirale Medikamente gegen Aids erhalten. Millionen Tonnen ozonabbauender Stoffe sind nicht in die Atmosphäre gelangt. Durch den Erlass von Auslandsschulden wurden Ressourcen für die Entwicklung freigesetzt. Diese und andere Beispiele zeigen deutlich, was durch solide Strategien, die politischen, finanziellen und technischen Rückhalt genießen, erreicht werden kann und bereits erreicht wurde.

Mit Blick auf 2015 und die Zeit danach lässt sich mit Gewissheit sagen, dass wir das übergreifende Ziel erreichen können: Wir können der Armut ein Ende setzen. Fast immer hat die Erfahrung gezeigt, dass wir mit unseren Vereinbarungen über unser künftiges Vorgehen Recht hatten; mit anderen Worten: Wir wissen, was zu tun ist. Es bedarf jedoch unentwegter, kollektiver, langfristiger Anstrengungen. Wir haben Zeit verloren. Durch die verlassenen Chancen und die zusätzlichen Herausforderungen wird die vor uns liegende Aufgabe erschwert. Wir sind jetzt gefordert, Verlorenes aufzuholen und alle Länder gemeinsam fest auf den Weg zu einer wohlhabenderen, zukunftsfähigeren und gerechteren Welt zu bringen.



Ban Ki-moon
Generalsekretär der Vereinten Nationen

Überblick

Die acht Millenniums-Entwicklungsziele wurden von der internationalen Gemeinschaft als Rahmen für die Entwicklungsaktivitäten von mehr als 190 Ländern in zehn Regionen verabschiedet und in über 20 Zielvorgaben und mehr als 60 Indikatoren konkretisiert. Dieser Bericht ist eine Zusammenfassung der Fortschritte jeder einzelnen Region bei der Erreichung der Ziele. Es liegt jedoch in der Natur einer solchen Synthese, dass die Entwicklungsrealität in den einzelnen Ländern seit der Verabschiedung der Ziele nicht in ihrer vollen Bandbreite und Vielfalt zum Ausdruck kommt.

Zur Halbzeit sind einige wesentliche Erfolge sichtbar

Der größte bislang erzielte Erfolg besteht in der in ihrer Breite und Tiefe beispiellosen Verpflichtung auf die Millenniums-Entwicklungsziele, eine in 50 Jahren der Entwicklungsarbeit nicht übertroffene globale kollektive Initiative. Nicht nur die Regierungen der Entwicklungsländer und die internationale Gemeinschaft haben sich diese Ziele als Rahmen für die internationale Entwicklungszusammenarbeit gesetzt, sondern auch der Privatsektor und, was ganz entscheidend ist, die Zivilgesellschaft in den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern. Private Stiftungen in den entwickelten Ländern treten als Verfechter der Ziele auf und werden gleichzeitig zu einer wichtigen Finanzierungsquelle für ein breites Spektrum von Aktivitäten zu ihrer Verwirklichung. Nichtstaatliche Organisationen in den Entwicklungsländern sind zunehmend an der Durchführung dieser Aktivitäten und der Überwachung ihrer Ergebnisse beteiligt.

Diese globale kollektive Initiative zeitigt Ergebnisse. Wenn man die in früheren Berichten enthaltenen Daten um neuere Zahlen bereichert, bestätigt sich im Großen und Ganzen das Bild, das sich bereits zuvor abgezeichnet hat. Bezüglich mancher Bereiche der Millenniums-Entwicklungsziele wurden selbst in problematischeren Regionen solide Fortschritte erzielt, und einige Zielvorgaben werden wohl innerhalb der gesetzten Frist, zumeist 2015, erreicht werden:

- Das übergreifende Ziel der Halbierung der absoluten Armut liegt für die Welt insgesamt in Reichweite;
- mit Ausnahme von zwei Regionen beträgt die Einschulungsquote in den Grundschulen mindestens 90 Prozent;
- der Geschlechterparitätsindex bei der Grundschulbildung liegt in sechs der zehn Regionen, einschließlich der bevölkerungsreichsten, bei 95 Prozent oder mehr;
- Sterbefälle durch Masern gingen von 750.000 im Jahr 2000 auf weniger als 250.000 im Jahr 2006 zurück, und etwa 80 Prozent der Kinder in den Entwicklungsländern werden heute gegen Masern geimpft;
- die Zahl der Sterbefälle durch Aids ging von 2,2 Millionen im Jahr 2005 auf 2 Millionen im Jahr 2007 zurück, und die Zahl der Neuinfektionen sank von 3 Millionen im Jahr 2001 auf 2,7 Millionen im Jahr 2007;
- die Malariaprävention nimmt zu, und weitaus mehr Kinder unter fünf Jahren in Afrika südlich der Sahara nutzen insektizidbehandelte Moskitonetze: In 16 von 20 Ländern hat sich ihre Nutzung seit etwa 2000 mindestens verdreifacht;
- die Tuberkuloseinzidenz wird voraussichtlich vor dem Zieldatum von 2015 stagnieren und dann zurückgehen;
- seit 1990 haben etwa 1,6 Milliarden Menschen erstmals Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser erhalten;
- die Nutzung ozonabbauender Stoffe wurde fast vollständig eingestellt, was zu den Anstrengungen zur Eindämmung der Erderwärmung beiträgt;
- in den Entwicklungsländern ist der für den Auslandsschuldendienst verwendete Anteil an den Exporteinnahmen von 12,5 Prozent im Jahr 2000 auf 6,6 Prozent im Jahr 2006 zurückgegangen, wodurch diesen Ländern mehr Mittel für die Armutsbekämpfung zur Verfügung stehen;
- der Privatsektor hat einige unentbehrliche Medikamente besser verfügbar gemacht und für die rasche Ausbreitung der Mobilfunktechnologie in allen Entwicklungsländern gesorgt.

Einige dieser Erfolge gehen auf gezielte Interventionsmaßnahmen oder Programme zurück, darunter die Bereitstellung von Moskitonetzen, Medi-

kamenten, Impfstoffen und Mobiltelefonen. So stieg beispielsweise die Produktion insektizidbehandelter Moskitonetze von 30 Millionen im Jahr 2004 auf 95 Millionen im Jahr 2007 an; die Zahl der HIV-Infizierten in den Entwicklungsländern, die antiretrovirale Medikamente erhielten, stieg 2007 um beinahe eine Million an, und 2006 gab es in Afrika mehr als 60 Millionen neuer Mobilfunkkunden.

Die Erreichung einiger weiterer Ziele oder Zielvorgaben, darunter die Senkung der Müttersterblichkeit, wird vom Bestehen landesweiter Systeme qualifizierten und angemessen ausgestatteten Personals und einer wirksamen institutionellen Infrastruktur abhängen. Der Aufbau dieser Kapazitäten erfordert ein starkes politisches Engagement und die längerfristige Verfügbarkeit ausreichender Mittel, bevor Erfolge sichtbar werden. Um diesen Erfordernissen gerecht zu werden, wurde die Auslandshilfe für an den Millenniums-Entwicklungszielen orientierte Aktivitäten im sozialen Sektor erhöht, teilweise zu Lasten des Aufbaus von Produktionskapazitäten und materieller Infrastruktur, namentlich in der Landwirtschaft. Die erhöhte Aufmerksamkeit, die den direkten mit den Zielen zusammenhängenden Sektoren entgegengebracht wurde, zeitigte zwar oft Ergebnisse, sollte jedoch nicht dazu führen, dass anderen wichtigen Sektoren die benötigten Ressourcen entzogen werden. Die Erfüllung des Gesamtbedarfs an Hilfe erfordert die Bereitstellung der zugesagten zusätzlichen öffentlichen Entwicklungshilfe und kann nicht durch die Umschichtung von Ressourcen zwischen verschiedenen Sektoren erreicht werden.

Andere Bereiche bedürfen größerer Anstrengungen

Neben den Erfolgen stehen auch Ziele und Zielvorgaben, die wahrscheinlich nicht erreicht werden, wenn nicht dringend zusätzliche oder verstärkte Maßnahmen bzw. Abhilfemaßnahmen getroffen werden:

- Der Anteil der Menschen in Afrika südlich der Sahara, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt, wird wahrscheinlich nicht zielgerecht halbiert werden;
- etwa ein Viertel aller Kinder in den Entwicklungsländern gelten als untergewichtig und laufen Gefahr, ein Leben lang unter den Langzeitwirkungen der Unterernährung zu leiden;
- von den 113 Ländern, die das Ziel der Geschlechterparität in der Grund- und Sekundarschulstufe bis 2005 nicht erreicht hatten, werden es voraussichtlich nur 18 bis 2015 erreichen;
- fast zwei Drittel der erwerbstätigen Frauen in den Entwicklungsländern befinden sich in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und sind auf eigene Rechnung tätig oder verrichten unbezahlte Arbeit in einem Familienbetrieb;
- in einem Drittel der Entwicklungsländer stellen Frauen weniger als 10 Prozent der Parlamentarier;
- mehr als 500.000 schwangere Frauen in den Entwicklungsländern sterben jedes Jahr bei der Entbindung oder an Komplikationen bei der Schwangerschaft;
- etwa 2,5 Milliarden Menschen, beinahe die Hälfte der Bevölkerung der Entwicklungsländer, haben keinen Zugang zu besseren sanitären Einrichtungen;
- mehr als ein Drittel der wachsenden städtischen Bevölkerung in den Entwicklungsländern lebt in Slumverhältnissen;
- der Kohlendioxidausstoß ist trotz des internationalen Zeitplans zur Bewältigung dieses Problems weiter angestiegen;
- die Ausgaben der entwickelten Länder für Auslandshilfe sind 2007 im zweiten Jahr in Folge zurückgegangen und laufen Gefahr, hinter den 2005 abgegebenen Zusagen zurückzubleiben;
- die internationalen Handelsverhandlungen liegen um Jahre hinter dem Zeitplan zurück, und alle Ergebnisse werden wohl weit hinter den anfänglich hoch gesteckten Erwartungen auf ein entwicklungsorientiertes Ergebnis zurückbleiben.

Die vielfachen Dimensionen der Armut angehen

Zusammen genommen zeigen die bisher erzielten Ergebnisse erneut, wie viele Facetten die Armut besitzt, wie sehr ihre verschiedenen Ursachen und

Erscheinungsformen miteinander verflochten sind und wie notwendig es ist, weitreichende synergetische Maßnahmen zu ergreifen. Zu den Armen zählen nicht nur diejenigen, die über das niedrigste Einkommen verfügen, sondern auch diejenigen mit dem geringsten Zugang zu Gesundheit, Bildung und anderen Aspekten des menschlichen Wohlergehens. Arme Mütter sterben häufiger im Kindbett, Kinder armer Familien sind eher mangelernährt und dadurch anfälliger für tödlich verlaufende Kinderkrankheiten, arme Kinder erhalten eine geringere oder manchmal überhaupt keine Bildung, und die Ungleichstellung der Geschlechter ist unter den Armen stärker ausgeprägt, wodurch sich ihnen die anerkannten Vorteile und Chancen der Entwicklung verschließen. All dies wiederum perpetuiert die Einkommensarmut. Konflikte, Naturkatastrophen und wirtschaftliche Fluktuationen ebenso wie auch die in letzter Zeit aufgetretenen Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und die zunehmend spürbaren Folgen der Erderwärmung sind eher dazu angetan, das Einkommen der Armen zu beeinträchtigen als das anderer Menschen.

Die meisten Armen sind in einem Teufelskreis gefangen. Diesen zu durchbrechen erfordert eine Kombination zeitgleicher Maßnahmen, denn eine Einzelintervention kann kaum etwas ausrichten. Die Regierungen sollten sicherstellen, dass die Armutsminderung durchgängig in alle Politikbereiche einbezogen wird, von der nationalen makroökonomischen Strategie bis hin zu örtlichen Verwaltungsmaßnahmen. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Schaffung zusätzlicher Möglichkeiten für eine menschenwürdige Arbeit gelten. Bei Investitionen der öffentlichen Hand und Maßnahmen staatlicher Institutionen sollte gezielt darauf geachtet werden, dass insbesondere Bildungs-, Gesundheits- und Infrastrukturausgaben die Armen erreichen.

Die Gleichstellung der Geschlechter und die Ermächtigung der Frauen unter allen Aspekten – an sich schon wünschenswerte Ziele – sind Voraussetzungen für die Bekämpfung von Armut, Hunger und Krankheiten und die Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung. Die geringen Fortschritte bei der Ermächtigung der Frauen und der Gleichstellung der Geschlechter sind ein weiterreichendes Problem, das über das Ziel selbst hinausgeht. Missachtung und effektive Vorurteile gegenüber Frauen und Mädchen sind in den meisten Ländern nach wie vor an der Tagesordnung. Um Frauen die unabdingbare Grundlage für eine Besserstellung im späteren Leben zu verschaffen, sollten alle Länder, die die Geschlechterparität in der Grund- und Sekundarschulbildung bis zum Zieljahr 2005 nicht erreicht hatten, erneut auf die frühestmögliche Verwirklichung dieses Ziels hinarbeiten. Für die wirtschaftliche Entwicklung der Länder ist es unerlässlich, Frauen stärkere Unterstützung im Hinblick auf eine selbständige Tätigkeit zukommen zu lassen und ihr Recht auf den Besitz von Grund und Boden und anderen Vermögenswerten anzuerkennen. Vor allem jedoch erfordert die Gleichstellung der Geschlechter, dass Frauen und Männer gleichermaßen an der Entscheidungsfindung auf allen Ebenen, sei es zu Hause oder an der Spitze der wirtschaftlichen und politischen Macht, mitwirken.

In den meisten Regionen sind die in ländlichen Gegenden lebenden Menschen am weitesten von der Erreichung mehrerer Millenniums-Entwicklungsziele entfernt. Die Landbevölkerung leidet unter den kumulativen Auswirkungen der jahrelangen Vernachlässigung der Landwirtschaft und ist außerdem benachteiligt, weil staatliche Institutionen, Dienstleistungen und Unterstützung, darunter Schulen, Gesundheitseinrichtungen, landwirtschaftliche Beratung und materielle Infrastruktur, sowie Handel und Austausch mit anderen bei vielen der Ziele Voraussetzung für Fortschritte sind. Die entsprechenden Einrichtungen sind in ländlichen Gebieten gewöhnlich seltener anzutreffen, und die Landbevölkerung bleibt größtenteils in ihrem eigenen Armutskreislauf gefangen. Die sich abzeichnende weltweite Nahrungsmittelkrise macht erneut wieder deutlich, dass der Entwicklung des Agrarsektors und der Befriedigung der Bedürfnisse der Landbevölkerung größere Aufmerksamkeit gelten muss.

Die mit dem Leben auf dem Land verbundenen Härten ermutigen zur Abwanderung in die Städte, weswegen heute etwa die Hälfte der Weltbevölkerung in städtischen Gebieten lebt. Dies hatte jedoch weder unbedingt ein Entrinnen aus der Armut noch größere Fortschritte bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele zur Folge. So lebte beispielsweise 2005 etwas mehr als ein Drittel der Stadtbevölkerung in den Entwicklungsregionen in Slums und litt unter den damit einhergehenden Problemen einer unzureichenden Versorgung mit Wasser und sanitären Einrichtungen und einer fehlenden sozialen Infrastruktur, namentlich im Bereich Gesundheit und Bildung.

Trotz der weltweiten Ausrichtung auf die Millenniums-Entwicklungsziele und der auf einigen Gebieten erzielten beeindruckenden Erfolge zeigen die bisherigen Ergebnisse, dass es in den meisten Ländern in der Regel Teile der Gesellschaft gibt, die von den Vorteilen ausgeschlossen bleiben, wenn nicht

gezielte Maßnahmen zu ihren Gunsten ergriffen werden. Die Ziele sind universell und so abgefasst, dass sie nicht nur für alle Länder, sondern auch für alle Menschen innerhalb eines Landes gelten. Staatliche und andere Akteure sollten daher besondere Aufmerksamkeit auf alle diejenigen richten, an denen die Fortschritte bei der Erreichung der Ziele vorbeizugehen drohen.

Der Blick auf 2015

Erst seit wenigen Jahren stehen Daten zu den Millenniums-Entwicklungszielen für die Zeit nach 2000 zur Verfügung. Die Daten zeigen ermutigenderweise, dass seither im Hinblick auf viele Variablen raschere Fortschritte erzielt wurden. Dies legt nahe, dass die Millenniums-Erklärung und damit zusammenhängende Projekte die Entwicklungserfolge positiv beeinflusst haben, aber auch, dass die Trends der Jahre 1990 bis 2000 eine schlechte Grundlage dafür sind, die Ergebnisse von 2015 zu extrapolieren. Allerdings kommen die Auswirkungen der derzeitigen Verschlechterung der globalen Entwicklungsaussichten in den Daten noch nicht zum Ausdruck. Wenn sich die Wirtschaftslage der Entwicklungsländer deutlich abschwächt, wird es weitaus größerer Anstrengungen zur Erreichung der Ziele bedürfen. In diesem Fall wären auch die in den letzten Jahren zustande gekommenen rascheren Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele kein guter Indikator für die Zukunftsaussichten mehr.

Bei den meisten ihrer Anstrengungen zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele kam den Entwicklungsländern das seit 2000 vorherrschende stärkere Wirtschaftswachstum und die relativ niedrige Inflation zugute. Für die unmittelbare Zukunft stehen ein sinkendes weltweites Wachstum und höhere Inflation in Aussicht. Beide gefährden weitere Erfolge bei der Senkung der Einkommensarmut und werden wahrscheinlich die Fortschritte bei anderen Zielen beeinträchtigen, wenn nicht alle Interessenträger angemessen reagieren.

In einem ersten Teilschritt sollte für eine beschleunigte und intensiviertere Weiterverfolgung des derzeitigen Kurses gesorgt werden, sodass die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte erhalten bleiben und ausgebaut werden können. Alle Interessenträger sollten sich erneut auf den breiten Fächer ineinandergreifender Maßnahmen verpflichten, die bereits jetzt überall auf der Welt zu Fortschritten bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele beitragen. Erfolgreiche Politiken, Programme und Projekte sollten, wo und wann immer dies angemessen ist, ausgedehnt werden.

Gleichzeitig müssen die Regierungen und die internationale Gemeinschaft Lehren aus ihren Erfahrungen ziehen und sich den veränderten Umständen anpassen. Sowohl die entwickelten Länder als auch die Entwicklungsländer müssen zusätzliche Ressourcen zur Bewältigung seit langem bestehender, langfristiger Herausforderungen in den Bereichen Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Infrastruktur und Umweltverträglichkeit, einschließlich des Klimawandels, mobilisieren. Die derzeit herrschende Nahrungsmittelkrise erfordert besondere Aufmerksamkeit, damit Hunger und Mangelernährung nicht eskalieren.

Diese Agenda verlangt anhaltende, breit gefächerte Anstrengungen während des Zeitraums bis 2015 und darüber hinaus. Die Aufgabe ist umfangreich und komplex, doch die bisherigen Fortschritte zeigen, dass mit soliden Strategien und bei entsprechendem politischen Willen Erfolge möglich sind. Politischer Wille muss jedoch auch mit größeren finanziellen Verpflichtungen verbunden sein. Selbst wenn möglicherweise ungünstigere wirtschaftliche Rahmenbedingungen vorliegen, müssen die entwickelten Länder ihre Zusagen einhalten, die öffentliche Entwicklungshilfe beträchtlich zu erhöhen und allgemein ein der Entwicklung förderlicheres internationales Klima zu schaffen.

* * * * *

Alle Bürger der Welt, insbesondere die ärmsten und schwächsten, haben das Recht, zu erwarten, dass ihre Führer die 2000 gegebenen Zusagen einhalten. Dies ist möglich, wenn sich die Regierungen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor, dem System der Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen verpflichten, die bereits aufgebaute Dynamik nicht erlahmen zu lassen und sich den Herausforderungen zuzuwenden, die aus diesem Bericht klar ersichtlich werden.

SHA ZUKANG

Untergeneralsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten

Ziel 1

Beseitigung der extremen Armut und des Hungers



ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt

Höhere Nahrungsmittelpreise könnten 100 Millionen Menschen tiefer in die Armut treiben

Neue Daten aus den jüngsten Schätzungen der Lebenshaltungskosten in den Entwicklungsländern werden unser Bild von der Größenordnung und Verteilung der Armut in der Welt möglicherweise verändern (siehe Kasten). Doch lässt das anhaltende Wirtschaftswachstum in allen Entwicklungsregionen vermuten, dass der Armutstrend im Jahr 2007 weiter rückläufig war. Das Ziel, bis 2015 den Anteil der Menschen in den Entwicklungsländern zu halbieren, die mit weniger als 1 Dollar pro Tag auskommen müssen, liegt noch immer in Reichweite. Dieses Ergebnis wird jedoch hauptsächlich auf den außerordentlichen wirtschaftlichen Erfolg weiter Teile Asiens zurückzuführen sein. Umgekehrt legen frühere Schätzungen nahe, dass bei der Minderung der extremen Armut in Afrika südlich der Sahara kaum Fortschritte erzielt wurden. In Westasien war die Armutsquote relativ niedrig, hatte jedoch steigende Tendenz. Die Transformationsländer der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und Südosteuropas hatten sich noch nicht von der Zunahme der Armut Anfang der 1990er Jahre erholt.

Seit 2002 ist der Preisanstieg bei Rohstoffen, namentlich Erdöl, einer der Wachstumsfaktoren in vielen Entwicklungsländern, insbesondere in Afrika südlich der Sahara, aber auch in Westasien und Lateinamerika. Für die Ausfuhrländer war er ein Segen. In den Ländern, die diese Produkte einführen, hatten die höheren Preise für Rohstoffe, insbesondere Erdöl, indessen wachstumsdämpfende Wirkung. Viele dieser Länder gehören zu den ärmsten der Welt.

Das höhere Niveau der Nahrungsmittelpreise in letzter Zeit hatte für die Armen unmittelbare nachteilige Folgen. Arme Menschen, die ihre Nahrungsmittel nicht selbst erzeugen, sind am schwersten betroffen, weil die entsprechenden Kosten einen größeren Teil ihrer Gesamtausgaben ausmachen. Die gestiegenen Nahrungsmittelpreise erschweren ihnen nicht nur die Beschaffung von Nahrungsmitteln, sondern auch von anderen unverzichtbaren Gütern und Dienstleistungen, einschließlich Bildung und Gesundheitsversorgung. Die meisten armen Menschen in den Städten und die Armen auf dem Land, die keinen Grund und Boden besitzen, befinden sich in dieser Situation. Arme Bauern wiederum können von höheren Nahrungsmittelpreisen profitieren, sofern sie mehr erzeugen können, als sie selbst verbrauchen. Vielen fehlen dafür jedoch die notwendigen Ressourcen, unter anderem weil mit den Erdölpreisen auch die Düngerpreise gestiegen sind. Insgesamt wird erwartet, dass höhere Nahrungsmittelpreise viele weitere Menschen – Schätzungen zufolge bis zu 100 Millionen – in die absolute Armut treiben werden. Der Großteil des Anstiegs wird in Afrika südlich der Sahara und in Südasien stattfinden, wo bereits heute die meisten in extremer Armut lebenden Menschen anzutreffen sind.

Neue Maßstäbe für die Armut auf der Welt

Seit 1990 wird die extreme Armut in den Entwicklungsländern an einem Standard gemessen, dem die Armutsgrenzen in den ärmsten Ländern der Welt zugrunde liegen. Die internationale Armutsgrenze, die ursprünglich bei 1 Dollar pro Tag in Preisen von 1985 lag, wurde später auf 1,08 Dollar Kaufkraftparität (KKP) pro Tag (Basisjahr: 1993) angehoben.

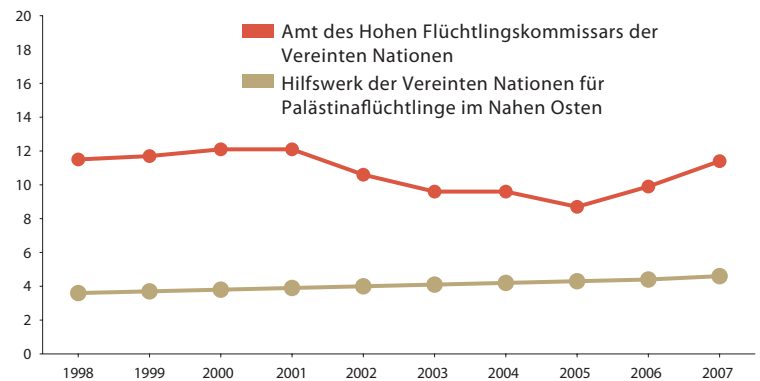
Jetzt liegen umfangreichere, im Rahmen des Internationalen Vergleichsprogramms durchgeführte Preiserhebungen vor, anhand deren sich die Kaufkraft einer weitaus größeren Zahl von Ländern vergleichen lässt. Die Anfang 2008 veröffentlichten Ergebnisse dieses Vergleichs zeigten, dass frühere Schätzungen des Preisniveaus und damit Schätzungen der realen Größe einiger Volkswirtschaften in den Entwicklungsregionen einer umfangreichen Korrektur bedurften. Die Weltbank verwendet die neuen KKP-Schätzwerte zur Neufestlegung der internationalen Armutsgrenze und zur Neuschätzung der Armut in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

Aus den Erhebungen ging hervor, dass das Preisniveau in vielen Entwicklungsländern weitaus höher liegt als ursprünglich geschätzt, sodass die Volkswirtschaften dieser Länder real entsprechend kleiner sind als angenommen. Höhere Preise bedeuten auch, dass Schätzungen der Zahl der in Armut lebenden Menschen sowie der Armutquoten für einige Regionen nach oben revidiert werden müssen. Durch diese neuen Messwerte werden wahrscheinlich auch Ausmaß und Verteilung der globalen Armut neu bewertet werden müssen; allerdings wird sich der Rückgang der Armut wohl ähnlich schnell oder sogar schneller vollziehen als bisher angenommen.

Diese besseren und umfassenderen Armutsschätzungen sind beispielhaft für viele bedeutende Entwicklungen auf dem Gebiet der Statistik in den letzten Jahren, die uns ein besseres Verständnis der Fortschritte bei den Millenniums-Entwicklungszielen ermöglichen werden.

Konflikte verursachen oft Vertreibung und Armut

Flüchtlinge unter der Obhut der Vereinten Nationen – 1998-2007
(in Millionen)



Auch heute werden auf Grund von Konflikten Menschen aus ihrer Heimat vertrieben und in die Armut gedrängt. Wie Konflikte sich auswirken, zeigt sich unter anderem an der Zahl der Flüchtlinge weltweit, die in den vergangenen Jahren, hauptsächlich wegen des Irak-Konflikts, beträchtlich angestiegen ist. Mehr als 42 Millionen Menschen sind in Folge von Konflikten oder Verfolgung heute zu Vertriebenen oder Binnenvertriebenen geworden. Von den darunter fallenden 16 Millionen Flüchtlingen stehen 11,4 Millionen unter der Obhut des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und 4,6 Millionen unter der Obhut des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten. Des Weiteren wurden 26 Millionen Menschen durch Gewalt oder Verfolgung entwurzelt, verließen jedoch ihr Land nicht.

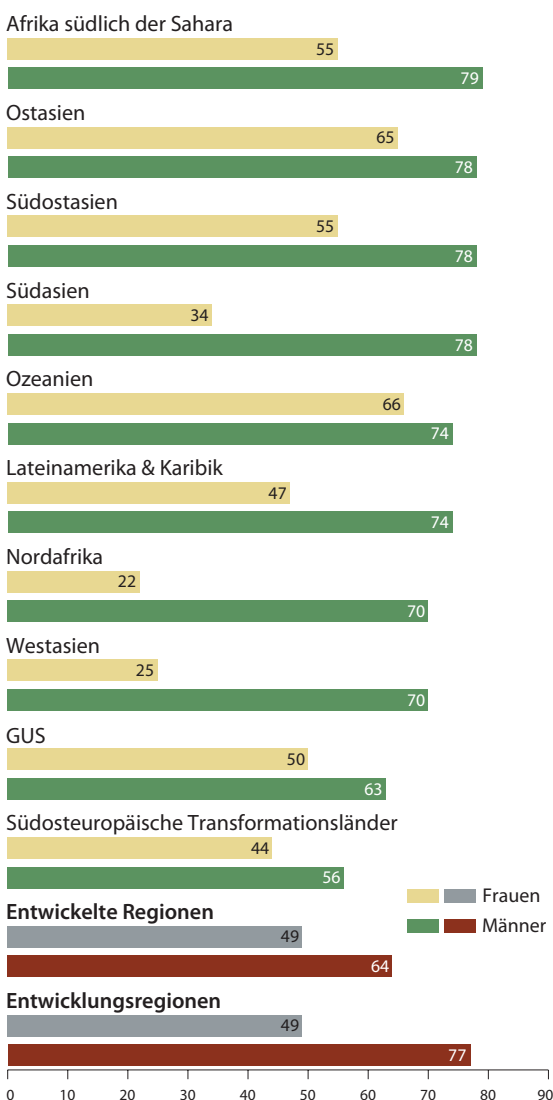
Süd- und Westasien und Afrika südlich der Sahara beherbergen die größten Flüchtlingspopulationen. In Libanon und Jordanien stellen Flüchtlinge mindestens 10 Prozent der Bevölkerung. In Irak und Somalia ist jeder Zehnte binnenvertrieben. Was sich an diesen Zahlen indessen nicht ablesen lässt, ist das Ausmaß, in dem Armut bei Menschen entsteht, die gar nicht direkt an der Streitigkeit beteiligt sind.

ZIELVORGABE

Produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle, einschließlich Frauen und junger Menschen, verwirklichen

Vollbeschäftigung liegt immer noch in weiter Ferne

Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – 2007 (in Prozent)



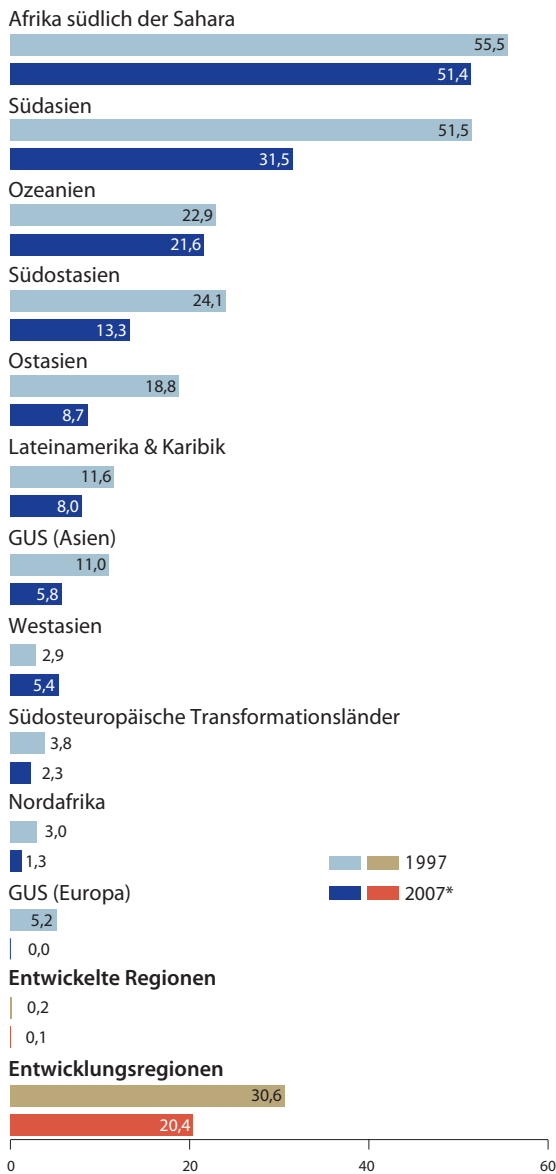
Ohne eine produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle kann es keine Armutsminderung geben. Der Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (Erwerbstätigenquote) ist ein guter Indikator für die Fähigkeit einer Volkswirtschaft, Arbeitsplätze zu bieten. Ein optimales Verhältnis zwischen Beschäftigtenanteil und Bevölkerung lässt sich jedoch nicht festlegen. Die Erwerbstätigenquote in den entwickelten Ländern liegt niedriger als in den Entwicklungsländern, da auf Grund der höheren Produktivität und Einkommen weniger Arbeitnehmer benötigt werden, um den Bedarf der Gesamtbevölkerung zu decken. Auf der anderen Seite deutet die extrem hohe Erwerbstätigenquote in Afrika südlich der Sahara darauf hin, dass eine große Zahl armer Menschen zur Deckung ihrer Subsistenzbedürfnisse arbeiten muss, wobei die Qualität des Arbeitsplatzes keine Rolle spielt.

Wenn man diese Quoten analysiert und Vergleiche zwischen einzelnen Gruppen anstellt, lässt sich ermitteln, welche Werte und Trends gegeben sein müssen, damit mit Erfolg gegen Armut und Defizite bei der menschenwürdigen Arbeit angegangen werden kann. In den meisten Regionen sind zwischen 55 und 75 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter beschäftigt. Nordafrika und Westasien sind die beiden Ausnahmen, was zum Teil darauf zurückzuführen ist, dass die Erwerbstätigenquote für Frauen unter 25 Prozent und damit um mehr als 40 Prozentpunkte unter der für Männer liegt. Oftmals haben Frauen gar keine andere Wahl, als dem Erwerbsleben fernzubleiben. Mehr Frauen in diesen Regionen würden sich für einen Beruf entscheiden, wenn es gesellschaftlich akzeptiert wäre, wenn mehr Arbeitsplätze für Frauen geschaffen würden und wenn es Einrichtungen gäbe, die ihnen dabei helfen würden, Familie und Beruf zu vereinbaren.

In Ostasien besteht ein enormer Unterschied zwischen der Erwerbstätigenquote von Jugendlichen und derjenigen der übrigen Bevölkerung. Zwar ist in Ostasien nicht die hohe Jugendarbeitslosigkeit anderer Regionen anzutreffen, doch ziehen es Jugendliche dort vor, zu arbeiten anstatt durch Bildung in die Zukunft zu investieren.

Niedriglöhne halten ein Fünftel der Arbeitnehmer in Entwicklungsländern in Armut gefangen

Anteil der Erwerbstätigen, die mit weniger als 1 Dollar (Kaufkraftparität) pro Tag auskommen müssen – 1997 und 2007 (in Prozent)



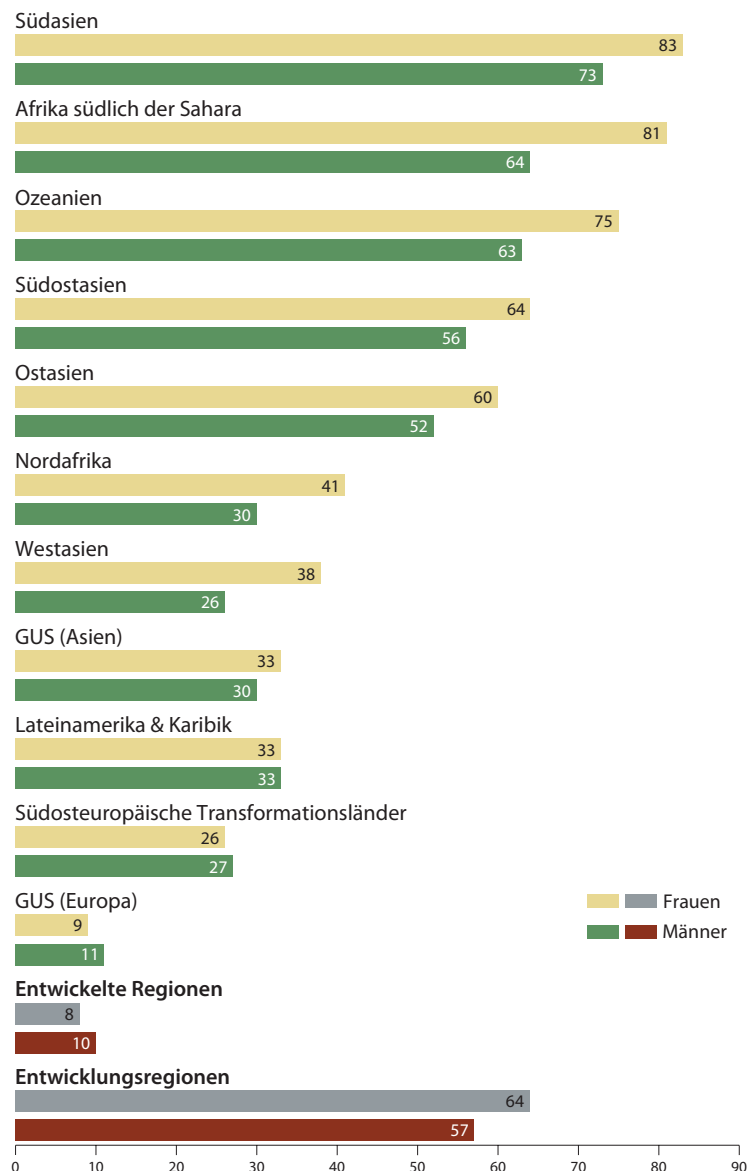
* Vorläufige Daten

Für Millionen Menschen auf der Welt schafft auch Erwerbstätigkeit kaum einen Ausweg aus der Armut, weil ihre Löhne so niedrig sind. Erwerbstätige in Haushalten, deren Mitglieder jeweils weniger als 1 Dollar pro Tag verdienen, werden als „working poor“ bezeichnet. In Afrika südlich der Sahara gehört mehr als die Hälfte aller Beschäftigten dieser Kategorie der Erwerbsarmen an.

Ohne Produktivitätssteigerungen wird die Erwerbsarmut wohl nicht abnehmen. In den vergangenen 10 Jahren ist die Produktivität in Südasien, Ostasien und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten jährlich um mindestens 4 Prozent angestiegen. Entsprechend ging auch die Zahl der „working poor“ in allen drei Regionen zurück. Im Gegensatz dazu fand in Afrika südlich der Sahara auf Grund der insgesamt niedrigen Produktivität und ihrer hohen Fluktuationsraten nur ein begrenzter Rückgang der Erwerbsarmut statt.

Die Hälfte aller Arbeitnehmer der Welt ist in instabilen, unsicheren Beschäftigungsverhältnissen tätig

Anteil derjenigen, die auf eigene Rechnung tätig sind oder unbezahlte Arbeit in einem Familienbetrieb verrichten – 2007 – Frauen und Männer (in Prozent)



Entgeltliche Arbeit allein ist jedoch nicht der Ausweg aus der Armut. Arbeitsplätze müssen auch einen gewissen Grad an Sicherheit bieten. Die Hälfte aller Arbeitnehmer in der Welt könnte abrupt in die Armut sinken, wenn sie unvermittelt den Arbeitsplatz verlieren würde und nicht die Möglichkeit hätte, aus eigenen Mitteln oder mit staatlicher Unterstützung die anfallenden Ausgaben zu decken. Der Anteil derjenigen, die ihren Lebensunterhalt in prekären Beschäftigungsverhältnissen verdienen, an der globalen Erwerbsbevölkerung ist allmählich von 53 Prozent im Jahr 1997 auf 50 Prozent im Jahr 2007 zurückgegangen, doch handelt es sich dabei noch immer um fast 1,5 Milliarden Arbeitnehmer. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse finden sich in Afrika südlich der Sahara am häufigsten, wo sie drei Viertel aller Arbeitsplätze ausmachen, doch auch in Ozeanien, Südasien, Südostasien und Ostasien sind sie verbreitet. Generell sind in Entwicklungsregionen mehr Frauen als Männer in prekären Beschäftigungsverhältnissen anzutreffen. Die Differenz beträgt in Südasien, Afrika südlich der Sahara, Ozeanien, Nordafrika und Westasien 10 Prozentpunkte und mehr.

ZIELVORGABE
Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden

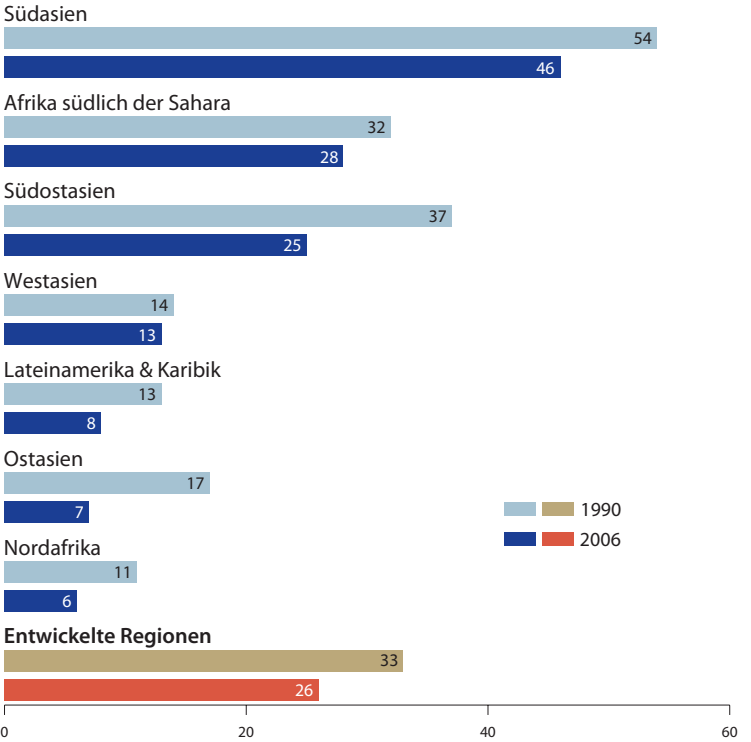
Die Fortschritte, die beim Abbau des Hungers erzielt worden sind, werden derzeit durch den weltweiten Anstieg der Nahrungsmittelpreise unterhöhlt. Die Preisexplosion ist teils durch Versorgungsengpässe, hauptsächlich jedoch durch eine steigende Nachfrage bedingt, die auf veränderte Ernährungsgewohnheiten, Wirtschaftswachstum, den Anstieg der Weltbevölkerung, Verstädterung, die Nutzung von Nahrungsmittelpflanzen zur Erzeugung von Biotreibstoff und eine ungeeignete Agrarpolitik, namentlich Subventionen in entwickelten Ländern, zurückgeht.

Die Armen sind von den steigenden Nahrungsmittelpreisen am stärksten betroffen. Am untersten Ende der Skala stehen diejenigen, die bei steigenden Preisen zu arm sind, um ausreichende Mengen an Nahrungsmitteln zu kaufen, und in der Folge an schwerem Hunger und Mangelernährung leiden.

Für die tieferen Ursachen der Nahrungsmittelkrise gibt es keine schnelle Lösung, doch müssen durch Sofortmaßnahmen unmittelbare Nahrungsmittelengpässe für die zahllosen Hunger und Mangelernährung ausgesetzten Menschen abgewendet werden. Aus der im Juni 2008 in Rom abgehaltenen Konferenz auf hoher Ebene über Welternährungssicherheit ergaben sich einige konkrete Maßnahmen zur Hungerreduzierung. Am vordringlichsten ist es, mehr Nahrungsmittel-Nothilfe zu leisten und den Armen dabei zu helfen, bei ihren nächsten Ernten maximale Erträge zu erzielen.

Steigende Nahrungsmittelpreise stellen Fortschritte bei der Minderung der Mangelernährung bei Kindern in Frage

Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren – 1990 und 2006 (in Prozent)



Der Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren ging von 33 Prozent im Jahr 1990 auf 26 Prozent im Jahr 2006 zurück. Dennoch waren 2006 in den Entwicklungsländern immer noch mehr als 140 Millionen Kinder untergewichtig. Insoweit als Unterernährung bei Kindern dieser Altersgruppe im Großen und Ganzen der Verbreitung des Hungers in der Gesamtbevölkerung folgt, reichen die Fortschritte für die Erreichung der Zielvorgabe nicht aus. Im Gegenteil wird sich die weltweite Lage durch die höheren Nahrungsmittelpreise noch verschlimmern.

Ostasien, insbesondere China, konnte den Anteil untergewichtiger Kinder zwischen 1990 und 2006 mehr als halbieren. Im Gegensatz dazu sind in Südasien trotz der seit 1990 erzielten Verbesserungen fast 50 Prozent der

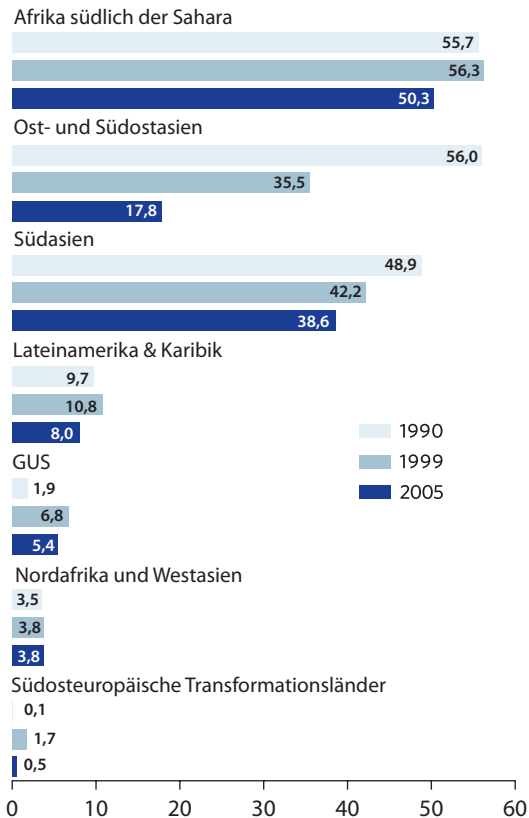
Kinder untergewichtig. Allein in dieser Region lebt mehr als die Hälfte der unterernährten Kinder der Welt. Die Länder, die die geringsten Fortschritte dabei erzielen, Mangelernährung bei Kindern zu reduzieren, befinden sich zumeist in Afrika südlich der Sahara.

Generell scheint für Untergewichtigkeit bei Kindern unter fünf Jahren das Geschlecht nicht signifikant zu sein, auch nicht in Südasien, wo frühere Daten darauf hindeuteten, dass Mädchen eher untergewichtig waren als Jungen. Der Unterschied zwischen Stadt und Land spielt für die Mangelernährung eine größere Rolle. So sind Kinder in Entwicklungsländern, wenn sie auf dem Land leben, doppelt so häufig untergewichtig wie in städtischen Gebieten. In Ostasien, wo die Unterernährung insgesamt zurückgegangen ist und nun unter dem Durchschnitt der meisten anderen Entwicklungsregionen liegt, sind Kinder in ländlichen Gebieten fast fünfmal so oft untergewichtig wie in städtischen Gebieten.



Die extreme Armut geht weiter zurück, doch nur Ost- und Südostasien sind auf dem Weg, die Zielvorgabe zu erreichen

Anteil der Menschen, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen – 1990, 1999 und 2005 (in Prozent)



ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die in extremer Armut leben

Neuen Schätzungen¹ zufolge sank die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen von 1,8 Milliarden im Jahr 1990 auf 1,4 Milliarden im Jahr 2005. Im gleichen Zeitraum ging der Anteil der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze – augenblicklich bei 1,25 Dollar pro Tag in Preisen von 2005 – lebten, von 41,7 Prozent auf 25,7 Prozent zurück. Wenn sich diese Tendenz so fortsetzt, würde die Zielvorgabe, die extreme Armut bis 2015 weltweit zu halbieren, erreicht.

In den einzelnen Regionen wurden jedoch ungleiche Fortschritte erzielt. In Ost- und Südostasien konnte die extreme Armut drastisch reduziert und die Zielvorgabe bereits 2005 erreicht werden. Der Anteil der extremen Armut in der Region ist 2005 gegenüber 1990 um mehr als zwei Drittel – von 56 auf 18 Prozent – gesunken, was zum großen Teil auf das rasche Wirtschaftswachstum in China zurückzuführen war, wo 475 Millionen Menschen der Armut entfliehen konnten.

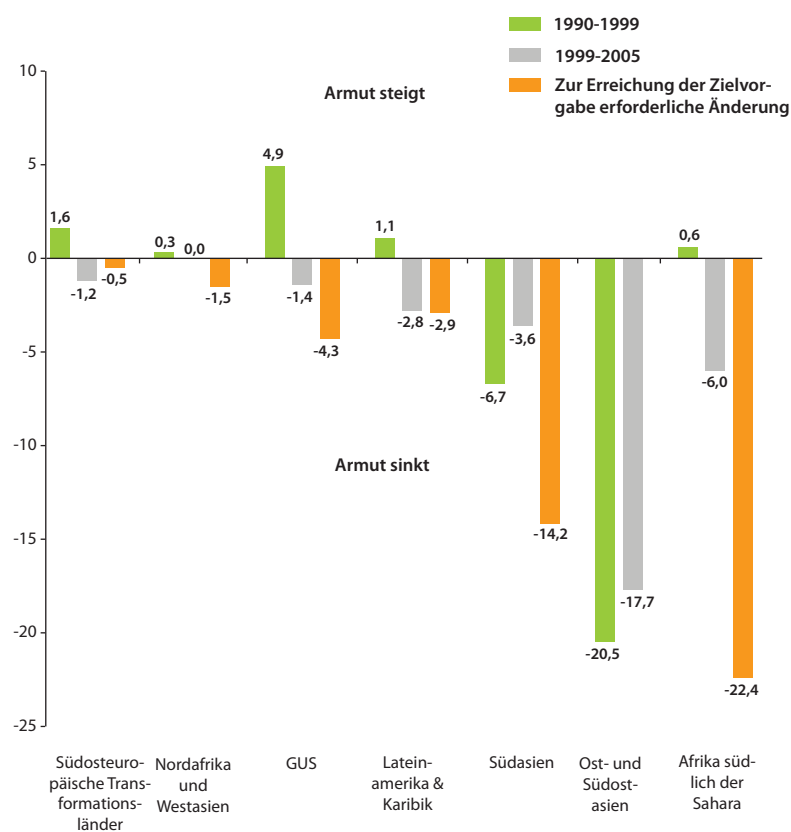
Gleichzeitig nahm die extreme Armut in den meisten anderen Entwicklungsregionen immer mehr Menschen in ihren Griff. In Afrika südlich der Sahara stieg die Zahl der Menschen, die unterhalb der neu festgesetzten Armutsgrenze lebten, zwischen 1990 und 2005 um 100 Millionen an. Bei durchschnittlichen Konsumausgaben von 70 Cents pro Tag ist die Armutstiefe in Afrika flacher als in jeder anderen Region. Ein anhaltend hohes Wirtschaftswachstum, das mehr armen Menschen zugute kommt, wird notwendig sein, damit sich Afrika der Zielvorgabe, den Anteil der extremen Armut zu halbieren, nähern kann.

In Südostasien konnte Indien seine Armutsquote von 51 auf 42 Prozent senken. Auf Grund des Bevölkerungswachstums lebten jedoch 2005 20 Millionen mehr Menschen in extremer Armut als 1990. Hält der derzeitige Trend an, werden im Jahr 2015 weltweit noch immer eine Milliarde Menschen in extremer Armut leben.

¹ Siehe Kasten „Neue Maßstäbe für die Armut auf der Welt“ auf Seite 7 des Berichts über die Millenniums-Entwicklungsziele 2008.

In den meisten Regionen wird es beispielloser Anstrengungen bedürfen, um die extreme Armut bis 2015 zu halbieren

Veränderung der Armutsquoten (in Prozentpunkten)



In den meisten Ländern außerhalb Ost- und Südasiens werden schleppende Fortschritte es wohl nicht gestatten, die Armutsquoten bis 2015 gegenüber ihrem Stand von 1990 zu halbieren. Um die Millenniums-Zielvorgabe erreichen zu können, müssten die meisten Länder dieser Regionen das 2005 verzeichnete Ausmaß der Armut rascher reduzieren, als sie es bislang vermochten. Nordafrika und Westasien sowie viele GUS-Länder, denen jetzt der Anstieg der Erdölpreise zugute kommt und deren Armutsquoten relativ niedrig sind, können dies schaffen. Für Afrika südlich der Sahara und für Südasiens, die sich steigenden Energie- und Nahrungsmittelkosten gegenübersehen, wird die Herausforderung jedoch weitaus größer sein.

Ziel 2 Verwirklichung der allgemeinen Grundschul- bildung

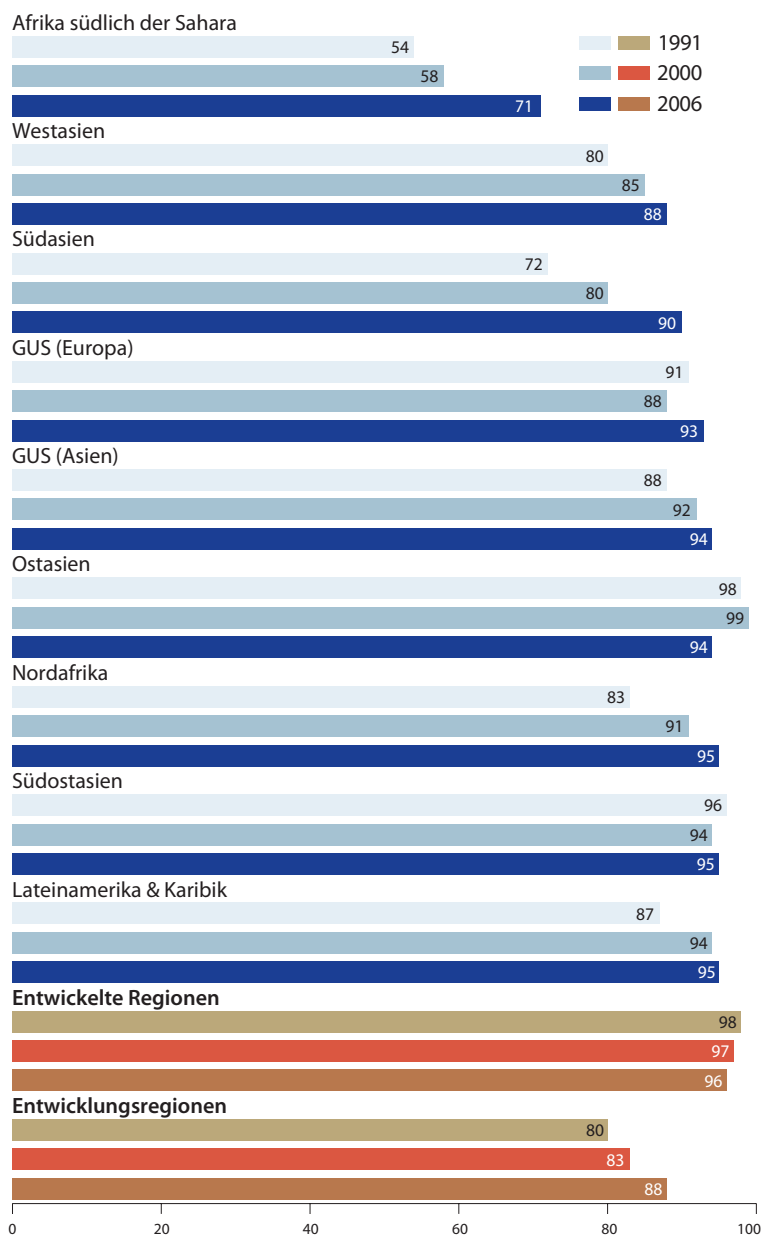


ZIELVORGABE

Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Grundschulbildung vollständig abschließen können

Durch politischen Willen im Verein mit gezielten Investitionen wurden breite Fortschritte bei der Einschulung im Grundschulbereich erzielt

Netto-Einschulungsquote im Grundschulbereich* – 1990/1991, 1999/2000 und 2005/2006 (in Prozent)



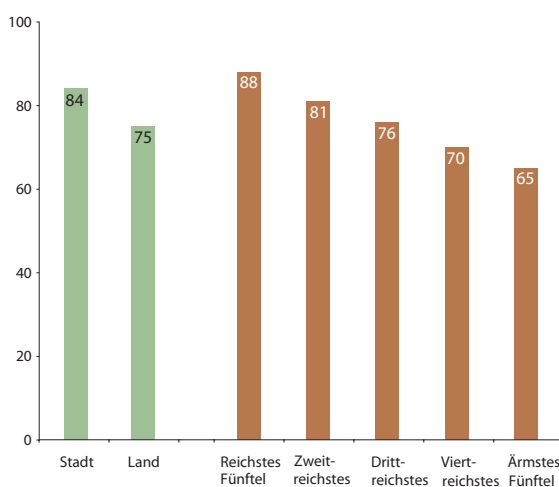
* Prozentanteil der in der Grund- oder Sekundarschulstufe eingeschriebenen Kinder im theoretischen Schulalter an der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe.

Die Netto-Einschulungsquote lag 2006 in fast allen Regionen über 90 Prozent, und viele Länder waren nahe daran, die Einschulung aller Kinder in die Grundschule zu verwirklichen. Die Zahl der Kinder im Grundschulalter, die keine Schule besuchten, sank zwischen 1999 und 2006 von 103 Millionen auf 73 Millionen, obwohl die Zahl der Kinder in dieser Altersgruppe insgesamt anstieg. Diese Erfolge unterstreichen, dass mit dem politischen Willen der Regierungen und angemessener Unterstützung durch die Entwicklungspartner viel erreicht werden kann.

In Afrika südlich der Sahara jedoch hat die Netto-Einschulungsquote selbst nach einem erheblichen Anstieg seit 2000 erst vor kurzem 71 Prozent erreicht. Etwa 38 Millionen Kinder im Grundschulalter besuchen in dieser Region nach wie vor keine Schule. In Südasien ist die Einschulungsquote auf 90 Prozent gestiegen, doch besuchen noch immer mehr als 18 Millionen Kinder im Grundschulalter keine Schule.

Armut hält Kinder von den Schulen fern

Netto-Schulbesuchsquote in der Grundschulstufe in den Entwicklungsregionen, aufgeschlüsselt nach Wohnort und relativem Haushaltseinkommen – 2000/2006 (in Prozent)



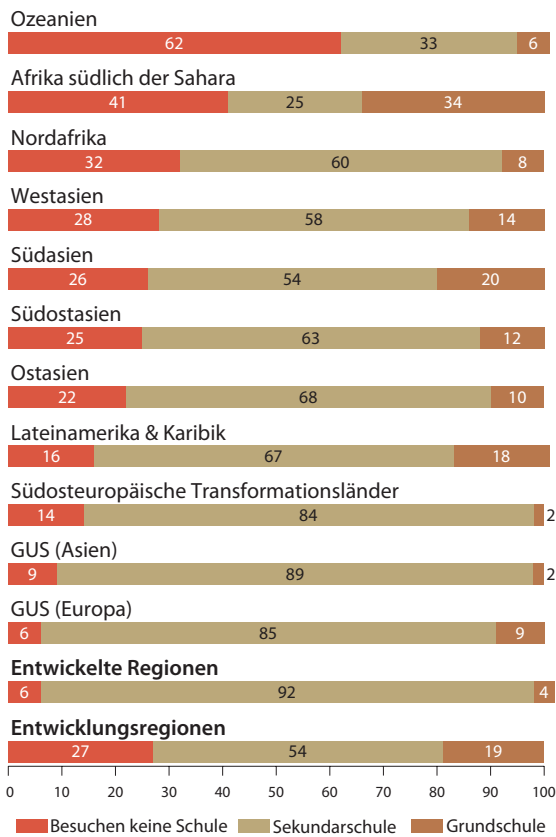
Eine große Herausforderung besteht darin, die ärmeren, sozial randständigeren Kinder zu erreichen, die in der Regel geringeren Zugang zur Grundbildung haben. Erhebungsdaten aus 40 Ländern ergaben, dass in 32 dieser Länder Stadtkinder häufiger als Landkinder eine Schule besuchen. Ausschlaggebender ist jedoch der Faktor Armut. Erhebungen in den Ländern Afrikas südlich der Sahara zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit, keine Schule zu besuchen, für Kinder aus den ärmsten Haushalten am größten ist, unabhängig davon, ob sie in städtischen oder ländlichen Gebieten leben. Um zu gewährleisten, dass die gesellschaftlich schwächsten und am meisten ausgegrenzten Kinder eingeschult werden und die Schule abschließen, sind Programme und Interventionsmaßnahmen notwendig, die gezielt auf arme Haushalte und den Abbau geschlechtsbedingter Disparitäten abstellen.

Neben allen Entbehrungen, die Flüchtlingskinder ohnehin zu erdulden haben, wird ihnen noch dazu oft der Zugang zu Bildungschancen vorenthalten

Von Konflikten oder politischen Unruhen betroffenen Kindern – also denjenigen, für die Struktur und ein Schein von Normalität im Leben am wichtigsten wären – wird am häufigsten eine angemessene Bildung vorenthalten. Laut dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen leben in den Entwicklungsländern mehr als 1,5 Millionen schulpflichtige Flüchtlingskinder, zumeist in städtischen Gebieten oder in Lagern. Daten für 114 Flüchtlingslager in 27 Ländern zeigen, dass in lediglich 60 Prozent der Lager die Einschulungsquote im Grundschulbereich bei 100 Prozent liegt und dass mindestens ein Fünftel der Flüchtlingskinder außerhalb des formalen Bildungssystems steht. In einem Achtel der Lager mit unzureichender Grundschulversorgung besucht weniger als die Hälfte aller Kinder im Grundschulalter die Schule. Für Mädchen ist die Gefahr, dass sie die Grundschule vorzeitig verlassen, besonders hoch, weil für sie oft ein sicheres, hochwertiges Bildungsumfeld fehlt bzw. weil sie arm sind oder früh verheiratet werden. In Lagern, in denen die Einschulungsquote bei 70 Prozent und mehr liegt, hat sich der Abstand zwischen Mädchen und Jungen etwas verringert: Auf 100 eingeschulte Jungen kamen 2005 89 Mädchen; 2007 waren es bereits 91.

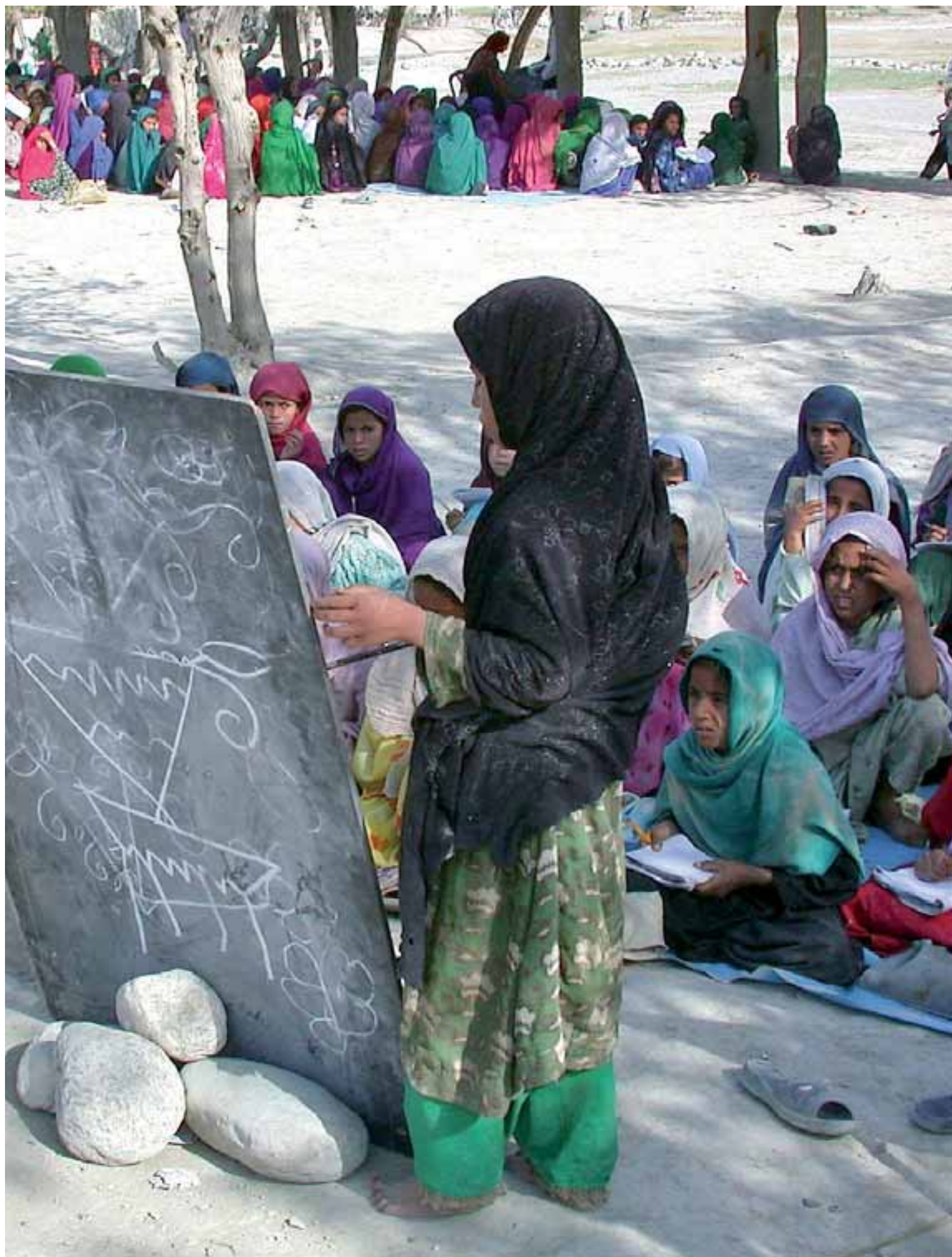
Die Qualität der Bildung ist ebenso wichtig wie der Schulbesuch

Kinder im Sekundarschulalter, aufgeschlüsselt nach Bildungsstand – 2006 (in Prozent)



Damit Kinder ihr volles Potenzial entfalten und Länder sich entwickeln können, müssen die bei der allgemeinen Grundschulbildung erzielten Fortschritte auf die Sekundarschulstufe ausgedehnt werden. Derzeit besuchen in den Entwicklungsländern 54 Prozent der Kinder im entsprechenden Alter eine Sekundarschule. In Ozeanien sind fast zwei Drittel der Kinder im Sekundarschulalter nicht in der Schule. In Afrika südlich der Sahara geht nur ein Viertel der Kinder im Sekundarschulalter in eine Sekundarschule.

Die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung bedeutet mehr als nur die Einschulung aller Kinder. Eingeschlossen darin ist auch die Qualität der Bildung, was bedeutet, dass alle Kinder, die regelmäßig die Schule besuchen, Grundkenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen erwerben und die Grundschule im vorgesehenen Zeitrahmen abschließen. In Afrika südlich der Sahara etwa besuchen erheblich mehr Kinder im Sekundarschulalter die Grundstufe und nicht die Sekundarstufe. Dennoch sind Fortschritte zu verzeichnen. In den Entwicklungsländern ist der Anteil der Kinder mit Grundschulabschluss von 79 Prozent im Jahr 1999 auf 85 Prozent im Jahr 2006 angestiegen. Wenn sichergestellt wird, dass alle Grundschüler diese Bildungsstufe zeitgerecht abschließen, so kommt dies nicht nur diesen Schülern selbst zugute, sondern darüber hinaus sinkt auch die Zahl der älteren Kinder im Grundschulsystem. Dadurch wiederum werden Ressourcen für neue Grundschüler frei, und die Erreichung des Ziels wird erleichtert.



Ziel 3

Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen

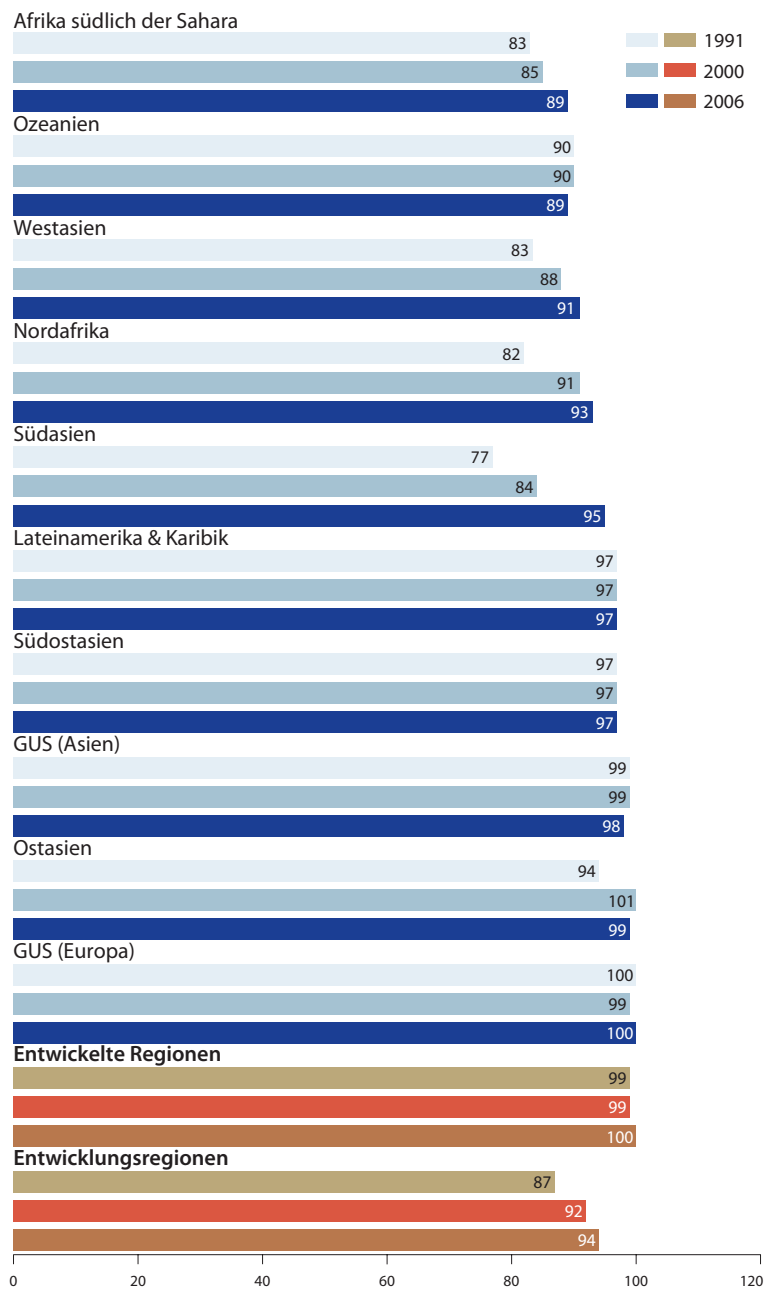


ZIELVORGABE

Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015

Mädchen haben in einigen Regionen noch immer keinen gleichberechtigten Grundschulzugang

Verhältnis Mädchen/Jungen bei der Einschulung im Grundschulbereich – 1990/1991, 1999/2000 und 2005/2006 (Mädchen je 100 Jungen)



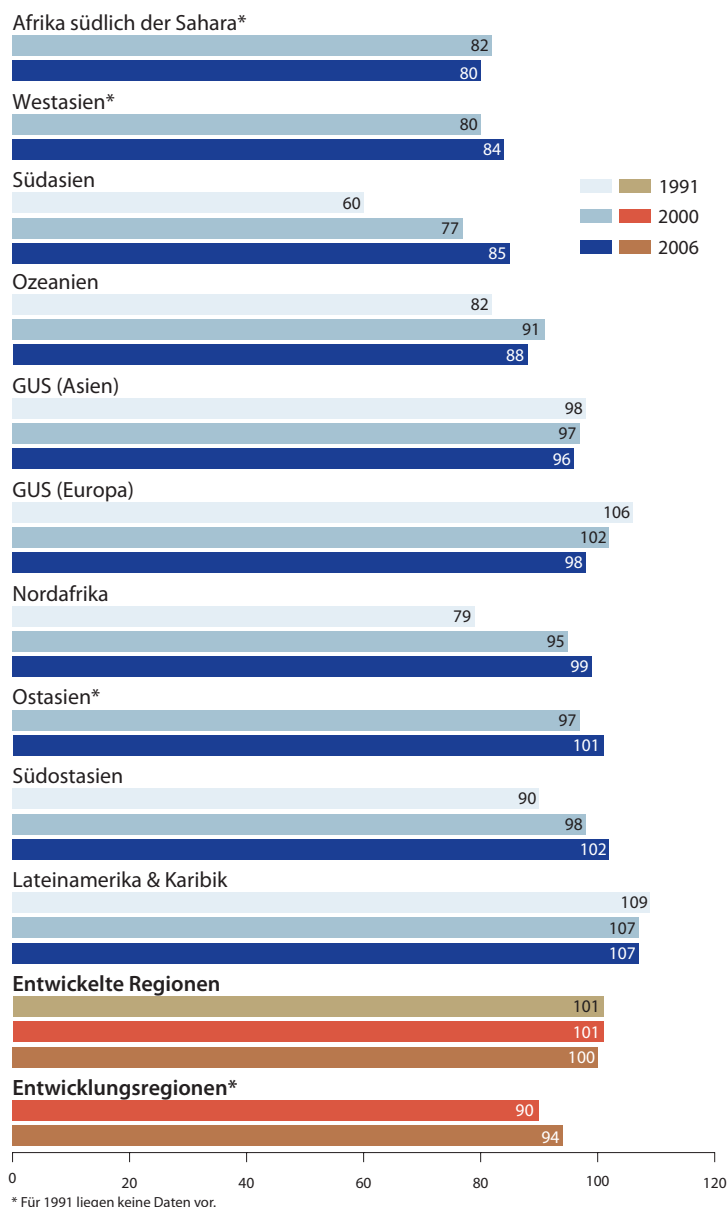
Nachdem viele Länder im Rahmen ihrer Maßnahmen zur Erhöhung der Gesamteinschulungsquoten die Mädchenbildung erfolgreich gefördert haben, stehen Mädchen jetzt in fast allen Regionen die Schultore offen. Zwischen 2000 und 2006 ist in allen Entwicklungsregionen die Zahl der in den Grundschulen eingeschul- ten Mädchen stärker gestiegen als die der Jungen. Entsprechend besteht jetzt in zwei Dritteln der Länder im Grundschulbereich Geschlechterparität. Trotz be- eindruckender Fortschritte sind allerdings noch immer 55 Prozent der Kinder, die keine Schule besuchen, Mäd- chen.

Als Teil seiner erfolgreichen Steigerung der Gesamtein- schulungsquote im Grundschulbereich hat Südasien seit 2000 die größten Fortschritte im Hinblick auf die Geschlechterparität erzielt. Auch in Afrika südlich der Sahara, in Westasien und in Nordafrika konnte das Ge- schlechtergefälle reduziert werden. Ein Rückschritt war jedoch in Ozeanien zu verzeichnen, wo das Geschlech- tergefälle bei der Einschulung im Grundschulbereich leicht anstieg. Dieses Gefälle ist in Ozeanien, Afrika süd- lich der Sahara und Westasien am stärksten ausgeprägt.

In West- und Zentralafrika, wo hohe Wiederholer- und Abbrecherquoten verbreitet sind, sind es insbeson- dere Mädchen, die entweder keine Schule besuchen oder diese vorzeitig verlassen. Dürren, Nahrungsmittel- knappheit, bewaffnete Konflikte, Armut, fehlende Ge- burtenregistrierung, Kinderarbeit und HIV/Aids tragen in diesen Subregionen zu einer niedrigen Einschulungs- quote und hohen Schulabbrecherquote für Mädchen wie für Jungen bei, mit besonders verheerenden Aus- wirkungen für Mädchen.

Geschlechterparität in den Grundschulen schafft gute Voraussetzungen für den weiteren Bildungsfortschritt von Mädchen

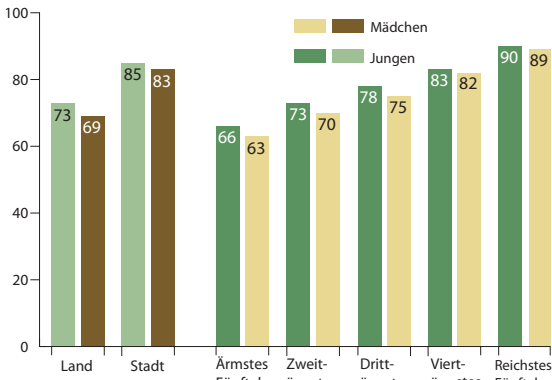
Verhältnis Mädchen/Jungen bei der Einschulung im Sekundarschulbereich – 1990/1991, 1999/2000 und 2005/2006 (Mädchen je 100 Jungen)



Wo das Geschlechtergefälle bei der Grundschulbildung beseitigt wurde, be- ginnen Mädchen in der Regel einen weiterführenden Bildungsgang auf der Sekundarstufe, während manche Jungen ins Erwerbsleben eintreten. In drei Regionen liegt die Einschulungsquote von Mädchen im Sekundarschulbe- reich höher als die der Jungen. Diese Leistungsschwäche bei Jungen gibt ins- besondere in Lateinamerika und in der Karibik Anlass zur Besorgnis. Liegen Mädchen hingegen bei der Grundschulbildung hinter den Jungen zurück, nimmt das Geschlechtergefälle im sekundären und tertiären Bildungsbereich weiter zu.

Gezielte Maßnahmen sind notwendig, um Mädchen aus armen, ländlichen Gebieten beim Schulverbleib behilflich zu sein

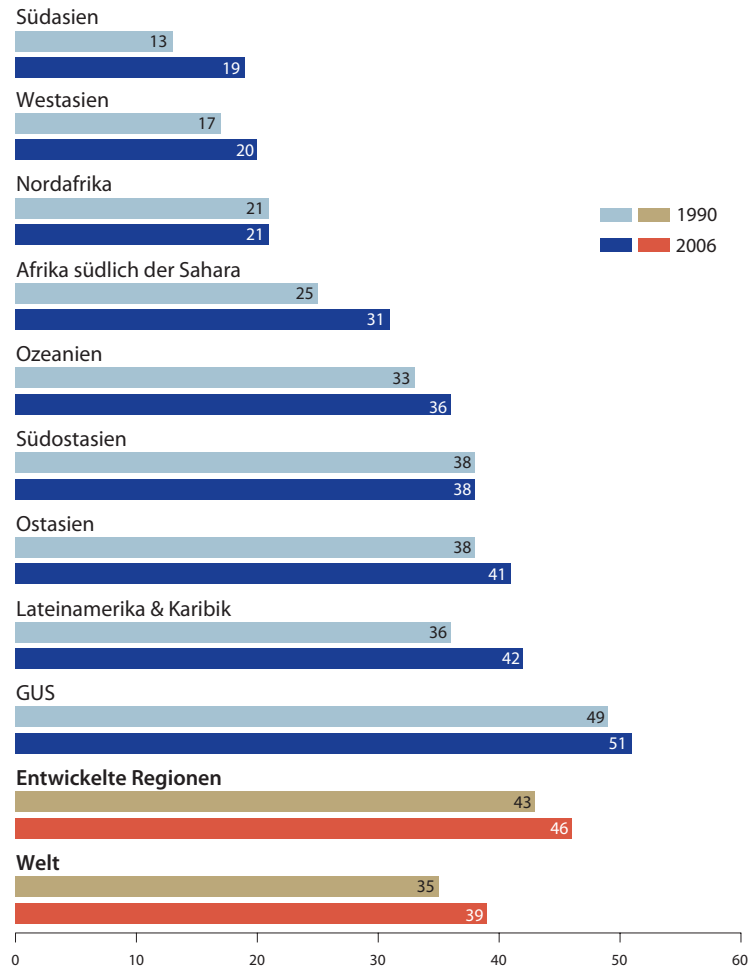
Netto-Schulbesuchsquote in der Grundschulstufe für Jungen und Mädchen in den Entwicklungsregionen, aufgeschlüsselt nach Wohnort und relativem Haushaltseinkommen – 2000/2006 (in Prozent)



In den Entwicklungsländern bestehen bei den wohlhabendsten Haushalten und in städtischen Gebieten im Hinblick auf den Grundschulbesuch kaum Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen. Mädchen in ländlichen Gebieten und aus den ärmsten Haushalten jedoch bedürfen gezielter Fördermaßnahmen, um sie zur Einschulung und zum Schulverbleib zu ermutigen. Satellitenschulen in entlegenen Gebieten, die Abschaffung von Schulgebühren, Schulspeisungen, der Bau getrennter Sanitärräume, die Gewährleistung eines sicheren Schulumfelds und die Förderung eines höheren Heiratsalters haben dazu geführt, dass Mädchen verstärkt die Schule besuchen.

Berufschancen tun sich auf, doch bleiben Frauen oft in unsicheren Niedriglohnstellen gefangen

Anteil der Frauen an den unselbständig Erwerbstätigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor – 1990 und 2006 (in Prozent)



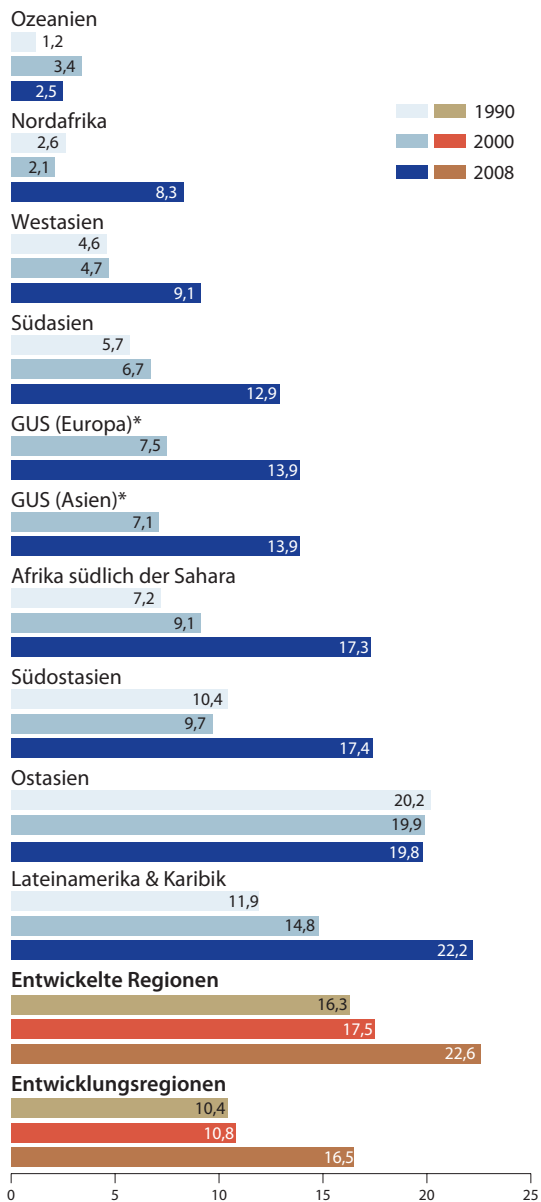
Frauen haben heute mehr Erwerbschancen als je zuvor. Insgesamt besetzen Frauen fast 40 Prozent aller bezahlten Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft; 1990 waren es noch 35 Prozent. Fast zwei Drittel aller Frauen in den Entwicklungsländern befinden sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen und sind auf eigene Rechnung tätig oder verrichten unbezahlte Arbeit in einem Familienbetrieb. In Südasien und Afrika südlich der Sahara fallen mehr als 80 Prozent aller von Frauen besetzten Arbeitsplätze unter diese Kategorie.

Frauen sind darüber hinaus überproportional in informellen Teilzeit-, Saison- und Kurzzeitstellen beschäftigt und entbehren daher sowohl Arbeitsplatzsicherheit als auch Versorgungsleistungen. Berufe sind nach wie vor geschlechtsspezifisch, und die vornehmlich von Frauen besetzten Stellen sind in der Regel durch geringeren Status, niedrigere Bezahlung und schlechtere Arbeitsbedingungen gekennzeichnet. Obschon Frauen mit hohem Bildungsstand heute besser gestellt sind und der Frauenanteil in Führungspositionen zunimmt, verharren die meisten Frauen nach wie vor in Arbeitsplätzen mit niedrigem Status und geringerem Ansehen und stoßen in Bezug auf hochrangigere Positionen auf höhere Zugangsbarrieren. Es ist demnach für Frauen schwieriger, eine Entlohnung für ihre Arbeitskraft zu erhalten und schließlich höhere, sicherere Einkommen zu erzielen. Selbst im staatlichen Sektor, wo Frauen oft über die gleiche Arbeitsplatzsicherheit und

die gleichen Versorgungsleistungen verfügen, arbeiten sie eher auf lokaler als auf zentraler Ebene. In dem Bemühen, diese Ungleichgewichte auszuräumen, haben die Entwicklungspartner Schwerpunkte bei der Gleichstellung der Geschlechter und der Ermächtigung der Frauen gesetzt. So floss beispielsweise 2005-2006 ein Sechstel der bilateralen Hilfe mit dem Ziel in die einzelnen Sektoren, den Status der Frauen zu verbessern.

Frauen gewinnen in der politischen Entscheidungsfindung langsam an Boden, doch die Fortschritte sind eratisch und regional unterschiedlich

Sitzanteil der Frauen in nationalen Einkammerparlamenten oder Unterhäusern – 1990, 2000 und 2008 (in Prozent)



* Für 1990 liegen keine Daten vor.

Im Januar 2008 erreichte der weltweite Sitzanteil der Frauen in den Parlamenten einen Spitzenwert von fast 18 Prozent. Dieser Anteil fluktuiert jedoch ständig, und hinter dem globalen Durchschnittswert verbergen sich nationale und regionale Unterschiede. In fünf Parlamenten haben Frauen mindestens 40 Prozent der Sitze inne: Ruanda liegt mit 48,8 Prozent an der Spitze, gefolgt von Schweden (47 Prozent), Kuba (43,2 Prozent), Finnland (41,5 Prozent) und Argentinien (40 Prozent). In 20 Ländern, von denen sich keines in Asien befindet, besetzen Frauen mindestens 30 Prozent der Parlamentssitze. Nach Veränderungen 2007 waren in den Parlamenten der Förderierten Staaten von Mikronesien, Katars, Naurus und Omans keine Frauen vertreten, und in einem Drittel aller Länder stellten Frauen weniger als 10 Prozent der Parlamentarier.

Die Parlamente der nordischen Länder stehen mit einem Frauenanteil von durchschnittlich mehr als 41 Prozent im Ländervergleich weiter an der Spitze. In Lateinamerika und der Karibik hat sich der Frauenanteil erhöht und beträgt jetzt 22 Prozent. Der in den vergangenen Jahren verzeichnete Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten des subsaharischen Afrika setzte sich nach den Wahlen 2007 weitgehend fort. Ozeanien ist die einzige Region, wo der Frauenanteil stagnierte.

Die ungleichmäßige Vertretung von Frauen in nationalen Parlamenten ist kein Zufall. In Wahlsystemen mit Quoten sind Frauen nach Wahlen proportional stärker vertreten. Quoten sind wichtige Fördermechanismen, die zusammen mit Zusatzmaßnahmen wie der aktiven Förderung weiblicher Kandidaten durch politische Parteien und der Schulung in der Führung von Wahlkämpfen und der Einwerbung von Mitteln zur Anwendung gebracht werden können. In einigen Ländern werden weibliche Kandidaten durch eine aktive Zivilgesellschaft unterstützt. Allen Anstrengungen muss jedoch der politische Wille der Führer zugrunde liegen, den Zugang von Frauen zu den Parlamenten zu fördern.

Trotz des höheren Anteils, den Frauen jetzt in den Parlamenten einnehmen, sind sie auf höchster Regierungsebene nach wie vor kaum vertreten. Im Januar 2008 waren von den 150 gewählten Staatschefs der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen 7 Frauen, und unter den 192 Regierungschefs befanden sich 8 Frauen. Insgesamt hatten Frauen nur 16 Prozent aller Ministerämter auf der Welt inne. Diese Gesamtzahl schließt 13 Länder ein, in denen Frauen überhaupt keine Kabinettspositionen innehatten, aber auch 22 Länder – zumeist in Europa und Afrika – in denen mindestens 30 Prozent der Ministerposten mit Frauen besetzt waren.

Auch auf anderen Gebieten ist die Vertretung von Frauen wichtig. Etwa die Hälfte der Bewohner von Flüchtlingslagern sind Frauen, doch sind sie nach wie vor kaum an den Entscheidungsprozessen in den Lagern beteiligt. Daten aus mehr als 80 Lagern zeigen, dass in lediglich zwei Fünfteln der Lager eine gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen erreicht wurde. Jüngere Daten aus den Jahren 2005 und 2007 deuten jedoch auf eine steigende politische Mitwirkung von Frauen in Flüchtlingslagern hin.

Ziel 4 Senkung der Kinder- sterblichkeit

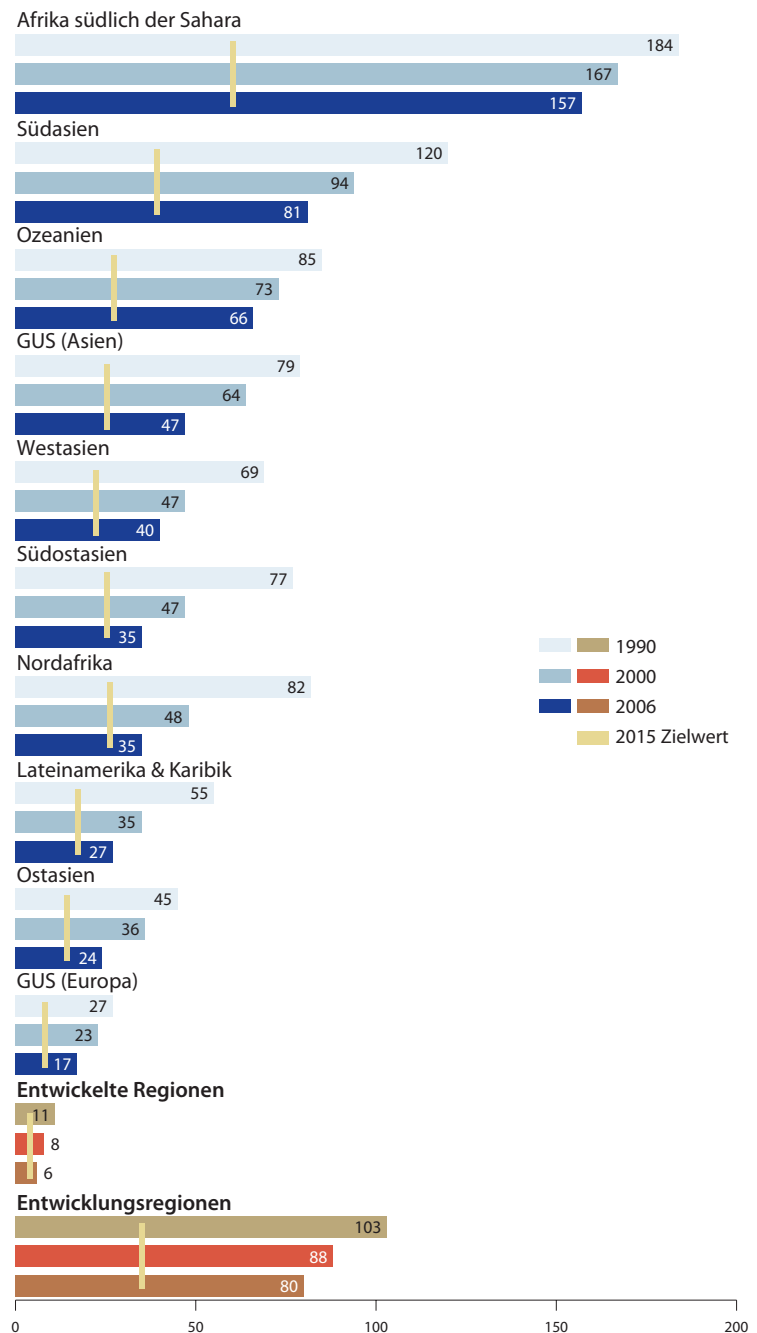


ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken

Aller Fortschritte ungeachtet ist die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren noch immer unannehmbar hoch

Sterblichkeitsziffer von Kindern unter fünf Jahren je 1.000 Lebendgeburten – 1990, 2000 und 2006



2006 lag die jährliche Sterblichkeitsziffer von Kindern unter fünf Jahren seit der Erhebung von Sterblichkeitsdaten erstmals unter 10 Millionen. Dennoch ist es unannehmbar, dass jedes Jahr Millionen von Kindern an vermeidbaren Ursachen sterben. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein in einem Entwicklungsland geborenes Kind innerhalb seiner ersten fünf Lebensjahre stirbt, liegt mehr als 13 Mal so hoch wie die, dass Kindern aus Industrieländern ein gleiches Schicksal widerfährt. Von den Kindern in den Entwicklungsländern, die vor Vollendung ihres fünften Lebensjahrs sterben, kommen etwa die Hälfte aus Afrika südlich der Sahara.

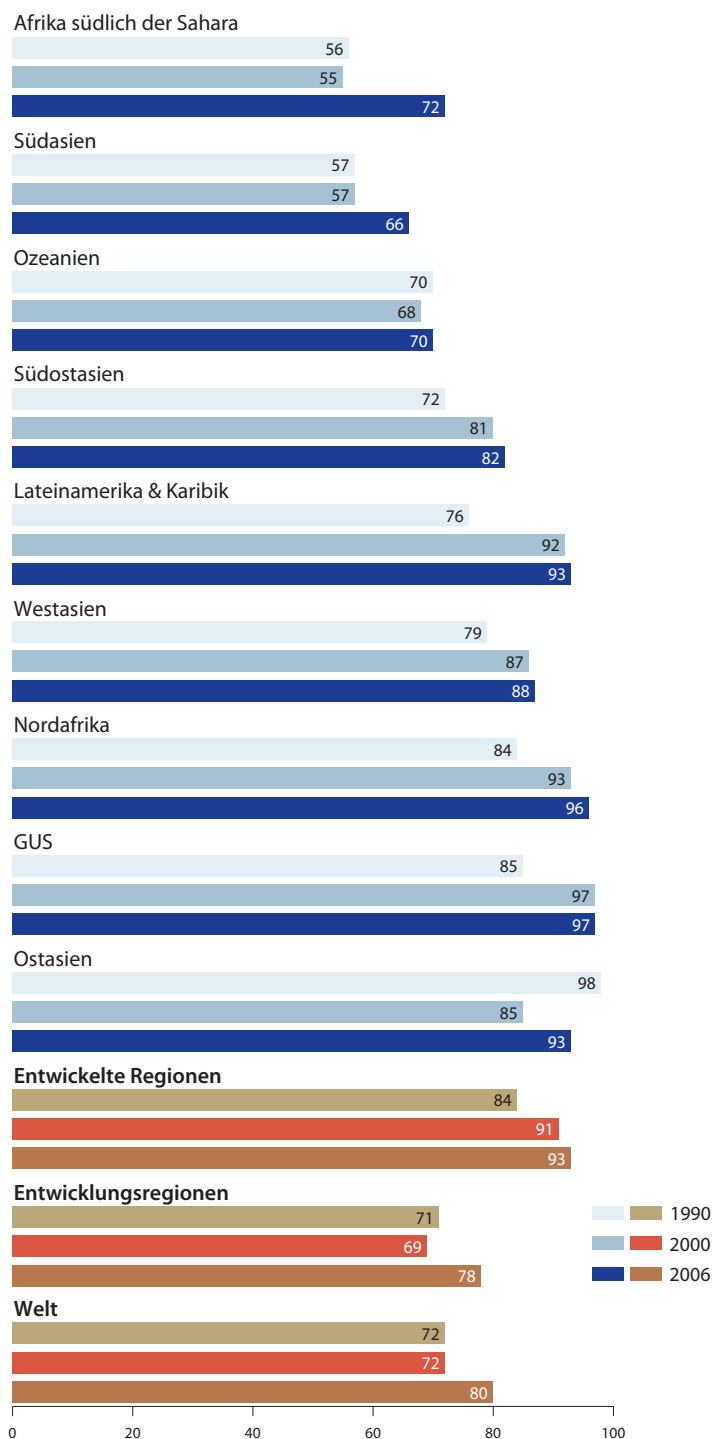
Etwa 27 Länder – die überwiegende Mehrzahl davon im subsaharischen Afrika – erzielten zwischen 1990 und 2006 gar keine Fortschritte in Bezug auf die Kindersterblichkeit, die in Ostasien und in Lateinamerika und der Karibik etwa viermal so hoch liegt wie in den entwickelten Regionen. Innerhalb aller Regionen gibt es nach wie vor Disparitäten: Kinder aus ländlichen und armen Familien und Kinder, deren Mütter über keine Grundbildung verfügen, haben eine höhere Sterblichkeitsziffer.

Die Haupttodesursachen im Kindesalter – Lungenentzündung, Durchfall, Malaria und Masern – sind durch einfache Verbesserungen in der gesundheitlichen Grundversorgung und durch bewährte Interventionsmaßnahmen wie orale Rehydrations-therapie, insektizidbehandelte Moskitonetze und Impfungen leicht zu verhindern. Jedes Jahr sterben mehr Kinder an Lungenentzündung als an jeder anderen Krankheit, und doch wird in den Entwicklungsländern auch weiterhin nur ein geringer Teil der Kinder unter fünf Jahren, bei denen Verdacht auf Lungenentzündung besteht, zu geeigneten Anbietern von Gesundheitsleistungen gebracht.

37 Prozent der Sterbefälle bei Kindern unter fünf Jahren fallen in den ersten Lebensmonat, und zahllose Neugeborene könnten durch eine bessere Versorgung von Neugeborenen und Müttern gerettet werden. Schätzungen zufolge ist Unterernährung bei über einem Drittel aller Sterbefälle bei Kindern unter fünf Jahren eine der zugrunde liegenden Ursachen.

Infolge von Impfungen ist die Häufigkeit von Masern als Todesursache stark zurückgegangen

Kinder im Alter von 12 bis 23 Monaten, die mindestens eine Dosis Masernimpfstoff erhalten haben – 1990, 2000 und 2006 (in Prozent)



Masern, eine der führenden Todesursachen bei Kindern, können mittels eines relativ kostengünstigen Impfstoffs und einer anschließenden Auffrischungsimpfung, die einen sicheren, lebenslangen Schutz bieten, wirksam verhindert werden. Durch bessere Routineimpfungen im Verbund mit einer flächendeckenderen Verabreichung der Zweitdosis ist die Zahl der masernbedingten Sterbefälle seit 1990 weltweit um mehr als zwei Drittel gesunken, was bedeutet, dass die anfängliche Zielvorgabe, bis 2005 die durch Masern verursachten Sterbefälle um die Hälfte zu reduzieren, sogar übertroffen wurde. Weltweit starben 68 Prozent weniger Menschen – zumeist Kinder unter fünf Jahren – an Masern; die Sterbefälle gingen von 757.000 im Jahr 2000 auf 242.000 im Jahr 2006 zurück. In Afrika südlich der Sahara fiel die Masernsterblichkeit um mehr als 91 Prozent.

Impfkampagnen, bei denen eine Einzeldosis verabreicht wird, können eine Gemeinschaft nicht ausreichend vor Masern schützen. Daher sind Ergänzungsprogramme (routinemäßige Impfdienste in Ländern, in denen viele Menschen die Erstdosis erhalten haben) oder regelmäßige Kampagnen (alle drei oder vier Jahre in Ländern, in denen wenige Menschen die Erstdosis erhalten haben) erforderlich, um allgemeine Immunität herbeizuführen. In den 47 Ländern, auf die 1990 95 Prozent der durch Masern verursachten Sterbefälle entfielen, hatten nur wenige Menschen die Erstdosis erhalten, und es gab keine Gelegenheit zur Verabreichung der Zweitdosis. Bis 2007 wurde in 44 der 47 Länder mit hohem Masernrisiko im Rahmen nationaler Kampagnen ein Protokoll zur Verabreichung der Zweitdosis durchgeführt. Mehr als 600 Millionen Kinder haben seit 1990 eine „zweite Chance“, also eine Auffrischungsimpfung, erhalten.

2006 erhielten etwa 80 Prozent der Kinder weltweit eine Routineimpfung gegen Masern. Dieser sprunghafte Anstieg des Deckungsgrades ist beeindruckend, doch sind zusätzliche Anstrengungen notwendig, damit jedes Kind geimpft und das Ziel erreicht werden kann, die Masernsterblichkeit bis 2010 um 90 Prozent zu senken.





Ziel 5 Verbesserung der Gesundheit von Müttern

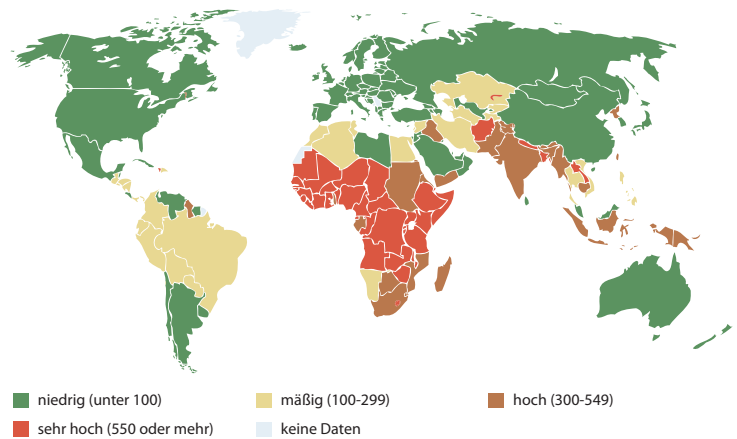


ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken

Frauen in Afrika südlich der Sahara und in Süd-asien tragen ein unvermindert hohes Risiko, während der Schwangerschaft oder bei der Entbindung zu sterben

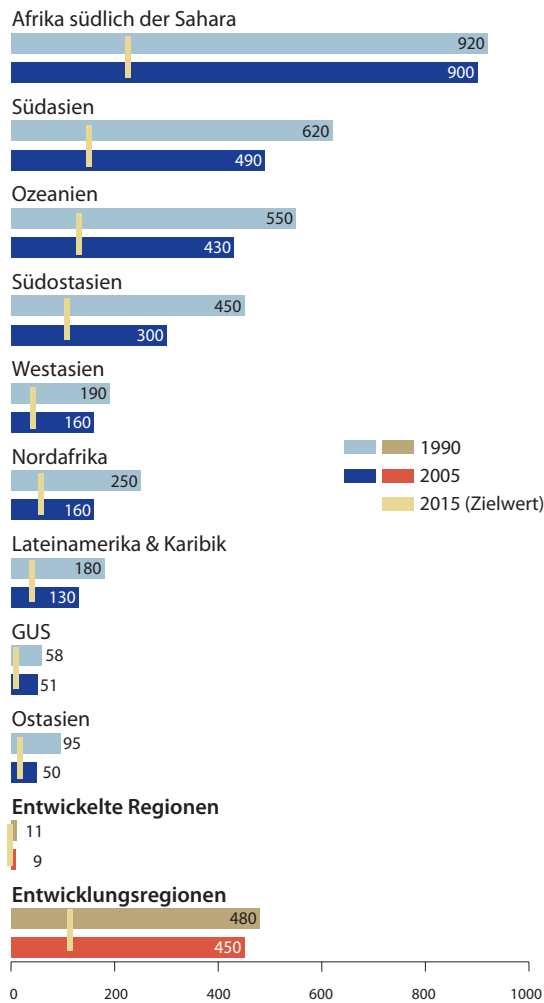
Müttersterblichkeit je 100.000 Lebendgeburten – 2005



Die Müttersterblichkeit ist in den meisten Entwicklungsländern immer noch unannehmbar hoch. 2005 starben mehr als 500.000 Frauen während der Schwangerschaft, bei der Entbindung oder in den sechs Wochen danach. 99 Prozent dieser Todesfälle ereigneten sich in den Entwicklungsländern, davon 86 Prozent in Afrika südlich der Sahara und in Süd-asien. In Afrika südlich der Sahara liegt das Risiko einer Frau, im Lauf ihres Lebens an behandelbaren oder vermeidbaren Komplikationen bei Schwangerschaft und Entbindung zu sterben, bei 1 zu 22, in den entwickelten Regionen dagegen bei 1 zu 7.300.

Bei der Rettung des Lebens von Müttern wurden kaum Fortschritte erzielt

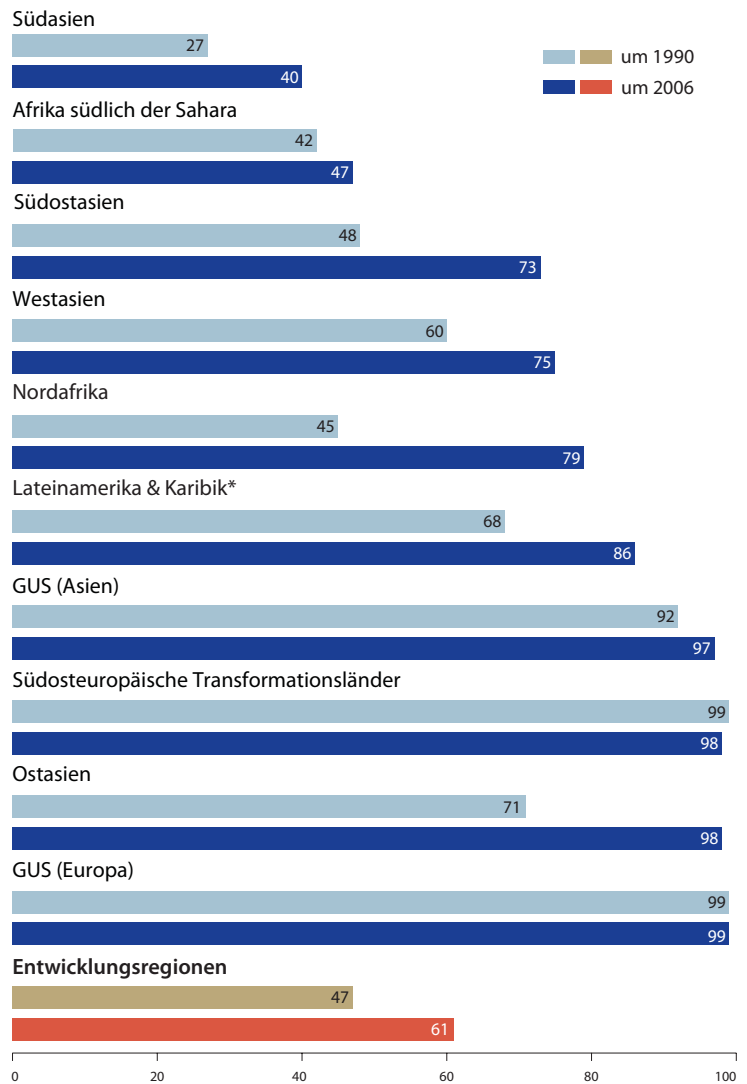
Müttersterblichkeit je 100.000 Lebendgeburten – 1990 und 2005



Zwischen 1990 und 2005 nahm die Müttersterblichkeit weltweit um weniger als ein Prozent pro Jahr ab, was weit unter dem zur Erreichung der Zielvorgabe notwendigen Rückgang um 5,5 Prozent jährlich liegt. Nordafrika, Lateinamerika und die Karibik und Südostasien konnten während dieses Zeitraums eine etwa dreißigprozentige Senkung ihrer Müttersterblichkeitsraten verzeichnen, was zur Umsetzung der Zielvorgabe jedoch nicht ausreichte. In Afrika südlich der Sahara, der Region mit der höchsten Müttersterblichkeitsrate, waren die Fortschritte minimal. Zur Zielverwirklichung ist es in allen Regionen erforderlich, bei der reproduktiven Gesundheitsversorgung in allen Dimensionen raschere Verbesserungen zu erzielen, vor allen Dingen, jedoch nicht ausschließlich, im Hinblick auf eine bessere geburtshilfliche Versorgung.

Die Anwesenheit von medizinischem Fachpersonal bei der Entbindung gibt den Ausschlag

Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Geburten – um 1990 und um 2006 (in Prozent)

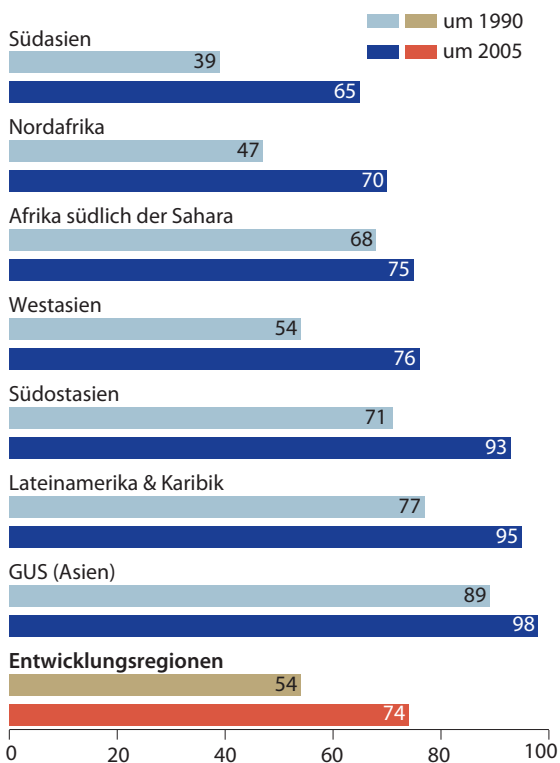


* Umfasst nur Entbindungen in Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Die Anwesenheit von medizinischem Fachpersonal (Ärzte, Krankenschwestern oder Hebammen) bei der Entbindung ist entscheidend, wenn die Müttersterblichkeit zurückgehen soll. 2006 wurden in den Entwicklungsändern fast 61 Prozent der Geburten – gegenüber weniger als 50 Prozent im Jahr 1990 – durch medizinisches Fachpersonal betreut. In Südasiens (40 Prozent) und in Afrika südlich der Sahara (47 Prozent) – den beiden Regionen mit der höchsten Müttersterblichkeit – ist die entsprechende Betreuung nach wie vor nicht hinlänglich gewährleistet. Soll die Müttersterblichkeit nennenswert gesenkt werden, so muss bei Entbindungen standardmäßig angemessen ausgebildetes medizinisches Personal bereitstehen, das über die entsprechende Ausrüstung verfügt und bei Komplikationen eine Überweisung vornehmen kann.

Die Schwangerenvorsorge nimmt überall weiter zu

Anteil der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren, die während der Schwangerschaft mindestens einmal von medizinischem Fachpersonal betreut wurden – um 1990 und um 2005 (in Prozent)



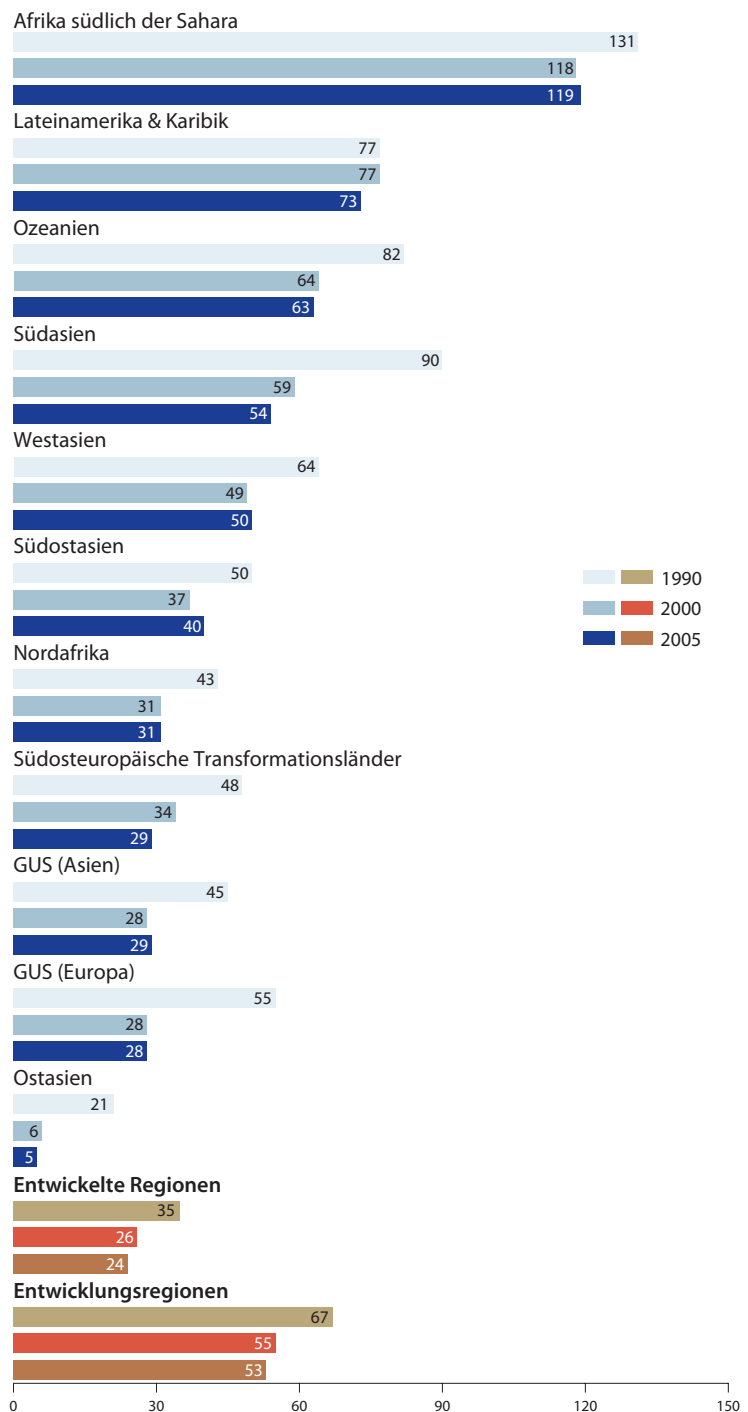
Die Schwangerenvorsorge stellt im Hinblick auf eine gesundheitlich problemfreie Schwangerschaft und Entbindung ein unverzichtbares Sicherheitsnetz dar, da mit ihrer Hilfe das Wohlergehen von Mutter und Kind überwacht werden kann. Der Anteil der schwangeren Frauen in den Entwicklungsländern, die mindestens einmal zur Schwangerenvorsorge gingen, stieg zwischen etwa 1990 und 2000 von etwas mehr als der Hälfte auf fast drei Viertel an. Dies bedeutet zwar eine Verbesserung, doch empfehlen die Weltgesundheitsorganisation und das UNICEF mindestens vier Besuche zur vorgeburtlichen Betreuung. In Afrika erfüllten nur 42 Prozent der Frauen diese Norm.

ZIELVORGABE

Bis 2015 den allgemeinen Zugang zu Leistungen der Reproduktionsmedizin verwirklichen

Die Fruchtbarkeitsrate bei weiblichen Jugendlichen sinkt langsam

Geburten bei 15- bis 19-jährigen Frauen – 1990, 2000 und 2005 (Zahl der Geburten je 1.000 Frauen)

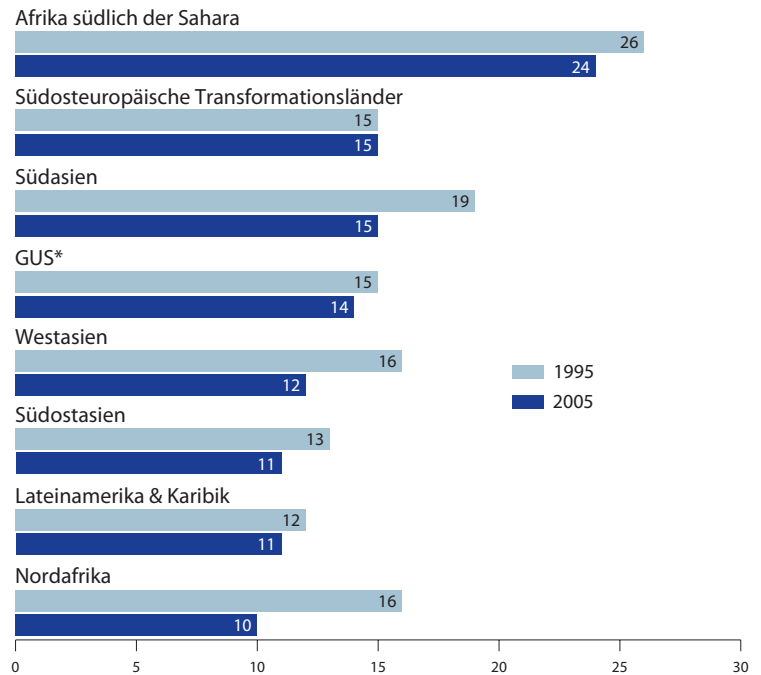


Jugendschwangerschaften tragen zum Zyklus der Mütter- und Kindersterblichkeit bei. Sehr frühe Mutterschaft erhöht nicht nur das Risiko, im Kindbett zu sterben, sondern gefährdet auch das Wohl der überlebenden Mütter und ihrer Kinder. Jungen Müttern entgehen oft Bildungs- und sozioökonomische Chancen. Kinder jugendlicher Mütter sterben häufiger im Säuglings- oder Kindesalter und kommen wahrscheinlich nicht in den Genuss der bekannten Vorteile, die Mütter, die eine Bildung besitzen, an ihre Kinder weitergeben. Die Senkung der Fruchtbarkeitsrate bei weiblichen Jugendlichen trägt direkt und indirekt zur Erreichung des Ziels der Müttergesundheit und anderer Ziele bei.

In beinahe allen Entwicklungsregionen ging die Fruchtbarkeitsrate bei weiblichen Jugendlichen zwischen 1990 und 2000 zurück, stagnierte jedoch zwischen 2000 und 2005 weitgehend oder stieg geringfügig an. In Afrika südlich der Sahara ist die Fruchtbarkeitsrate für alle Frauen im gebärfähigen Alter nach wie vor hoch, besonders jedoch für Jugendliche. In den vergangenen zwanzig Jahren ist die Gesamfruchtbarkeitsrate in vielen Ländern Lateinamerikas und der Karibik und Südostasiens erheblich zurückgegangen; die Fruchtbarkeitsrate für weibliche Jugendliche hingegen ist kaum gesunken und liegt für beide Regionen weiter bei über 60 Geburten je 1.000 Frauen. Die erhöhte Verfügbarkeit von Familienplanungsdiensten hat in diesen Regionen maßgeblich zur Senkung der Gesamfruchtbarkeitsrate beigetragen, doch wird der Nachfrage verheirateter jugendlicher Frauen nach Verhütungsmitteln nicht so bereitwillig entsprochen wie der älterer Frauen. Dies macht es schwerer, die Fruchtbarkeitsrate für weibliche Jugendliche zu senken, und setzt junge Frauen einem höheren Müttersterblichkeitsrisiko aus.

Ein ungedeckter Bedarf an Familienplanungsdiensten gefährdet die Verwirklichung mehrerer anderer Ziele

Anteil der 15- bis 49-jährigen verheirateten Frauen mit ungedecktem Bedarf an Familienplanungsdiensten – 1995 und 2005 (in Prozent)



* Die neuesten verfügbaren Daten beziehen sich auf ein Jahr um 2000.
Anmerkung: Für Ostasien sind keine Daten verfügbar.

Der ungedeckte Bedarf an Familienplanungsdiensten – die Diskrepanz zwischen dem erklärten Wunsch der Frauen, Kinder später oder überhaupt nicht zu bekommen, und ihrem tatsächlichen Gebrauch von Verhütungsmitteln – hat in den meisten Ländern, in denen ein Trend erkennbar ist, abgenommen. Im subsaharischen Afrika besteht jedoch bei fast einem Viertel der verheirateten Frauen ein ungedeckter Familienplanungsbedarf, und die gestiegene Verwendung von Verhütungsmitteln konnte im Durchschnitt mit dem wachsenden Wunsch nach späterer Mutterschaft oder nach Begrenzung der Geburtenzahl kaum Schritt halten. Dies trägt zu der anhaltend hohen Fruchtbarkeitsrate in der Region bei und untergräbt verwandte Ziele wie die Senkung der Kindersterblichkeit, des Hungers und der Mangelernährung und die Erhöhung der Einschulungsquote im Grundschulbereich.

In allen Regionen ist dieser ungedeckte Bedarf in den ärmsten Haushalten am höchsten. Dies zeigt sich insbesondere in Lateinamerika und der Karibik, wo er in den ärmsten Haushalten bei 27 Prozent, in den wohlhabendsten dagegen bei 12 Prozent liegt. In Afrika südlich der Sahara ist der ungedeckte Bedarf insgesamt hoch und liegt sogar in den wohlhabendsten Haushalten bei über 20 Prozent.

Besonders hoch ist der ungedeckte Bedarf an Familienplanungsdiensten bei jungen Frauen, von denen viele eine Schwangerschaft hinausschieben wollen. Enge Geburtenabstände erhöhen die Gefahr für ihr Leben und ihre Gesundheit.

Hat eine Frau die gewünschte Kinderzahl erreicht, so sind, wenn sie keine Verhütungsmittel einsetzen kann, ungewollte Schwangerschaften und Geburten die Folge. Dies führt zu einem erhöhten Müttersterblichkeitsrisiko und dazu, dass es Familien finanziell schwerer fällt, allen ihren Kindern eine Schulbildung und Gesundheitsversorgung angedeihen zu lassen.

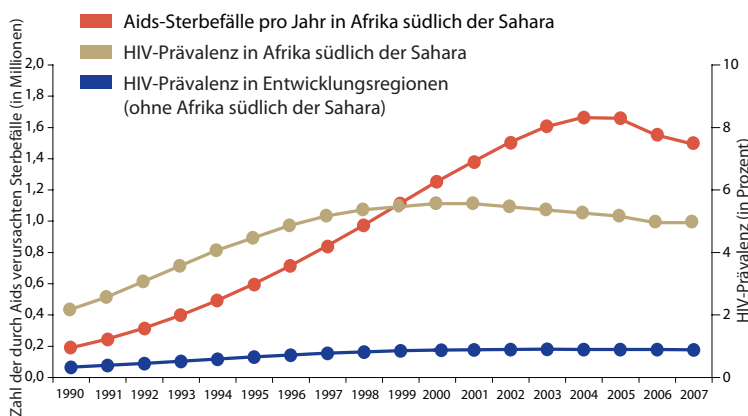
Ziel 6 Bekämpfung von HIV/ Aids, Malaria und anderen Krankheiten

ZIELVORGABE

Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Trotz gewisser Fortschritte fordert Aids nach wie vor einen schrecklichen Tribut, insbesondere in Afrika südlich der Sahara

HIV-Prävalenz bei Erwachsenen im Alter von 15-49 Jahren in den Entwicklungsregionen und in Afrika südlich der Sahara (in Prozent) und Zahl der durch Aids verursachten Sterbefälle in Afrika südlich der Sahara (in Millionen) – 1990-2007



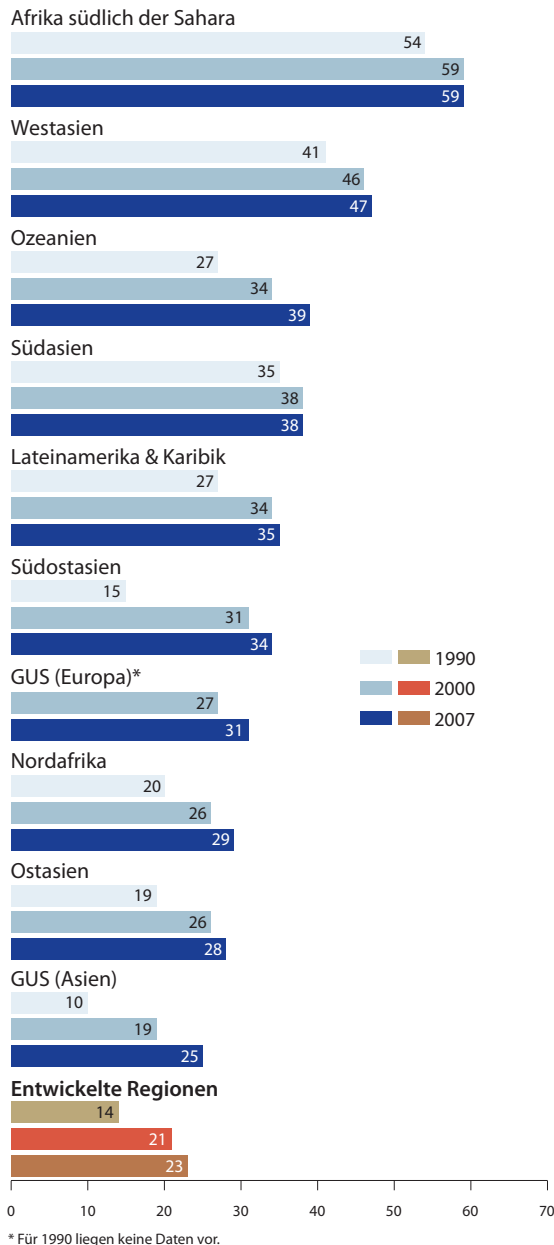
Jeden Tag infizieren sich fast 7.500 Menschen neu mit dem HIV, und täglich sterben 5.500 Menschen an Aids, was hauptsächlich auf fehlende HIV-Präventions- und -Behandlungsdienste zurückzuführen ist. Trotz dieser erschreckenden Zahlen haben einige ermutigende Entwicklungen zu gewissen Fortschritten im Kampf gegen Aids geführt.

Dank verbesserter Präventionsprogramme ist die Zahl der HIV-Neuinfektionen von 3 Millionen im Jahr 2001 auf 2,7 Millionen im Jahr 2007 zurückgegangen. Mit der Ausweitung der antiretroviralen Therapieangebote sank die Zahl der Aids-Toten von 2,2 Millionen im Jahr 2005 auf 2 Millionen im Jahr 2007. Da die Neuinfizierten jedoch länger überleben, ist die Zahl der Menschen mit HIV zwischen 2001 und 2007 von schätzungsweise 29,5 Millionen auf 33 Millionen angestiegen. Der weitaus größte Teil dieser Menschen lebt im subsaharischen Afrika.



In fast allen Regionen steigt der Anteil der Frauen an den HIV-Infizierten

Anteil der Frauen an den HIV-Infizierten ab 15 Jahren – 1990, 2000 und 2007 (in Prozent)



2007 waren weltweit schätzungsweise 15,5 Millionen Frauen und 15,3 Millionen Männer ab 15 Jahren mit dem HIV infiziert. Die Vergleichszahlen für 2001 betragen 14,1 bzw. 13,8 Millionen. In Afrika südlich der Sahara lag der Frauenanteil bei den HIV-infizierten Erwachsenen bei fast 60 Prozent.

Präventionsprogramme führen zu Erfolgen

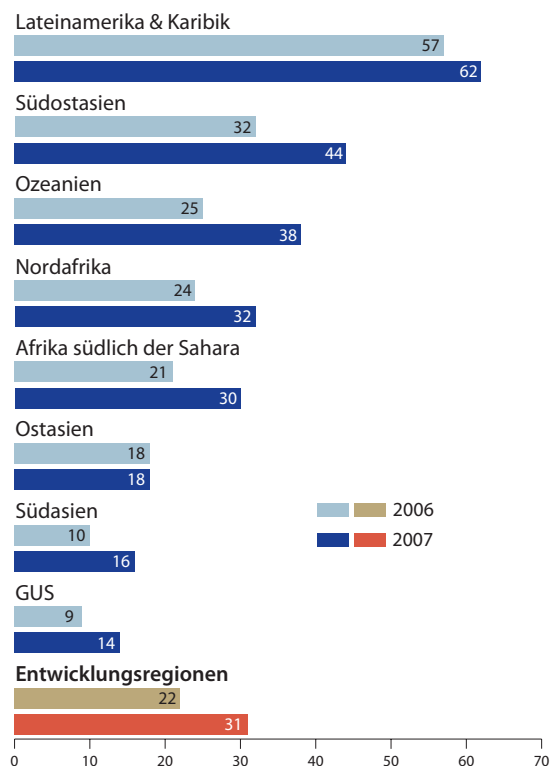
Stichprobendaten und nationale Erhebungen deuten auf Erfolge bei der HIV-Prävention hin, insbesondere bei der Minderung riskanten Sexualverhaltens. Die HIV-Prävalenz bei 15- bis 24-jährigen Schwangeren scheint ein getreues Abbild der Gesamtentwicklung der Epidemie zu sein, da diese Gruppe mit höherer Wahrscheinlichkeit neu infiziert ist und Mortalität und antiretrovirale Therapien die Daten weniger beeinflussen. Seit 2000/2001 geht die HIV-Prävalenz bei jungen Frauen, die Schwangerenvorsorgestationen aufsuchen, in 14 der 17 am stärksten betroffenen Länder zurück.

In 19 der 35 Länder mit hoher Prävalenz ist der Anteil der 15- bis 19-Jährigen, die vor ihrem 15. Geburtstag sexuell aktiv wurden, zwischen 1990 und 2007 in sieben Ländern gesunken und in zwei angestiegen. Im selben Zeitraum ging der Anteil der 15- bis 24-Jährigen, die in den vorangegangenen 12 Monaten mehr als einen Partner hatten, in 10 Ländern zurück, blieb in einem unverändert und stieg für Frauen in zwei Ländern und für Männer in einem Land an. Schließlich nahm der Anteil der 15- bis 24-jährigen Männer, die ein Kondom benutzten und in den vorangegangenen 12 Monaten mit mehr als einer Person Geschlechtsverkehr hatten, in 12 Ländern zu. Der Anteil junger Frauen mit entsprechendem Verhalten stieg in 8 Ländern.

ZIELVORGABE
 Bis 2010 allgemeinen Zugang zu HIV/Aids-Behandlung für alle Behandlungsbedürftigen sicherstellen

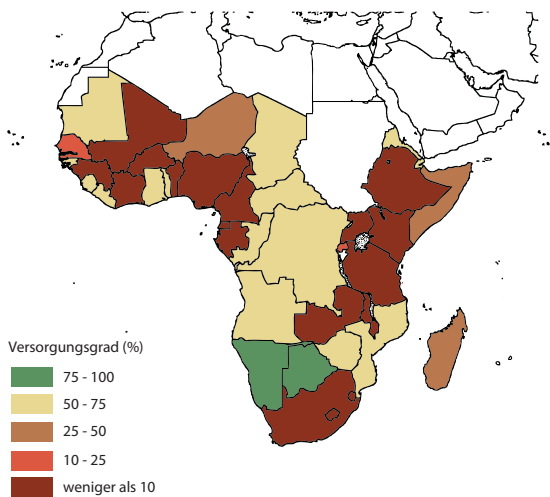
Antiretrovirale Medikamente verlängern das Leben um Jahre, doch ist der Therapiebedarf noch immer größer als das vorhandene Angebot

Anteil der behandlungsbedürftigen Menschen mit HIV, die eine antiretrovirale Therapie erhalten – 2006 und 2007 (in Prozent)



Die Zahl der Menschen mit HIV, die eine antiretrovirale Therapie erhielten, stieg 2007 um etwa 950.000 an. Bei 2,7 Millionen Neuinfektionen in diesem Jahr allein war der Behandlungsbedarf weitaus höher als die Verfügbarkeit antiretroviraler Medikamente. Ende 2007 erhielten von geschätzten 9,7 Millionen behandlungsbedürftigen Menschen in den Entwicklungsländern lediglich 3 Millionen diese Medikamente. Der Anteil der Menschen, die eine Behandlung erhielten, lag in Ostasien, Südasien und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten weit niedriger als in Afrika südlich der Sahara. Dennoch erhielten wegen des schieren Ausmaßes der Aids-Krise im subsaharischen Afrika etwa 5 Millionen Menschen dort keine antiretrovirale Therapie. Trotz ihrer begrenzten Verfügbarkeit führte der Einsatz antiretroviraler Medikamente in den Entwicklungsländern seit 2002 zu schätzungsweise 3,2 Millionen gewonnenen Lebensjahren, davon allein 2 Millionen im subsaharischen Afrika.

Anteil der behandlungsbedürftigen Menschen mit HIV, die eine antiretrovirale Therapie erhalten, Afrika – 2007 (in Prozent)



Die Planung zu Gunsten von Aids-Waisen nimmt zwar zu, doch lässt greifbare Unterstützung auf sich warten

Anfangs gingen weder Regierungen noch die internationale Gemeinschaft angemessen auf die ernststen Probleme der von Aids betroffenen Kinder ein. Dies ändert sich jetzt. Mehrere Länder machen Fortschritte dabei, Waisen und gefährdeten Kindern ein Minimum an Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, darunter Bildung, Gesundheitsversorgung, Sozialfürsorge und Schutz. Bis Ende 2007 gab es in 24 Ländern, 21 davon in Afrika südlich der Sahara, konkrete nationale Aktionspläne für Aids-Waisen und andere gefährdete Kinder. In zehn weiteren Ländern – neun davon in Afrika südlich der Sahara – befanden sich solche Pläne im Aufbau.

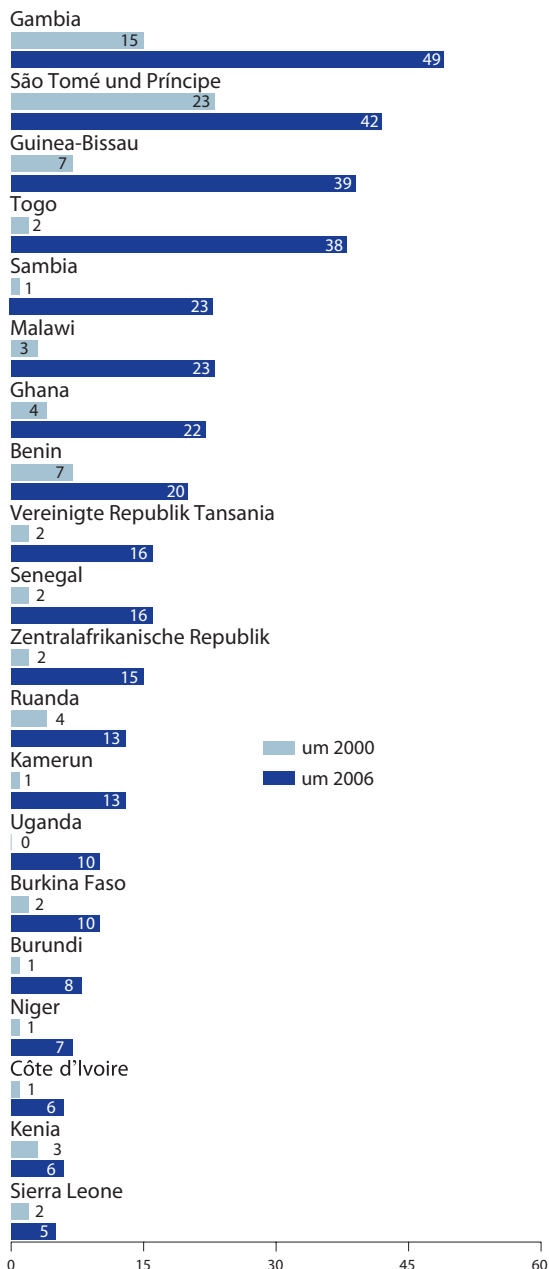
Viele Länder beziehen darüber hinaus Politiken zu Gunsten der von Aids betroffenen Kinder in die nationalen Entwicklungspläne, die allgemeinen Aktionspläne zu Gunsten von Kindern und die grundsatzpolitischen Pläne von Bildungs-, Gesundheits- und anderen Ministerien ein. In den 19 Ländern, für die Daten vorliegen, betrug der Anteil der Haushalte, in denen Waisen und gefährdete Kinder lebten und die externe Unterstützung erhielten, zwischen einem Prozent in Sierra Leone und 41 Prozent in Swasiland; der Median lag bei 9 Prozent. Der Versorgungsgrad ist jedoch selbst in Ländern mit hoher HIV-Prävalenz weiterhin niedrig.

ZIELVORGABE

Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Trotz enormer Fortschritte bleibt die Verwendung insektizidbehandelter Moskitonetze hinter den globalen Zielvorgaben zurück

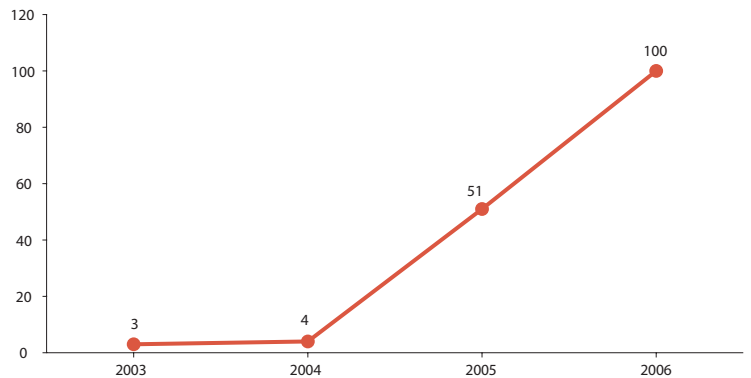
Anteil der Kinder, die unter insektizidbehandelten Bettnetzen schlafen, in ausgewählten Ländern – um 2000 und um 2006 (in Prozent)



Die Zahl der insektizidbehandelten Moskitonetze, die weltweit hergestellt werden, stieg zwischen 2004 und 2007 sprunghaft von 30 Millionen auf 95 Millionen an. Da gleichzeitig auch erhöhte Ressourcen bereitgestellt wurden, führte dies zu einer raschen Zunahme der innerhalb der Länder beschafften und verteilten Moskitonetze. So erhöhte das UNICEF beispielsweise seine Beschaffung von 7 Millionen Netzen im Jahr 2004 auf fast 20 Millionen im Jahr 2007, und der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria erhöhte seine Verteilung von 1,35 Millionen im Jahr 2004 auf 18 Millionen im Jahr 2006. Entsprechend wiesen alle Länder Afrikas südlich der Sahara, für die Trenddaten vorlagen, einen Anstieg bei der Verwendung insektizidbehandelter Moskitonetze für Kinder unter 5 Jahren aus, wobei sich die Versorgungsdichte in 16 dieser 20 Länder seit etwa 2000 mindestens verdreifacht hat. Trotz dieser Fortschritte bleibt die Verwendung insektizidbehandelter Moskitonetze hinter den globalen Zielvorgaben zurück.

Die neuen Strategien zur Malariabehandlung sind wirksam, werden jedoch nicht ausreichend genutzt

Zahl der weltweit beschafften Dosen an Kombinationstherapien auf Artemisininbasis – 2003-2006 (in Millionen)



Bei der Behandlung von Malaria waren die Fortschritte geringer als bei ihrer Verhütung. Zwar ist die Behandlung von Kindern mit Fieber in ganz Afrika südlich der Sahara relativ weit verbreitet, doch hat die Flächendeckung seit 2000 nur in wenigen Ländern zugenommen, und die meisten Patienten erhalten oft weniger wirksame Medikamente. In einer Teilmenge von 22 subsaharischen Ländern Afrikas, in denen nahezu die Hälfte der Bevölkerung der Region lebt und in denen die Daten eine Fortschrittsbewertung im Zeitverlauf zuließen, fiel der Anteil der Kinder mit Fieber, die Medikamente gegen Malaria erhielten, von 41 Prozent im Jahr 2000 auf 34 Prozent im Jahr 2005. Außerdem wurde zwischen 2004 und 2006 in einer weiteren Teilmenge von 14 Ländern der Region Malaria in höchstens 6 Prozent der Fälle mit den wirksameren, jedoch teureren, Kombinationstherapien auf Artemisininbasis behandelt. Sambia war mit 13 Prozent die Ausnahme. Die Finanzierung und Beschaffung dieser Kombinationstherapien wurde seit 2005 erheblich ausgeweitet, und fast alle Länder Afrikas südlich der Sahara haben ihre nationale Arzneimittelpolitik rasch auf die Förderung dieser Therapien ausgerichtet.

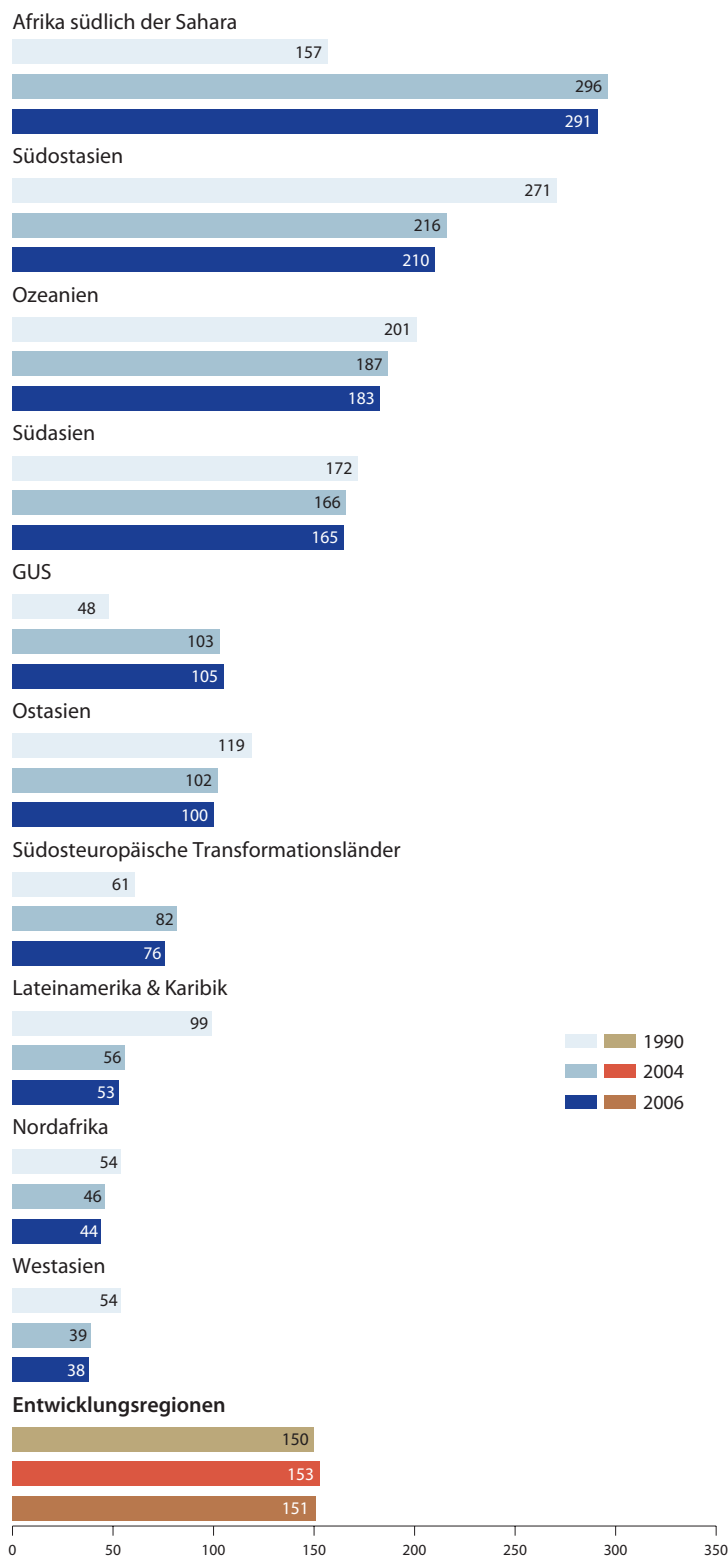
Studien zeigen, dass die großflächige Ausweitung von Präventionsprogrammen und der verbesserte Zugang zu wirksameren Medikamenten gegen Malaria zu einem erheblichen Rückgang der Malaria-Morbidität und -Mortalität führen können. Nachdem Vietnam 1991 Maßnahmen zur Eindämmung der Krankheit, darunter die breitere Verteilung insektizidbehandelter Moskitonetze,

netze, die Besprühung von Innenwänden und den Einsatz von Medikamenten gegen Malaria, zur nationalen Priorität erklärte, ging die Zahl der Malariafälle drastisch zurück. In Eritrea wurden zwischen 2000 und 2006 mehr als eine Million Moskitonetze verteilt, und 2004 waren etwa 80 Prozent der Haushalte in Gebieten mit hohem Malariarisiko mit solchen Netzen ausgestattet. Auf Grund dessen gingen die dokumentierten Erkrankungen und Sterbefälle auf Grund von Malaria zwischen 2000 und 2006 um mehr als 70 Prozent zurück. In einem Distrikt von Sansibar, in dem die Entwicklung genau verfolgt wurde, sanken die Malariafälle und die Krankenhausweisungen zwischen 2003 und 2005 um 70 Prozent und die rohe Mortalität von Kindern unter fünf Jahren um 50 Prozent, nachdem in allen öffentlichen Gesundheitseinrichtungen kostenlos Kombinationstherapien auf Artemisininbasis bereitgestellt wurden. In Südafrika gingen nach einem Anstieg der Malaria in den 1990er Jahren durch erhöhte Resistenzen gegen Medikamente und Insektizide die dokumentierten Erkrankungs- und Sterbefälle zwischen 2000 und 2006 um 80 Prozent zurück, nachdem Kombinationstherapien und eine bessere Moskitobekämpfung (so auch Besprühung mit DDT) eingeführt wurden.

Durch hohe Finanzierungs- und Aufmerksamkeitsgewinne für die Malariabekämpfung wurden die entsprechenden Maßnahmen in vielen Ländern beschleunigt, doch bleiben viele weitere Länder immer noch hinter den globalen Zielen zurück. Darüber hinaus wurden neue und wirksamere Interventionsmaßnahmen (z.B. langzeitwirksame insektizidbehandelte Moskitonetze) entwickelt, und die Herstellung und Verteilung wichtiger Bedarfsgüter wurde verbessert. Die Länder haben außerdem erfolgreichere Strategien rascher übernommen, zu denen sie ohne mehr Finanzmittel keinen Zugang gehabt hätten (z.B. die Förderung von Kombinationstherapien auf Artemisininbasis). Diese Entwicklungen legen nahe, dass in den kommenden Jahren noch größere Fortschritte im Kampf gegen die Malaria möglich sein könnten.

Die Fortschritte im Hinblick auf die Zielvorgaben betreffend Tuberkulose sind gemischt

Zahl der neuen Tuberkulosefälle je 100.000 Einwohner (ohne HIV-positive Menschen) – 1990, 2004 und 2006



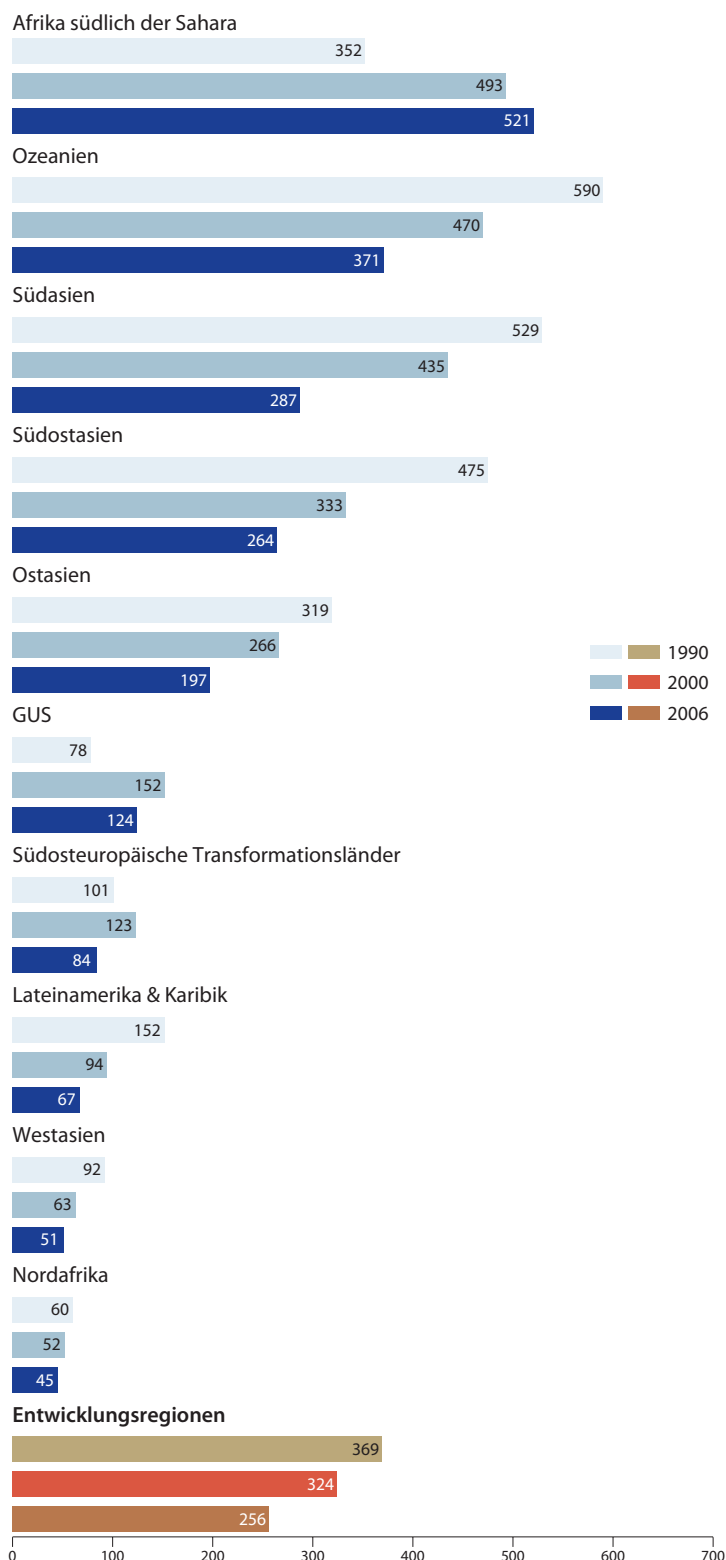
2006 starben schätzungsweise 1,7 Millionen Menschen an Tuberkulose, und 14,4 Millionen Menschen waren infiziert, darunter etwa 9,2 Millionen Neuinfektionen. Dieser Anstieg gegenüber 2005 wird hauptsächlich dem Bevölkerungswachstum zugeschrieben. In den Entwicklungsregionen erreichte die Zahl der neuen Tuberkulosefälle je 100.000 Einwohner (Inzidenzrate) 2004 ihren Höchststand und sank dann zwischen 2005 und 2006 um 0,7 Prozent. Halten diese Trends weltweit an, sollte die Tuberkuloseinzidenz weit vor 2015 stagnieren und zurückgehen.

Eine erfolgreiche Ausmerzung der Tuberkulose bedingt, dass neue Fälle frühzeitig erkannt und wirksam behandelt werden. Auf dem Gebiet der Erkennung kam es jedoch zwischen 2005 und 2006 zu langsameren Fortschritten: Die Erkennungsrate stieg nur geringfügig auf 61 Prozent an, was sowohl hinter dem in dem Globalen Plan „Stopp der Tb“ für 2006 enthaltenen Richtwert von 65 Prozent als auch hinter der letztendlich angestrebten Zielvorgabe von 70 Prozent zurückblieb.

Auf Afrika, China und Indien entfallen zusammengekommen mehr als zwei Drittel der unerkannten Tuberkulosefälle. Eine Erhöhung der Erkennungsrate in China und Indien blieb 2006 aus. Die Erkennungsrate in Afrika – 46 Prozent im Jahr 2006 – ist am weitesten von der Zielvorgabe entfernt.

Eine Halbierung der Tuberkuloseprävalenzrate bis 2015 ist unwahrscheinlich

Zahl der Tuberkulosefälle je 100.000 Einwohner (ohne HIV-positive Menschen) – 1990, 2000 und 2006



Die Erfolgsquote für die Tuberkulosebehandlung im Rahmen des DOTS (direkt überwachte Kurzzeittherapie)-Programms betrug 2005 84,7 Prozent – der höchste Wert seit Beginn verlässlicher Aufzeichnungen und nur knapp unter der Zielvorgabe von 85 Prozent. Diese Programme, bei denen jeder Tuberkulosepatient entsprechend diagnostiziert und registriert wird und anschließend eine standardisierte Behandlung mit mehreren Medikamenten erhält, helfen, die relativen Auswirkungen der Krankheit zu mildern.

Für Tuberkulose sinken die Prävalenzrate – die Zahl der aufgetretenen Fälle je 100.000 Menschen – und die Mortalität schneller als die Inzidenz. Zwischen 2005 und 2006 ging die globale Prävalenzrate (einschließlich bei HIV-positiven Menschen) um 2,8 Prozent auf 219 Fälle je 100.000 Menschen zurück; die Zielvorgabe für 2015 liegt bei 147. Die entsprechende Mortalität sank um 2,6 Prozent auf 25 je 100.000 Menschen; die Zielvorgabe ist 14.

Trotz seiner Erfolge hat sich das DOTS-Programm noch nicht so auf die weltweite Übertragung und Inzidenz ausgewirkt, dass die Zielvorgabe der Partnerschaft „Stopp der Tb“, die Prävalenz- und Sterberaten von 1990 bis 2015 zu halbieren, damit in erreichbare Nähe gerückt wäre. Wenn sich die Trends der letzten fünf Jahre fortsetzen, werden sowohl Afrika südlich der Sahara als auch die Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten beide Zielvorgaben verfehlen, womit es unmöglich wäre, den globalen Richtwert zu erreichen. Sollen diese Ziele verwirklicht werden, müssen die im Rückstand befindlichen Regionen aktive Tuberkulose besser und rascher diagnostizieren und die Erfolgsquote der Behandlung erhöhen.





Ziel 7

Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

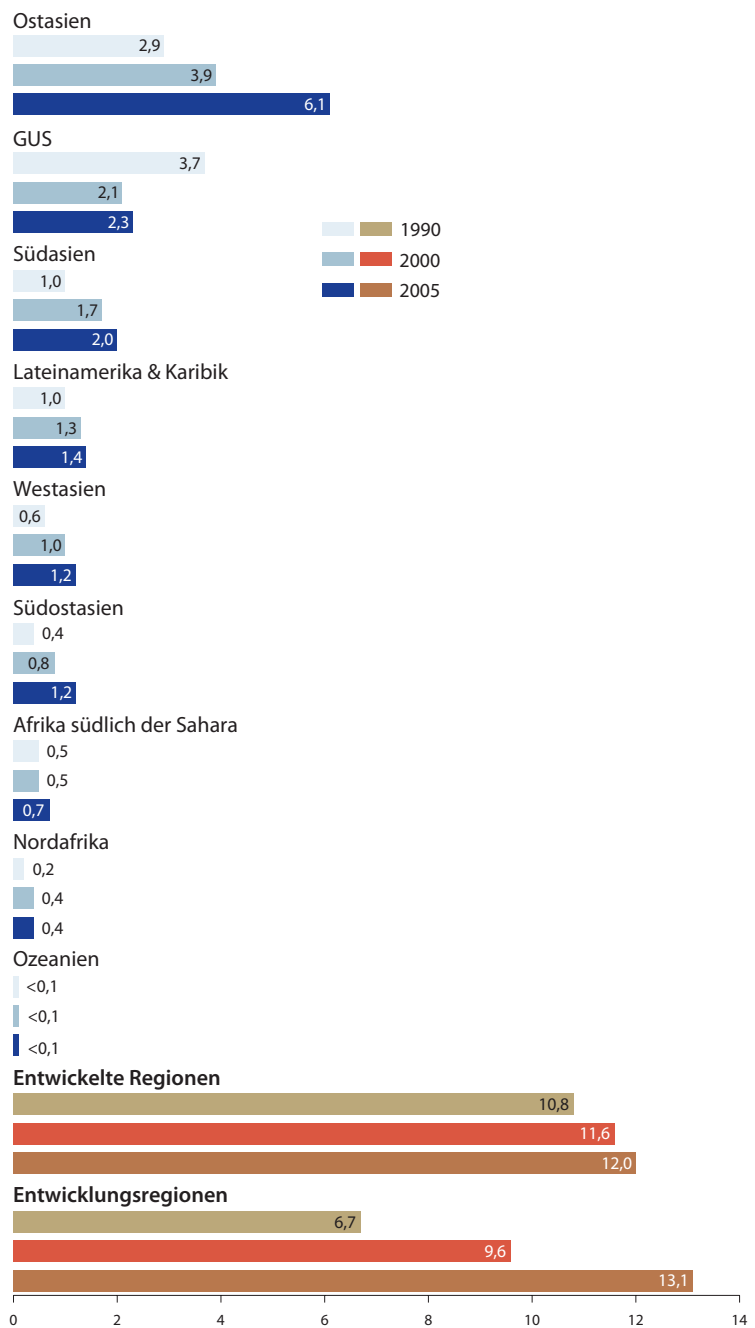


ZIELVORGABE

Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einbauen und den Verlust von Umweltressourcen umkehren

Sofortiges Handeln ist erforderlich, um den Anstieg der Treibhausgasemissionen einzudämmen

Emissionen von Kohlendioxid – 1990, 2000 und 2005
(in Milliarden Tonnen)



In ihrem vierten Sachstandsbericht 2007 stellte die Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe über Klimaänderungen mit aller Deutlichkeit klar, dass sich das Klima erwärmt und dass „der größte Teil des beobachteten Anstiegs der mittleren globalen Temperatur seit Mitte des 20. Jahrhunderts sehr wahrscheinlich durch den beobachteten Anstieg der anthropogenen Treibhausgaskonzentrationen verursacht [ist]“. Kohlendioxid (CO₂), das durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe freigesetzt wird, macht mehr als die Hälfte der für den Klimawandel verantwortlichen globalen Treibhausgasemissionen aus.

Die CO₂-Emissionen beliefen sich 2005 auf 28 Milliarden Tonnen und nahmen weiter zu, was eine erhöhte CO₂-Konzentration in der Atmosphäre zur Folge hatte. Die globalen Emissionen stiegen zwischen 1990 und 2005 um 30 Prozent, wobei der jährliche Anstieg zwischen 2000 und 2005 höher lag als im Jahrzehnt davor. Zwischen 1990 und 2005 bewegte sich die Entwicklung der Emissionen zwischen einem 38-prozentigen Rückgang in den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und einer 82-prozentigen Zunahme in Südostasien. Der Pro-Kopf-Ausstoß ist in den entwickelten Regionen mit etwa 12 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr nach wie vor am höchsten; in den Entwicklungsregionen sind es 3 Tonnen, in Afrika südlich der Sahara 0,8 Tonnen. Die Emissionen pro Wertschöpfungseinheit fielen in den entwickelten Regionen um mehr als 20 Prozent, stiegen jedoch in Südostasien um 35 Prozent und in Nordafrika um 25 Prozent an.

Zwar kann keine Region den schädlichen Auswirkungen des Klimawandels entkommen, doch scheinen die Arktis, kleine Inseln, große Flussdeltas in Asien und Afrika sowie die gesamte afrikanische Region besonders gefährdet zu sein, weil sie den Auswirkungen des Klimawandels besonders ausgesetzt sind und/oder weil ihre Bevölkerung nur in begrenztem Maße in der Lage ist, sich den Veränderungen anzupassen.

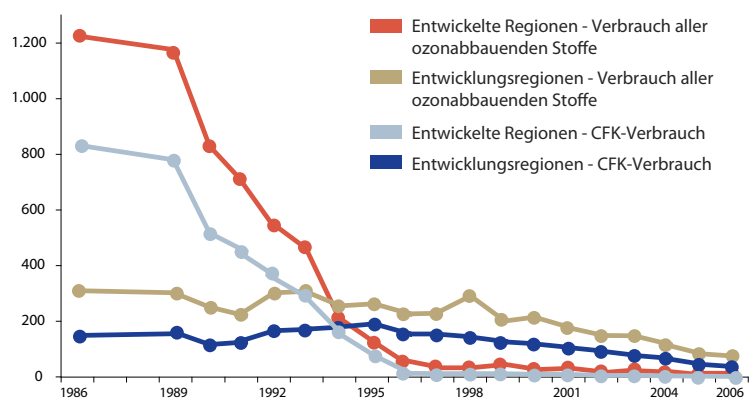
Die entwickelten Länder, die Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls sind, haben vereinbart, ihre Treibhausgasemissionen bis 2012 um mindestens 5 Prozent unter den Wert von 1990 zu senken. Auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Klimaänderungen 2007 in Bali nahmen die Länder neue Verhandlungen innerhalb des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen auf, die Ende 2009 abgeschlossen werden sollen. Bei diesen Verhandlungen ging es um die Milderung des Klimawandels wie auch um die Anpassung daran – zwei Aspekte, mit denen es sich gleichzeitig und mit gleicher Dringlichkeit auseinandersetzen gilt. Die Bereitstellung von Finanzmitteln und Investitionen sowie Technologieentwicklung und -transfer (der Austausch von Fachwissen und Technologien zwischen Nationen und Regionen) wurden als Schlüsselemente angesehen.

Um die Energienutzung von der Emission von Treibhausgasen abzukoppeln, ist es notwendig, effizientere

Technologien für die Energieversorgung und -nutzung einzusetzen und einen Übergang zu saubereren und erneuerbaren Energiequellen herbeizuführen. Auf Grund der wachsenden weltweiten Energienachfrage werden in den kommenden Jahren voraussichtlich hohe Investitionen in Energieprojekte getätigt. Wir müssen jetzt handeln, denn die Investitionen von heute werden bestimmen, wie sich die Treibhausgasemissionen in den kommenden Jahrzehnten entwickeln werden.

Erfolge bei der Begrenzung ozonabbauender Stoffe tragen ebenfalls zur Milderung des Klimawandels bei

Verbrauch aller ozonabbauenden Stoffe und Chlorfluorkohlenstoffe (CFKs) – 1986-2006 (in Tausend Tonnen Ozonabbaupotenzial)



Dank des Montrealer Protokolls wurden mehr als 96 Prozent aller ozonabbauenden Stoffe aus dem Verkehr gezogen. Dieser zahlenmäßige Erfolg beim Schutz der Ozonschicht hatte auch ausnehmend positive Auswirkungen auf das Klima, da viele nach dem Protokoll geregelte ozonabbauende Stoffe auch starke Treibhausgase sind. Ohne die weltweiten Anstrengungen zum Schutz der Ozonschicht, so wird geschätzt, wäre der Treibhauseffekt, der von den weltweiten Emissionen ozonabbauender Stoffe ausgeht, ebenso hoch wie derjenige der Emissionen von Kohlendioxid, heute dasjenige Treibhausgas, das am meisten zum Klimawandel beiträgt.

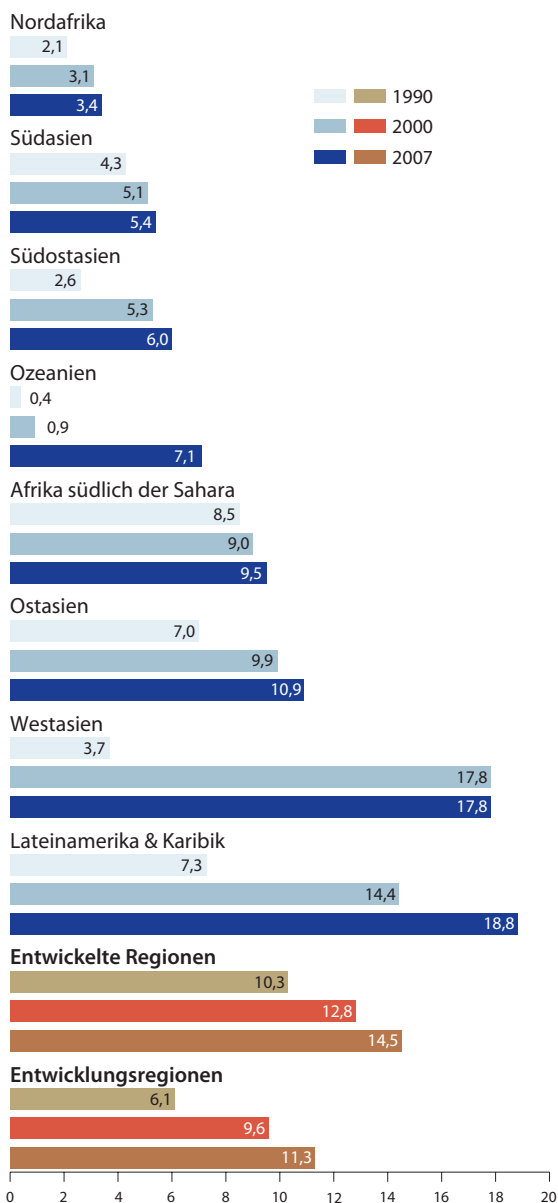
Im September 2007, zum zwanzigjährigen Bestehen des Montrealer Protokolls, erkannten die Regierungen den doppelten Nutzen an, den das Protokoll im Hinblick auf den Schutz der Ozonschicht und den Klimawandel besitzt, und vereinbarten, den Zeitpunkt, bis zu dem alle Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKWs), die heute am häufigsten verwendeten ozonabbauenden Stoffe, aus dem Verkehr gezogen werden müssen, um bis zu 10 Jahre vorzuerlegen. Sie kamen außerdem überein, eine ausreichende und stabile Finanzierung bereitzustellen, damit die Entwicklungsländer den beschleunigten Nutzungsverzicht auf diese Stoffe erreichen können.

ZIELVORGABE

Den Verlust an biologischer Vielfalt reduzieren, mit einer signifikanten Reduzierung der Verlustrate bis 2010

Der Schutz von Land- und Meeresgebieten bedarf größerer Aufmerksamkeit

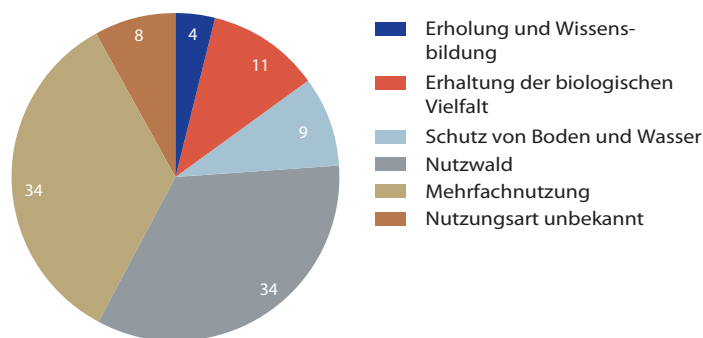
Anteil der geschützten Land- und Meeresgebiete – 1990, 2000 und 2007 (in Prozent)



Um dem weltweiten Verlust an biologischer Vielfalt zu begegnen, fördert die internationale Gemeinschaft den Schutz von Land- und Meeresgebieten. Daraufhin wurden bis 2007 etwa 21 Millionen km² Land- und Meeresgebiete (bis 12 nautische Meilen vor der Küste) unter Schutz gestellt. Trotz ihrer Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung der Fischbestände und der Existenzgrundlagen der Küstenbevölkerung waren lediglich 0,7 Prozent der Ozeane der Welt – etwa 2 Millionen km² – geschützt. Doch Schutz allein reicht nicht aus: Alle Schutzgebiete müssen, damit sie ihrer Erhaltungsfunktion gerecht werden können, auch wirksam verwaltet werden.

Die Entwaldung verlangsamt sich, und mehr Wälder werden zur Erhaltung der biologischen Vielfalt geschützt

Nach Nutzungsart aufgeschlüsselte Anteile an der gesamten Waldfläche – 2005 (in Prozent)

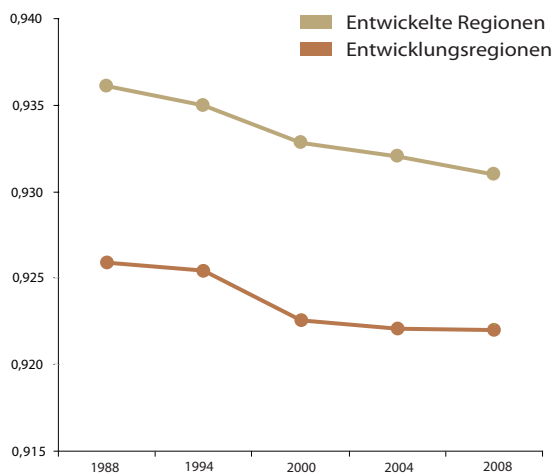


Die Entwaldung wirft nach wie vor ernste Probleme auf, wenngleich sich der Nettoverlust an Waldflächen verlangsamt. Einer Entwaldung von etwa 13 Millionen Hektar pro Jahr stand eine verstärkte Aufforstung, Wiederherstellung von Landschaften und natürliche Ausbreitung von Wäldern gegenüber, wodurch der geschätzte Nettorückgang der Waldfläche im Zeitraum 2000-2005 7,3 Millionen Hektar pro Jahr betrug; in der vorangegangenen Dekade waren es noch 8,9 Millionen Hektar jährlich gewesen.

Wälder spielen eine entscheidende Rolle bei der Milderung des Klimawandels. Darüber hinaus erhalten sie die biologische Vielfalt und die Boden- und Wasserressourcen, und wenn sie auf zukunftsfähige Weise bewirtschaftet werden, können sie die lokale Wirtschaft und die Volkswirtschaft stärken und das Wohl heutiger und kommender Generationen mehren. Die hauptsächlich zur Erhaltung der biologischen Vielfalt geschützten Waldflächen nahmen seit 1990 insgesamt um schätzungsweise 96 Millionen Hektar, d.h. um beinahe ein Drittel, zu und machen jetzt ein Zehntel der gesamten Waldfläche aus. Zusätzlich zu diesen geschützten Wäldern nimmt auch die Erhaltung von Waldökosystemen sowie der Tier- und Pflanzenwelt in anderen Waldgebieten zu. Der Anteil der Wälder, die für den Schutz von Boden- und Wasserressourcen bestimmt wurden, ist von 8 Prozent im Jahr 1990 auf 9 Prozent im Jahr 2005 gestiegen, was einer Zunahme von mehr als 50 Millionen Hektar seit 1990 entspricht.

Die Zahl der vom Aussterben bedrohten Arten steigt rasch an

Anteil derjenigen Arten, deren Bestand in nächster Zukunft auch ohne zusätzliche Erhaltungsmaßnahmen vermutlich gesichert ist – 1988-2008 (Werte aus dem Rote-Liste-Index der Weltnaturschutzunion für alle Vogelarten)

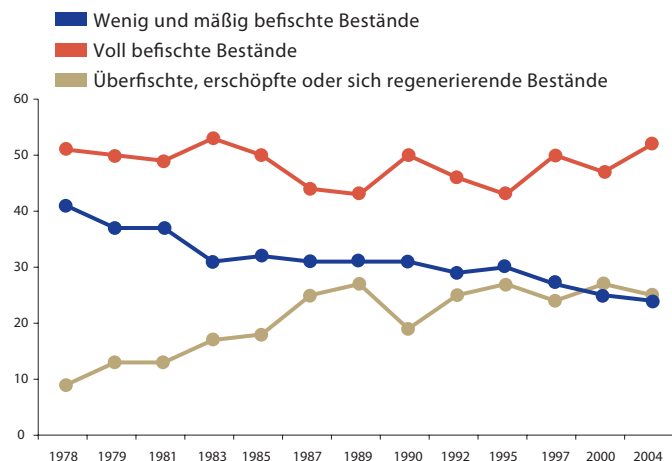


Trends im Hinblick auf das Aussterben von Arten lassen sich anhand des Rote-Liste-Indexes der Weltnaturschutzunion messen. Der Index zeigt die Differenz zwischen echten Verbesserungen im Gefährdungsstatus von Arten (gemessen an Änderungen ihrer Einstufung in die Kategorien auf der Roten Liste), darunter Verbesserungen, die auf erfolgreiche Erhaltungsmaßnahmen zurückgehen, und Verschlechterungen dieses Status, beispielsweise einem Rückgang von Populationen. Der Index erfasst nicht Verschiebungen auf Grund einer geänderten taxonomischen Zuordnung oder eines höheren Wissensstands. Für Vögel zeigt der Index die geringste Bedrohung in Nordafrika und Westasien und die größte in Ozeanien, wo auf Inseln beheimatete Arten oft für invasive Organismen anfällig sind, die vom Menschen absichtlich oder unabsichtlich eingeführt wurden. Die jüngste drastische Verschlechterung des Status von Vögeln in Südostasien war auf die rasante Entwaldung der tiefliegenden Gebiete Sundas zurückzuführen.

Derzeit liegen für Vögel die vollständigsten Daten vor, die einen zwar nützlichen, aber nicht perfekten Indikator für Trends in anderen Bereichen der biologischen Vielfalt bieten. Wie sich gezeigt hat, sind mehrere andere Klassen von Organismen, darunter Säugetiere, Amphibien, Palmfarne und Nadelgehölze, noch stärker bedroht als Vögel.

Die Fischereibewirtschaftung muss verbessert werden, um die Erschöpfung der Fischbestände zu verringern

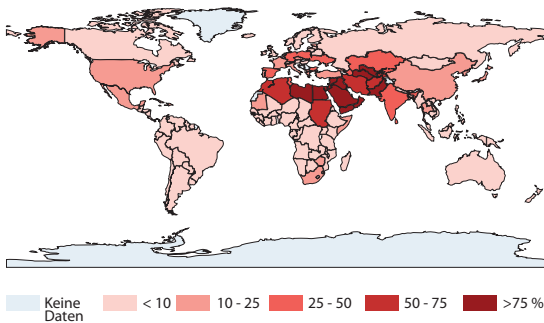
Status der bewirtschafteten Fischbestände – 1978-2004 (in Prozent)



Der Anteil der überfischten und erschöpften Bestände in der marinen Fangfischerei ist während der letzten 20 Jahre leicht gestiegen, während der Anteil der wenig und mäßig befischten Bestände zurückgegangen ist. Die Gesamtfangmenge ist mehr oder minder gleich geblieben, was darauf zurückzuführen ist, dass neue Ressourcen zum Einsatz gebracht wurden. Dies dürfte indessen immer schwieriger werden. Es bedarf umfangreicher Anstrengungen, um die Fischereibewirtschaftung so zu verbessern, dass die Ertragskapazität befischter Bestände zunimmt. Darüber hinaus sind Steuerungsmaßnahmen erforderlich, um die Auswirkungen der Fischerei auf Gewässerökosysteme zu mildern. Dies kann durch die Verfolgung eines ganzheitlichen, partizipatorischen Ökosystemansatzes für die Fischereibewirtschaftung geschehen. Einige dahin gehende Initiativen haben bereits Fuß gefasst, darunter die Senkung der zulässigen Gesamtfangmenge für kommerziell befischte Arten, die Reduzierung von Beifängen gefährdeter Arten (z.B. Seevögel und Meeresschildkröten) und die Einrichtung von Meeresschutzgebieten. Die Senkung der Fangkapazitäten bleibt jedoch ein Hauptziel der globalen Fischereibewirtschaftung.

Beinahe die Hälfte der Weltbevölkerung ist von Wasserknappheit bedroht

Anteil der Oberflächen- und Grundwasserentnahme an den gesamten verfügbaren erneuerbaren Wasserressourcen (um 2000)



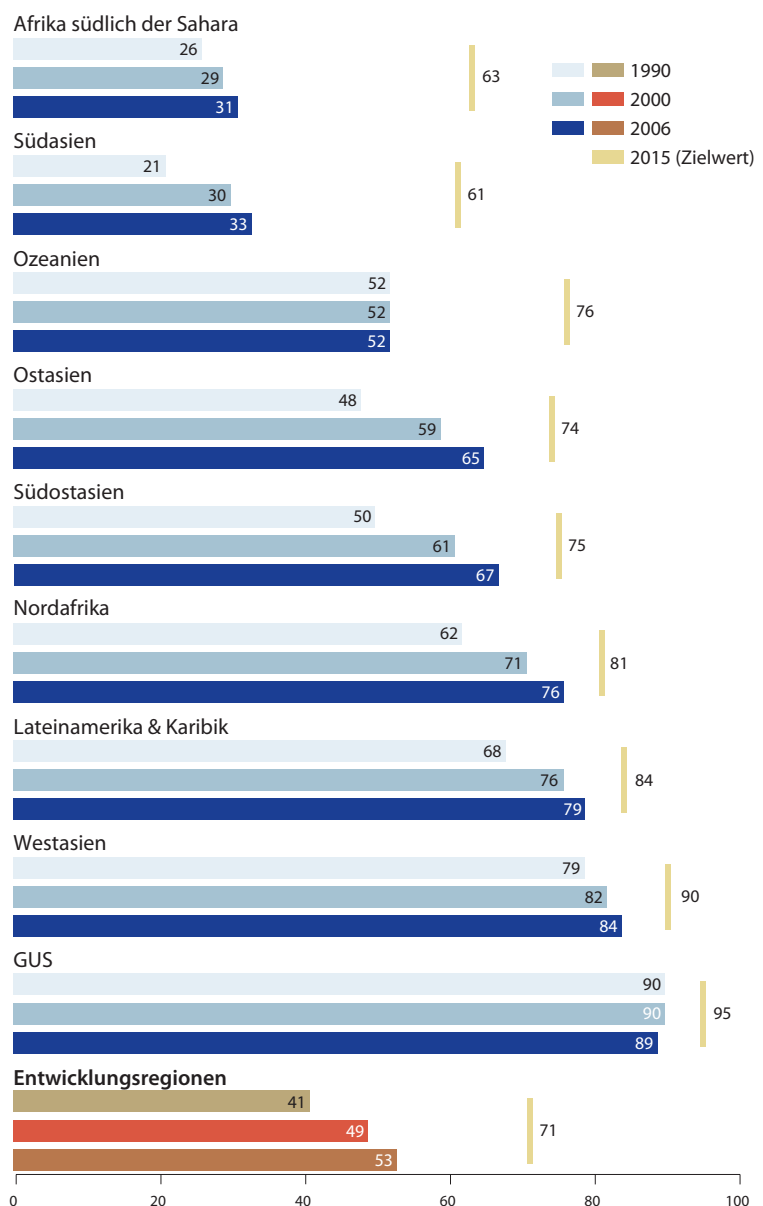
Während des letzten Jahrhunderts ist der Wasserverbrauch mehr als doppelt so schnell angestiegen wie die Bevölkerung. Zwar besteht noch keine weltweite Wasserknappheit, doch leben etwa 2,8 Milliarden Menschen, also mehr als 40 Prozent der Weltbevölkerung, in Flussbecken, in denen Wasser in der einen oder anderen Form knapp ist. Mehr als 1,2 Millionen dieser Menschen leben unter Bedingungen der physischen Wasserknappheit, die eintritt, wenn mehr als 75 Prozent der Wassermenge eines betreffenden Flusses entnommen werden. Nordafrika und Westasien sind davon sehr stark betroffen, ebenso wie auch manche Regionen in großen Ländern wie China oder Indien. Zu den Merkmalen gehören Umweltzerstörung und Konkurrenz ums Wasser. Weitere 1,6 Milliarden Menschen leben in Gebieten ökonomischer Wasserknappheit, wo der Zugang zum Wasser durch menschliches, institutionelles und finanzielles Kapital eingeschränkt wird, obwohl lokal in der Natur genügend Wasser zur Deckung der menschlichen Nachfrage vorhanden ist. Diese Bedingungen herrschen in großen Teilen Südasiens und Afrikas südlich der Sahara vor. Charakteristisch für sie sind eine fehlende oder unterentwickelte Wasserinfrastruktur, eine hohe Anfälligkeit für kurz- und langfristige Dürren und schwieriger Zugang zu verlässlicher Wasserversorgung, insbesondere für Bewohner ländlicher Gebiete.

ZIELVORGABE

Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben

Mehr Menschen nutzen bessere sanitäre Einrichtungen, doch zur Erreichung der Zielvorgabe müssen die Anstrengungen erheblich verstärkt werden

Anteil der Bevölkerung mit besseren sanitären Einrichtungen – 1990, 2000 und 2006 (in Prozent)

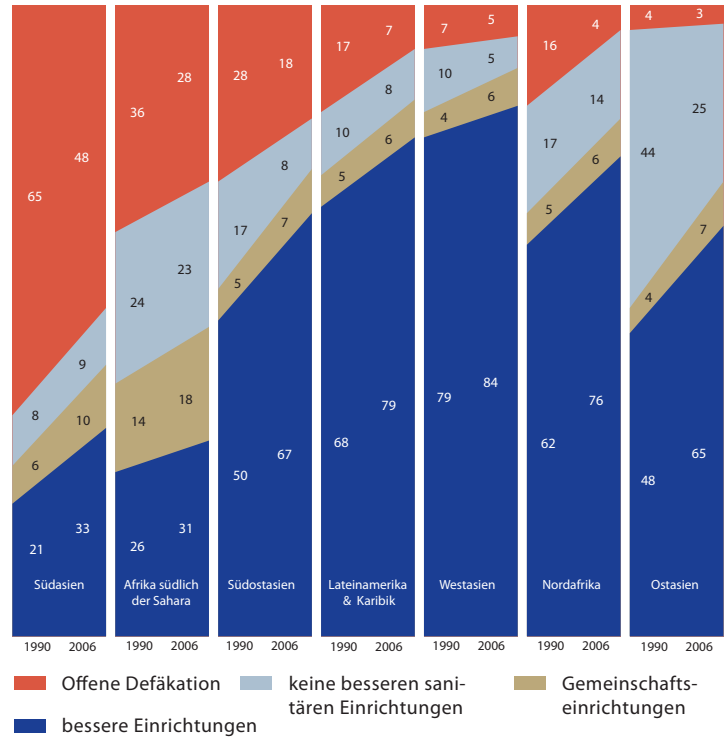


Seit 1990 ist die Zahl der Menschen in den Entwicklungsregionen, die bessere sanitäre Einrichtungen verwenden, um 1,1 Milliarden angestiegen, wobei in Südostasien und Ostasien erhebliche Verbesserungen zu verzeichnen waren. Wenn die Zielvorgabe erreicht werden soll, muss diese Zahl jedoch in den nächsten sieben Jahren um 1,6 Milliarden und damit erheblich stärker zunehmen als seit 1990. Etwa 2,5 Milliarden Menschen – mehr als eine Milliarde in Asien und eine weitere halbe Milliarde in Afrika südlich der Sahara – verfügen auch heute nicht über eine bessere Sanitärversorgung. In 54 Ländern – drei Viertel davon in Afrika südlich der Sahara – benutzte 2006 weniger als die Hälfte der Bevölkerung bessere sanitäre Einrichtungen.

Etwa die Hälfte der Weltbevölkerung lebt heute in ländlichen Gebieten. Von den Menschen, die über keine bessere Sanitärversorgung verfügen, wohnen jedoch 70 Prozent auf dem Land. In städtischen Gebieten konnten die Verbesserungen bei der Sanitärversorgung nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten. In 21 Ländern in Afrika südlich der Sahara haben nur 16 Prozent des ärmsten Fünftels der Bevölkerung Zugang zu besserer Sanitärversorgung; im reichsten Fünftel sind es 79 Prozent.

In den Entwicklungsregionen verwendet fast ein Viertel der Bevölkerung keinerlei sanitäre Einrichtungen

Anteil der Bevölkerung, aufgeschlüsselt nach Sanitärverhalten – 1990 und 2006 (in Prozent)

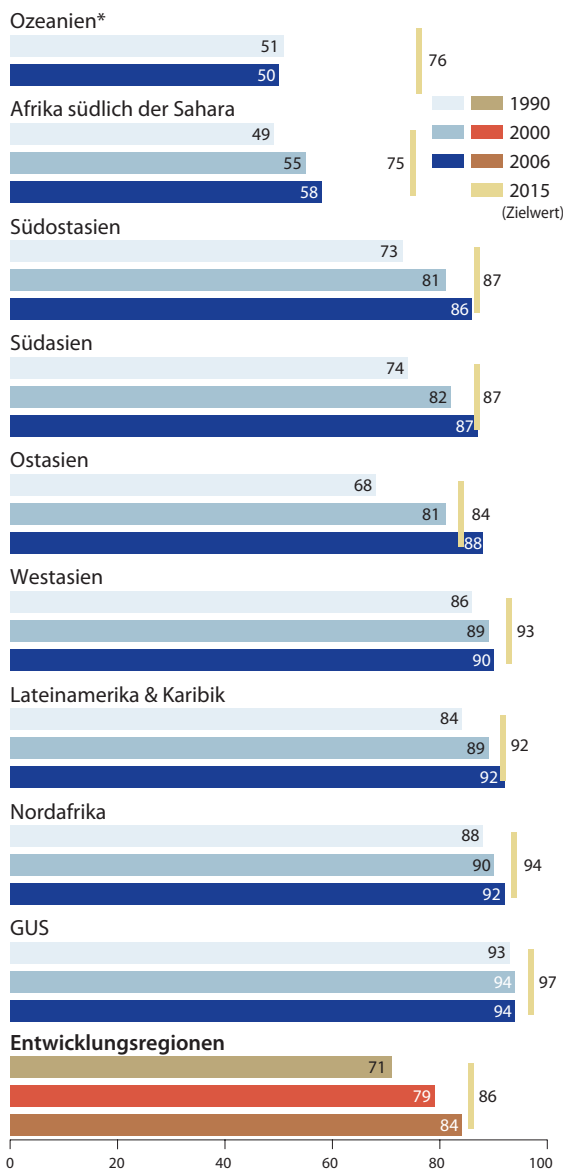


Fast ein Viertel der Bevölkerung der Entwicklungsländer lebt ohne jegliche Sanitärversorgung. Weitere 15 Prozent benutzen sanitäre Einrichtungen, bei denen keine hygienische Trennung gewährleistet ist, dass Menschen nicht mit menschlichen Fäkalien in Kontakt kommen. Offene Defäkation gefährdet nicht nur die, die sie praktizieren, sondern das ganze Gemeinwesen, da das Risiko von Durchfallerkrankungen, Cholera, Wurmbefall, Hepatitis und verwandten Erkrankungen steigt.

Zwar ist die offene Defäkation in allen Regionen rückläufig, doch wird sie weiter von beinahe der Hälfte der Bevölkerung in Südasien und mehr als einem Viertel der Menschen in Afrika südlich der Sahara praktiziert. Von den 1,2 Milliarden Menschen weltweit, die die offene Defäkation praktizieren, leben mehr als eine Milliarde in ländlichen Gebieten.

Trotz weiterreichenden Zugangs zu besserer Trinkwasserversorgung bleibt dieser fast einer Milliarde Menschen auch weiterhin vorenthalten

Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu verbesserter Trinkwasserversorgung – 1990, 2000 und 2006 (in Prozent)



* Für 2000 liegen keine Daten vor.

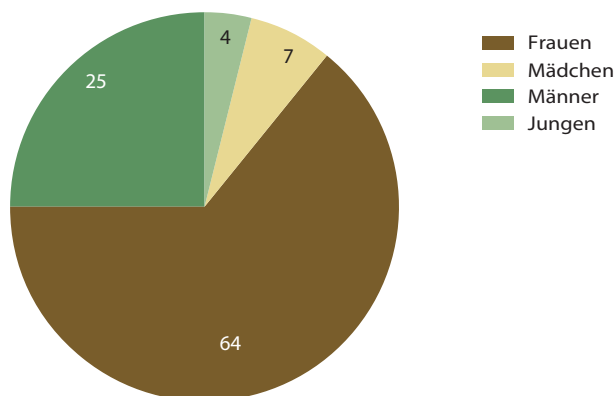
Seit 1990 haben 1,6 Milliarden Menschen Zugang zu einwandfreiem Wasser erhalten. Hält dieser Trend an, wird die Welt die Zielvorgabe für Trinkwasser wohl erreichen, die besagt, dass bis 2015 89 Prozent der Bevölkerung der Entwicklungsregionen Zugang zu verbesserter Trinkwasserversorgung haben sollen. Dennoch verfügt heute beinahe eine Milliarde Menschen nicht über eine sichere Trinkwasserquelle.

Am größten waren die Fortschritte in Ostasien, wo mehr als 400 Millionen Menschen Zugang zu verbesserter Trinkwasserversorgung erhalten haben und der Versorgungsgrad seit 1990 um 20 Prozent gestiegen ist. Geringere Fortschritte gab es in Afrika südlich der Sahara, wo heute mehr als ein Drittel der Menschen lebt, die keinen Zugang zu verbesserter Trinkwasserversorgung haben, und wo es neuer Anstöße bedarf, damit die Zielvorgabe erreicht wird.

2006 hatten 96 Prozent der Stadtbevölkerung in den Entwicklungsregionen Zugang zu verbesserter Trinkwasserversorgung, jedoch lediglich 78 Prozent der Landbewohner. Etwa 742 Millionen Landbewohner haben keinen Zugang zu besserem Trinkwasser; unter den Stadtbewohnern sind es 137 Millionen. Diese Diskrepanz besteht auch in Bezug auf Leitungswasser, denn nur 30 Prozent der Trinkwasserleitungen führen in ländliche Haushalte.

Frauen tragen die Hauptlast der Wasserbeschaffung

Haushaltsmitglieder, die gewöhnlich Wasser holen – 2005/2006 (in Prozent)



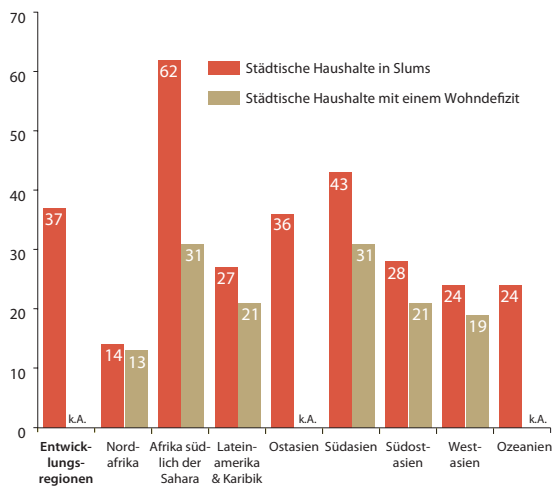
Die jüngsten Erkenntnisse bestätigen informelle Berichte, wonach meist Frauen dafür zuständig sind, Wasser zu holen, wenn vor Ort keines verfügbar ist. Das Wasserholen obliegt fast doppelt so häufig den Frauen als den Männern, und Kinder sind in 11 Prozent der Haushalte dafür zuständig. Mädchen holen häufiger Wasser als Jungen.

ZIELVORGABE

Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen

Einfache, kostengünstige Maßnahmen könnten das Leben vieler Slumbewohner erheblich verbessern

Städtische Haushalte, die in Slumverhältnissen leben, und städtische Haushalte mit mindestens einem Wohndefizit – 2005 (in Prozent)



Städtische Slums sind durch fehlenden Zugang zu besserer Sanitär- und Wasserversorgung sowie durch den Mangel an festen Behausungen und ausreichender Wohnfläche gekennzeichnet. 2005 lebte in den Entwicklungsregionen etwas mehr als ein Drittel der Stadtbevölkerung in Slums; in Afrika südlich der Sahara waren es über 60 Prozent.

In Afrika südlich der Sahara wiesen die Hälfte der Slumhaushalte zwei oder mehr Wohndefizite auf, bei denen der fehlende Zugang zu einer verbesserten Wasser- und Sanitärversorgung, Behelfsbehausungen und Überbelegung in unterschiedlichen Kombinationen zusammentrafen. In dieser Region wird die Verbesserung der Lebensbedingungen von Slumbewohnern hohe Investitionen erfordern.

In vielen Ländern Nordafrikas, Asiens und Lateinamerikas findet sich bei den allermeisten Slumhaushalten nur ein Wohndefizit. In Nordafrika ist nicht nur die Slumkonzentration am geringsten, sondern auch bei den Slumhaushalten selbst fehlt zu 90 Prozent entweder nur eine bessere Sanitärversorgung oder eine ausreichende Wohnfläche. Beinahe drei Viertel aller Slumhaushalte

in Asien weisen ebenfalls nur ein Wohndefizit auf – gewöhnlich mangelt es an ausreichender Wohnfläche oder einer festen Behausung. Selbst in Afrika südlich der Sahara gibt es Slumhaushalte, denen nur eine Dienstleistung fehlt – oft die verbesserte Sanitärversorgung. Einfache, kostengünstige Maßnahmen zur Beseitigung dieser konkreten Mängel würden die Lebensbedingungen vieler Slumbewohner erheblich verbessern.

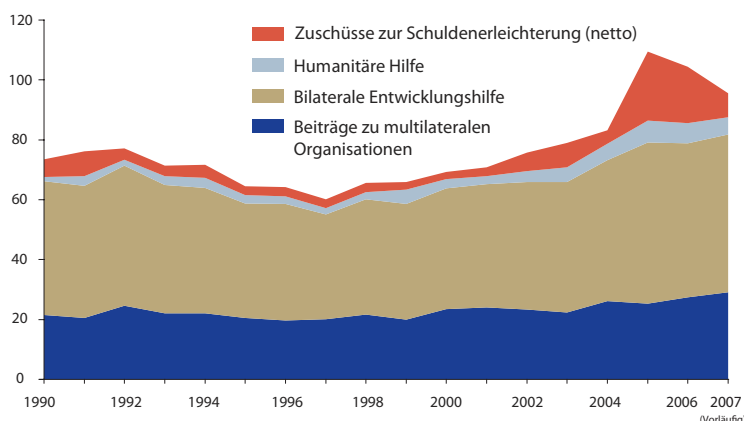


Ziel 8 Aufbau einer weltweiten Entwicklungs- partnerschaft



In Anbetracht der im zweiten Jahr rückläufigen Entwicklungshilfeszahlungen ist die Einhaltung der Zusagen für 2010 gefährdet

Öffentliche Entwicklungshilfe der OECD/DAC-Geberländer – 1990-2007 (in Milliarden konstanter US-Dollar von 2006)



Unter Zugrundelegung der derzeitigen Wechselkurse ging die öffentliche Entwicklungshilfe weiter von ihrem Höchststand von 107,1 Milliarden Dollar im Jahr 2005 auf 104,4 Milliarden Dollar im Jahr 2006 und 103,7 Milliarden Dollar im Jahr 2007 zurück. Dies lag hauptsächlich an den sinkenden Zuschüssen zur Schuldenerleichterung. Die preis- und wechsellkursbereinigten Hilfszahlungen lagen 2007 um 8,4 Prozent niedriger als 2006. Die Nettohilfe ohne Zuschüsse zur Schuldenerleichterung stieg um 2,4 Prozent in konstanten Dollar.

Auf dem Weltgipfel der Vereinten Nationen 2005 und bei ähnlichen Konferenzen sagten die entwickelten Länder eine Aufstockung der Hilfe von 80 Milliarden Dollar im Jahr 2004 auf 130 Milliarden Dollar im Jahr 2010 (zu Preisen von 2004) zu. Die Mehrzahl dieser Zusagen gilt auch weiterhin, allerdings haben einige Länder neue Zielwerte angekündigt, die zum Teil mit höheren und zum Teil mit niedrigeren Hilfszahlungen verbunden sind. Da eine Rückkehr der Zuschüsse zur Schuldenerleichterung auf den Stand von 2005 oder 2006 unwahrscheinlich ist, müssen die bilaterale Hilfe und die Beiträge zu multilateralen Entwicklungsinstitutionen während der nächsten drei Jahre rasch steigen, wenn die entwickelten Länder ihre Zusagen für 2010 einhalten wollen. Selbst eine drastische Erhöhung dieser Zahlungen wird indessen keinen Ausgleich für das Ausbleiben der 2005 implizit zugesagten stetigen und berechenbaren Anhebung der öffentlichen Entwicklungshilfe bewirken.

Nichtstaatliche Organisationen, der Privatsektor und eine Reihe von Entwicklungsländern werden zu einer immer wichtigeren Quelle für Entwicklungshilfe. Zweckgebundene Fonds wie der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria haben sich zu wichtigen Verteilungskanälen für manche dieser Ressourcen entwickelt.

ZIELVORGABE

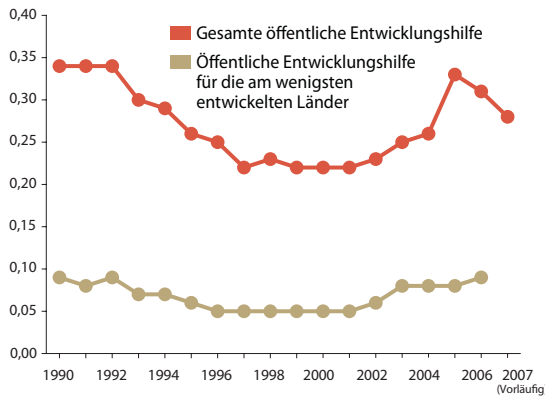
Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder, Binnenländer und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen

ZIELVORGABE

Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln

Die Entwicklungshilfe muss erheblich aufgestockt werden, um die Hilfe für Afrika bis 2010 zu verdoppeln

Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe (netto) der OECD/DAC-Geberländer am Bruttonationaleinkommen der Geber – 1990-2007 (in Prozent)



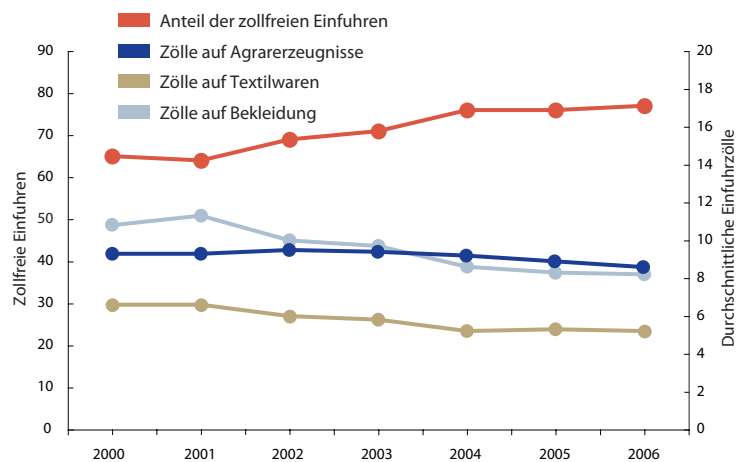
Insgesamt liegt die Hilfe weiter deutlich unter der Zielvorgabe der Vereinten Nationen von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden waren die einzigen Länder, die diese Zielvorgabe 2007 erreichten oder übertrafen. Für die entwickelten Länder als Gruppe fiel die öffentliche Entwicklungshilfe 2007 auf 0,28 Prozent ihres kombinierten BNE.

Die am wenigsten entwickelten Länder erhalten etwa ein Drittel der gesamten Hilfe. Seit 2000 ist die öffentliche Entwicklungshilfe für diese Länder rascher angestiegen als das BNE der entwickelten Länder, verfehlt jedoch weiter die in dem Aktionsprogramm von Brüssel für die am wenigsten entwickelten Länder enthaltene Zielvorgabe von 0,15 bis 0,20 Prozent des BNE bis 2010.

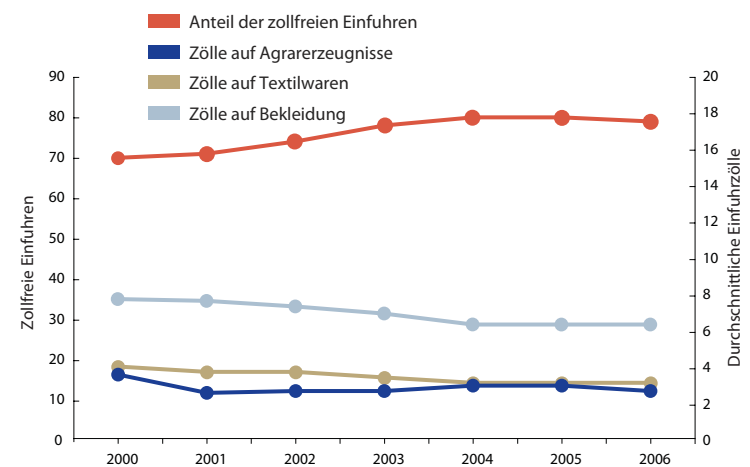
Auf ihrem Gipfeltreffen von Gleneagles 2005 prognostizierte die Gruppe der Acht, dass durch ihre Zusagen und die anderer Geber die öffentliche Entwicklungshilfe für Afrika bis 2010 verdoppelt würde. Sieht man von den erheblichen Schuldenerleichterungen ab, die der Region, insbesondere Nigeria, gewährt wurden, zeigen die vorläufigen Daten, dass die bilaterale öffentliche Entwicklungshilfe für Afrika 2007 real um 9 Prozent anstieg. Trotzdem muss die Hilfe für Afrika noch rascher zunehmen, damit der in Gleneagles gesetzte Zielwert für 2010 erreicht wird.

Der Marktzugang der am wenigsten entwickelten Länder hat sich kaum verbessert

Anteil der zollfreien Einfuhren an den Gesamteinfuhren der entwickelten Länder aus den Entwicklungsländern (ohne Rüstungsgüter und Erdöl) und durchschnittliche Einfuhrzölle der entwickelten Länder auf Schlüsselprodukte aus Entwicklungsländern – 2000-2006 (in Prozent)



Anteil der zollfreien Einfuhren an den Gesamteinfuhren der entwickelten Länder aus den am wenigsten entwickelten Ländern (ohne Rüstungsgüter und Erdöl) und durchschnittliche Einfuhrzölle der entwickelten Länder auf Schlüsselprodukte aus den am wenigsten entwickelten Ländern – 2000-2006 (in Prozent)



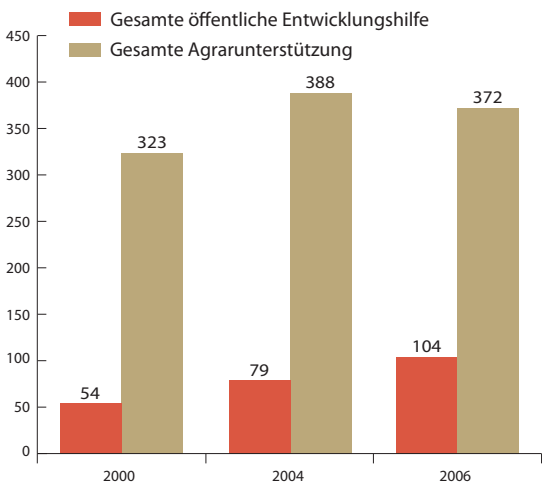
Die Schranken für Exporte aus Entwicklungsländern in entwickelte Länder sind in letzter Zeit kaum niedriger geworden. Das Übereinkommen der Welt-handelsorganisation von 2005 über Textilwaren und Bekleidung sorgte für

eine Handelsliberalisierung in diesen Sektoren, was einigen Entwicklungsländern und am wenigsten entwickelten Ländern nutzt, anderen jedoch schadete, darunter mehreren am wenigsten entwickelten Ländern in Afrika und Ländern mit mittlerem bis hohem Einkommen in Ostasien. Im Dezember 2005 versprachen die entwickelten Länder, die Mitglieder der Welthandelsorganisation sind, bis 2008 mindestens 97 Prozent ihrer Zolltariflinien für Importe aus den am wenigsten entwickelten Ländern von Zöllen und Quoten zu befreien.

Obwohl mehrere einseitige Übereinkünfte zu Gunsten von Entwicklungsländern in regionale oder bilaterale Handelsübereinkünfte ausgeweitet oder umgewandelt wurden, blieben große neue Initiativen zu Gunsten der Entwicklungsländer als Gruppe aus. Der Anteil der Exporte (ohne Rüstungsgüter und Erdöl) aus Entwicklungsländern, die zollfreien Zugang zu den Märkten der entwickelten Länder haben, hat sich seit 2004 kaum verändert; für die am wenigsten entwickelten Länder ging er sogar leicht zurück. Präferenzierter zollfreier Marktzugang und niedrige Durchschnittszollsätze für verschiedene arbeitsintensive Erzeugnisse, darunter einige Agrargüter, Textilwaren und Bekleidung, hatten positive Auswirkungen für die am wenigsten entwickelten Länder. Der Umstand, dass zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern, die nicht der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder angehören, immer mehr präferenzfreie Handelsvereinbarungen geschlossen werden, führt zu einer Aushöhlung der Präferenzmarge, die auf Ausfuhren der am wenigsten entwickelten Länder in die Märkte der entwickelten Länder angewandt wird.

Die inländischen Agrarsubventionen der reichen Länder stellen die für Entwicklungshilfe aufgewandten Gelder in den Schatten

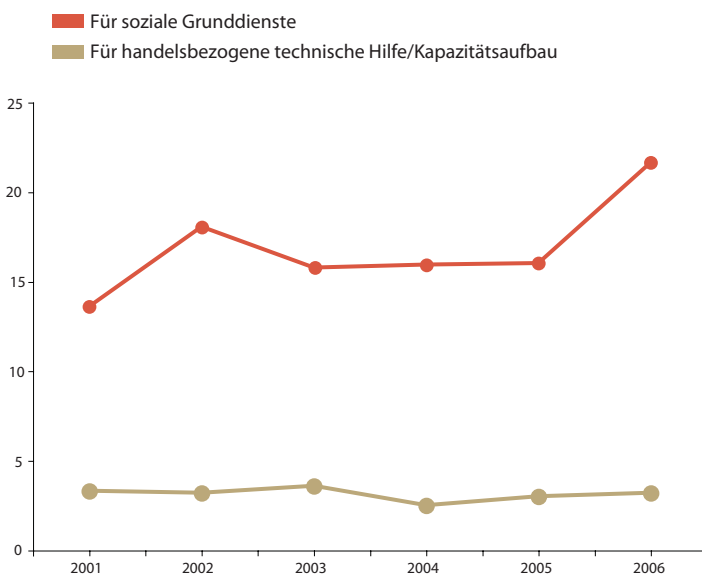
Öffentliche Entwicklungshilfe der OECD/DAC-Geberländer und Agrarunterstützung in den OECD-Ländern – 2000, 2004 und 2006 (in Milliarden US-Dollar)



Die weltweite Ernährungskrise ist zum Teil auf inländische Agrarsubventionen und Zollschutz in den entwickelten Ländern zurückzuführen, durch die die Entwicklungsländer schon seit Jahren davon abgehalten werden, ihre Agrarproduktion auszubauen. Die Unterstützung, die die entwickelten Länder für ihren eigenen Agrarsektor insgesamt bereitstellten, stieg zwischen 2000 und 2004 um etwa 65 Milliarden Dollar, bevor sie 2006 um 16 Milliarden Dollar gekürzt wurde. Dennoch lagen diese Ausgaben mit 372 Mrd. Dollar mehr als dreimal so hoch wie die von den entwickelten Ländern gewährte öffentliche Entwicklungshilfe. Diese Länder haben außerdem ihren eigenen Agrarsektor weiter unterstützt, obwohl die Entwicklungsländer gleichzeitig angehalten wurden, jegliche staatliche Unterstützung ihrer Landwirtschaft einzustellen. Dies wirkt in den Entwicklungsregionen als Negativanreiz in Bezug auf die landwirtschaftliche Produktion und untergräbt das übergreifende Ziel der öffentlichen Entwicklungshilfe, nämlich die Entwicklung zu unterstützen.

Die handelsbezogene Hilfe muss erhöht werden

Anteil der gesamten bilateralen, sektoral zuordenbaren öffentlichen Entwicklungshilfe der OECD/DAC-Geberländer für soziale Grunddienste (Grundbildung, primäre Gesundheitsversorgung, Ernährung, einwandfreies Wasser und Sanitärversorgung) und handelsbezogene technische Hilfe und Kapazitätsaufbau – 2001-2006 (in Prozent)



Damit sie ihre Entwicklung durch den Ausbau ihrer Produktions- und Handelskapazitäten beschleunigen können, benötigen die Entwicklungsländer technische und andere Hilfe wie Infrastrukturentwicklung. Dies gilt insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder.

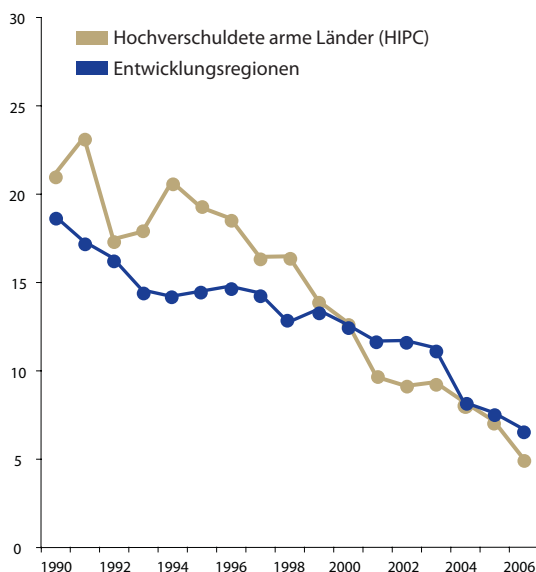
Viele Geberländer haben sich den von den Millenniums-Entwicklungszielen erfassten Sektoren verstärkt zugewandt, darüber die technische Zusammenarbeit zur Ankurbelung der Produktion und des Handels aber eher vernachlässigt. So fiel die technische Zusammenarbeit für den Aufbau von Handelskapazitäten zwischen 2003 und 2006 von 3,6 Prozent auf 3,2 Prozent der gesamten Hilfe. Hilfe bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele erfordert die Bereitstellung der zugesagten zusätzlichen öffentlichen Entwicklungshilfe und kann nicht durch eine Umschichtung von Ressourcen zwischen verschiedenen Sektoren erreicht werden.

ZIELVORGABE

Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer umfassend angehen

Die Schulden der Entwicklungsländer sind gesunken

Höhe des Auslandsschuldendienstes im Verhältnis zu den Exporteinnahmen – 1990-2006 (in Prozent)



Ende Juni 2008 hatten 33 der 41 berücksichtigungsfähigen Länder die Voraussetzungen für Schuldenerleichterungen im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC-Initiative) erfüllt. Von diesen 33 Ländern hatten 23 den „Abschlusspunkt“ erreicht, also alle Voraussetzungen für Schuldenerleichterungen erfüllt, die dann unwiderruflich gewährt werden. Die fest zugesagten Schuldenerleichterungen für diese Länder betragen zusammengenommen insgesamt 48,2 Milliarden Dollar zum Gegenwartswert von 2006. Länder, die den Abschlusspunkt bereits überschritten hatten, erhielten darüber hinaus im Rahmen der Multilateralen Entschuldungsinitiative (MDRI) zusätzliche Hilfe in Höhe von 21,2 Milliarden Dollar, was ihren Schuldendienst weiter senkte. Gleichzeitig stiegen die Exporte der Länder mit niedrigem Einkommen seit 2004 um mehr als 65 Prozent im Wert, wodurch sie über mehr Ressourcen für die Bedienung ihrer reduzierten Schuldenlast verfügten. Für ein durchschnittliches Entwicklungsland fiel die Last des Auslandsschuldendienstes von fast 13 Prozent der Exporterlöse im Jahr 2000 auf 7 Prozent im Jahr 2006. Für 2007 wird ein weiterer Rückgang und damit ein günstigeres Investitionsklima erwartet.

ZIELVORGABE

In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen unentbehrliche Arzneimittel zu bezahlbaren Kosten in den Entwicklungsländern verfügbar machen

Schlechte Verfügbarkeit und hohe Preise schränken in den Entwicklungsländern den Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln ein

Pharmaunternehmen, darunter multinationalen Konzernen, Herstellern von Generika und nationalen Vertreibern, kommt eine maßgebliche Rolle dabei zu, den Zugang der Menschen zu erschwinglichen Arzneimitteln sicherzustellen. Die Regierungen müssen ihrerseits nationale Ziele und Zielvorgaben für den Pharmasektor aufstellen und aufzeigen, mit welchen Strategien diese erreicht werden können. Die meisten Entwicklungsländer haben eine staatliche Arzneimittelpolitik, die jedoch in mehr als der Hälfte der Länder in den vergangenen fünf Jahren nicht geändert wurde und aktualisiert werden muss. Fast alle Entwicklungsländer haben außerdem eine Liste unentbehrlicher Arzneimittel veröffentlicht, also eine staatlich gebilligte Liste der Medikamente, die innerhalb des öffentlichen Gesundheitssystems jederzeit in ausreichender Menge, in geeigneter Dosierungsform, in gesicherter Qualität und zu einem Preis verfügbar sein sollen, der für den Einzelnen und die Gemeinschaft bezahlbar ist. In den meisten Entwicklungsländern sind jedoch Medikamente in öffentlichen Gesundheitseinrichtungen, wo sie gewöhnlich günstig oder kostenfrei abgegeben werden, oft nicht verfügbar. Dies geht auf ein Zusammentreffen mehrerer Faktoren zurück, darunter unzureichende Mittel, fehlende Anreize zur Bevorratung, Unfähigkeit zu genauen Bedarfsprognosen sowie Mängel bei der Beschaffung, Bereitstellung und Verteilung. Internationale Gesundheitsfonds wie der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria haben sich zu wichtigen Kanälen für eine bessere Beschaffung und Verteilung von Medikamenten gegen HIV, Tuberkulose und Malaria durch öffentliche Gesundheitseinrichtungen entwickelt.

In allen Regionen ist die Verfügbarkeit im Privatsektor zwar besser, jedoch nicht unbedingt gut. Erhebungen in etwa 30 Entwicklungsländern ergaben, dass bestimmte Arzneimittel im öffentlichen Sektor nur zu 35 Prozent, im Privatsektor dagegen zu 63 Prozent verfügbar waren. In einer repräsentativen Auswahl von sechs Ländern in Ost-, Südost- und Südasiens lag die Verfügbarkeit im Privatsektor bei nur 45 Prozent.

Einige Arzneimittelhersteller haben entsprechend der Kaufkraft der Regierungen und Haushalte die Preise ermäßigt, die sie öffentlichen Gesundheitssystemen in Entwicklungsländern abverlangen. Da Medikamente im öffentlichen Sektor jedoch schwer erhältlich sind, müssen Patienten sie häufig in der Privatwirtschaft kaufen, wo die Preise noch höher liegen. Selbst Generika, die im Privatsektor beschafft werden, sind oft um ein Mehrfaches teurer als ihr internationaler Referenzpreis, und die Preise für Originalpräparate liegen im Allgemeinen wesentlich höher. In den 33 Entwicklungsländern, für die Daten vorliegen, lagen die preisgünstigsten Generika im Privatsektor um mehr als das Sechsfache über den internationalen Referenzpreisen. Einige Länder haben versucht, die Handelsspanne im Privatsektor transparent zu machen, während andere sie reguliert haben.

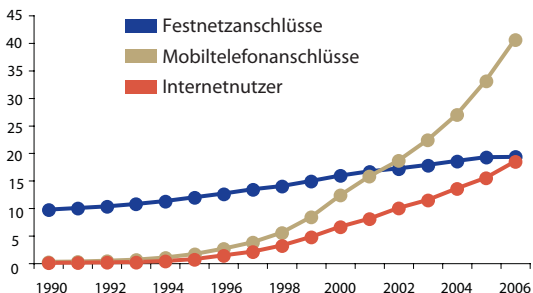
Generika bieten eine Alternative zu teureren Original- und Markenpräparaten. Um die Verwendung von Generika zu fördern, kann es Apothekern gestattet werden, anstelle des verschriebenen Originalpräparats ein Generikum auszugeben. Weniger als drei Viertel der Entwicklungsländer gestatten in ihrer Politik den Ersatz durch Generika. Weitere Förderstrategien für Generika umfassen präferenzzielle Registrierungsverfahren, die Anregung des Preiswettbewerbs und die Erhöhung des Vertrauens von Ärzten, Apothekern und Patienten in die Qualität der Generika.

ZIELVORGABE

In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können

Mobiltelefone erweitern die Kommunikation in den Entwicklungsländer

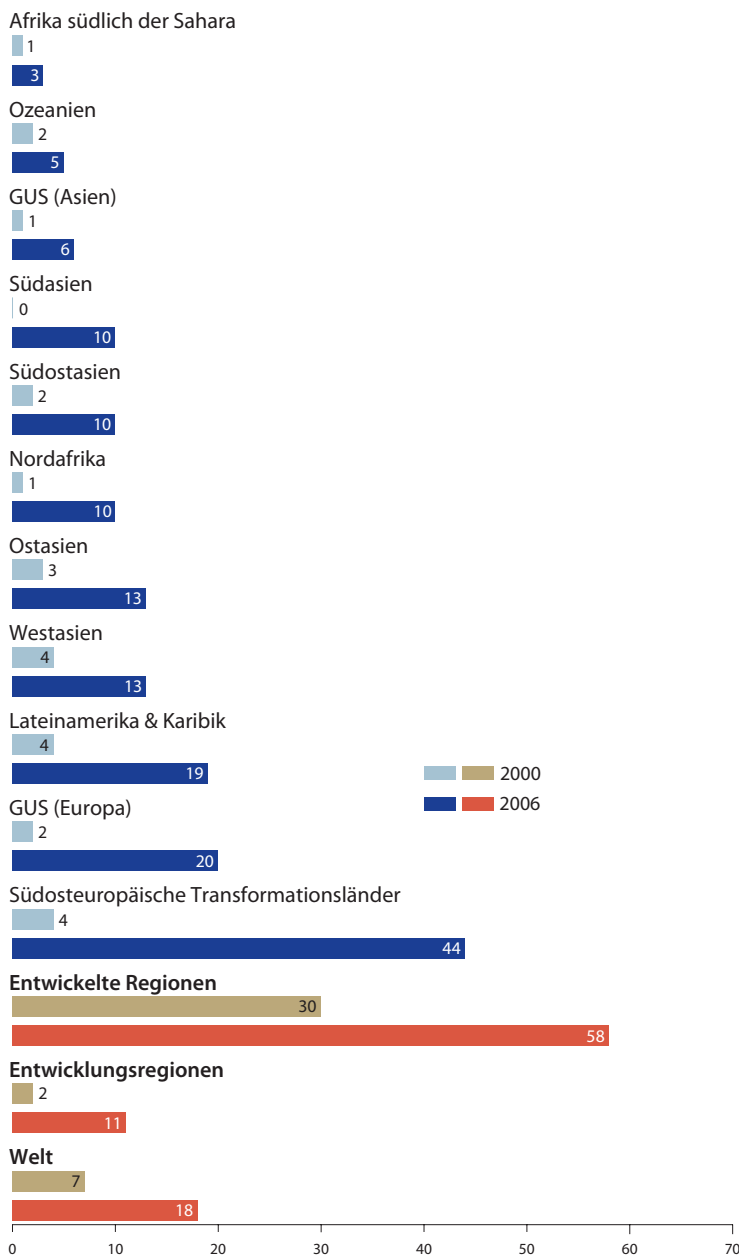
Zahl der Telefon- und Internetanschlüsse je 100 Einwohner (Welt) – 1990-2006



Die Zahl der Festnetz- und Mobiltelefonanschlüsse schnellte zwischen 1990 und Ende 2006 von 530 Millionen auf mehr als 4 Milliarden. Die Nutzung von Mobiltelefonen erhöhte sich mit mehr als 500 Millionen Neukunden seit 2005 drastisch, und Ende 2006 gab es insgesamt mehr als 2,7 Milliarden Mobilfunkteilnehmer. Das Wachstum war in den Regionen mit einer geringen Festnetzdicke am höchsten. In Afrika kamen 2006 mehr als 60 Millionen neue Mobilfunkkunden hinzu, und fast jedes Land hat heute mehr Mobilfunk- als Festnetzteilnehmer. Ende 2006 hatten in Afrika etwa 200 Millionen Menschen oder 22 Prozent der Bevölkerung ein Mobiltelefon; 3 Prozent hatten einen Festnetzanschluss, und 5 Prozent nutzten das Internet. Technologische Entwicklungen und der Einsatz drahtloser Breitbandtechnologien eröffnen neue Chancen zur Schließung der zwischen Entwicklungsländern und entwickelten Ländern bestehenden Lücke im Kommunikationsbereich.

Die Internetnutzung nimmt rasch zu, doch die ärmsten Regionen liegen zurück

Zahl der Internetnutzer je 100 Einwohner – 2000 und 2006



Die Bereitstellung von Internetanschlüssen in den Entwicklungsländern wird die Ziele in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Beschäftigung und Armutsminderung verwirklichen helfen. Ende 2006 waren 1,2 Milliarden Menschen – knapp über 18 Prozent der Weltbevölkerung – an das Internet angebunden. Die digitale Spaltung ist jedoch noch immer ausgeprägt.

In den entwickelten Ländern nutzten 58 Prozent der Bevölkerung 2006 das Internet; in den Entwicklungsländern waren es 11 Prozent und in den am wenigsten entwickelten Ländern nur 1 Prozent. Breitbandzugang, der die Internetnutzung in den entwickelten Ländern vorangetrieben hat, findet in vielen Entwicklungsregionen nur langsam Verbreitung. 2006 bestanden in den meisten Ländern Afrikas südlich der Sahara noch keine kommerziellen Breitbanddienste, und wo es sie gab, blieben sie für die Mehrheit der Bevölkerung auf Grund der hohen Kosten unzugänglich.



Hinweise für den Leser

Messung des Umsetzungsstands der Millenniums-Entwicklungsziele

In der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen vom September 2000 einigten sich führende Politiker aus 189 Nationen auf eine Vision einer Welt, in der entwickelte Länder und Entwicklungsländer partnerschaftlich zusammenarbeiten, um Verbesserungen für alle, insbesondere die am stärksten Benachteiligten, zu erzielen. Um einen Rahmen für die Messung des Umsetzungsstands zu schaffen, wurde diese Vision in acht Millenniums-Entwicklungsziele, 18 Zielvorgaben und 48 Indikatoren umgesetzt. 2007 wurde dieser Überwachungsrahmen überarbeitet und um vier neue Zielvorgaben ergänzt, auf die sich die Mitgliedstaaten auf dem Weltgipfel 2005¹ geeinigt hatten; darüber hinaus wurden zusätzliche Indikatoren zur Messung des Umsetzungsstands der neuen Zielvorgaben festgelegt².

In diesem Bericht wird der Umsetzungsstand auf der Grundlage der im Juni 2008³ verfügbaren Daten zu allen offiziellen Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele, einschließlich der neu eingeführten, bewertet. Die in diesem Bericht verwendeten aggregierten Zahlen dienen der Gesamtbewertung der regionalen Fortschritte im Hinblick auf die acht Ziele und sind ein geeignetes Mittel, die im Laufe der Zeit erzielten Fortschritte zu verfolgen. Die Situation einzelner Länder innerhalb einer bestimmten Region kann jedoch erheblich von den gesamtregionalen Werten abweichen. Das Jahr 1990 ist das Basisjahr für die Bewertung, doch sind die Daten für 2000 nach Möglichkeit ebenfalls angegeben, um ein klareres Bild der seit Unterzeichnung der Erklärung erzielten Fortschritte zu vermitteln.

Grundlagen dieser Analyse

Dieser Analyse liegen von der Interinstitutionellen und Sachverständigen-gruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele zusammengestellte regionale und subregionale Werte zugrunde. Diese errechnen sich in der Regel aus dem gewichteten Mittel der Daten für ein bestimmtes Land, wobei die Referenzbevölkerung der Gewichtungsfaktor ist. Um die Vergleichbarkeit zwischen Ländern und Regionen zu gewährleisten, werden die Daten herangezogen, die auch von internationalen Organisationen innerhalb ihres jeweiligen Sachgebiets verwendet werden (eine Auflistung der beitragenden Organisationen findet sich auf der vorderen Umschlagsinnenseite). Pro Indikator wurden eine oder mehrere Organisationen zur offiziellen Datenquelle und federführenden Stelle für die Entwicklung von Datenerhebungs- und -analysemethoden bestimmt.

Die Daten stammen in der Regel aus amtlichen Statistiken, die die Regierungen den für den jeweiligen Indikator zuständigen internationalen Organisationen übermitteln. Dies geschieht über die regelmäßige Erhebung von Daten bei Ministerien und nationalen Statistikämtern aus aller Welt.

Um die vielfach bestehenden Datenlücken zu schließen, werden für die Erfassung bestimmter Indikatoren ergänzend oder ausschließlich Daten aus Erhebungen herangezogen, die von internationalen Organisationen gefördert und durchgeführt werden. Dies gilt vor allem für Gesundheitsindikatoren, die größtenteils aus Mehrfachindikator-Clustererhebungen sowie aus demographischen Erhebungen und Gesundheitserhebungen abgeleitet werden.

In einigen Fällen verfügen einzelne Länder über aktuellere Daten als die zuständigen Sonderorganisationen. In anderen Fällen legen Länder die zur Errechnung des Indikatoren erforderlichen Daten nicht vor, woraufhin die zuständigen internationalen Organisationen die fehlenden Werte schätzen. Schließlich sind, selbst wenn die Länder die erforderlichen Daten vorlegen,

oft Anpassungen notwendig, um internationale Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Die Daten aus internationalen Quellen weichen daher oft von den in den einzelnen Ländern verfügbaren Daten ab.

Die Statistikabteilung der Vereinten Nationen führt die offizielle Website der Interinstitutionellen und Sachverständigen-gruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele sowie ihre Datenbank – zugänglich über <http://mdgs.un.org>. Um die Transparenz zu erhöhen, sind die Landesdatenreihen in der Datenbank farblich gekennzeichnet, sodass ersichtlich ist, welche Zahlen Schätzwerte sind und welche von den nationalen Stellen vorgelegt wurden. Darüber hinaus sind auch Metadaten enthalten, in denen die Berechnung der Indikatoren und die für die regionale Aggregation verwendete Methodik im Einzelnen erklärt werden.

Abweichungen zwischen Quellen und Lücken bei den nationalen Daten haben unter Statistikern Fragen aufgeworfen. Daher wurden in jüngster Zeit zahlreiche Vorstöße unternommen, um die nationale und die internationale Überwachung miteinander abzugleichen und die Unterschiede auszuräumen, die zwischen den von verschiedenen Stellen innerhalb eines Landes und von internationalen Organisationen verwendeten Methoden und Definitionen bestehen. In den Ländern wird daran gearbeitet, die Verfügbarkeit der notwendigen Daten, die Koordinierung der nationalen Statistiksysteme und die Mechanismen für die Berichterstattung an internationale Statistikorganisationen zu verbessern.

Aufbau leistungsfähigerer Statistiksysteme

Im Zuge dieser Maßnahmen zur Messung und Überwachung des Umsetzungsstands der Millenniums-Entwicklungsziele und zur Berichterstattung darüber wurde deutlich, dass die Kapazitäten der meisten Entwicklungsländer zur Datengewinnung, -analyse und -verbreitung ausgebaut werden mussten. Seit Beginn der regelmäßigen Bewertung des Umsetzungsstands der Millenniumsziele vor mehr als fünf Jahren wurden eine Reihe von Initiativen mit diesem Ziel eingeleitet. Der 2004 von Hilfeempfängern und Interessenträgern auf Geberseite auf der zweiten Internationalen Rundtischkonferenz über Management im Dienste der Entwicklungsförderung verabschiedete Aktionsplan von Marrakesch für Statistik war ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung der Entwicklungsländer beim Ausbau ihrer Kapazitäten auf dem Gebiet der Statistik. Die Interinstitutionelle und Sachverständigen-gruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele befasst sich ebenfalls mit diesem Kapazitätsaufbau: Gemeinsam mit internationalen Organisationen, Gebern und Vertretern nationaler Statistikämter ermittelt die Gruppe nationale Prioritäten und gibt Empfehlungen dazu ab, wie die Erbringung und Koordinierung der Hilfe für einzelne Länder auf dem Gebiet der Statistik verbessert werden kann. 2006 machte sich der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen eine von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen, die sich aus Vertretern der nationalen Statistikämter zusammensetzt, verabschiedete Resolution zu eigen, in der hervorgehoben wurde, dass in den Ländern mit begrenzten Ressourcen dringend Kapazitäten auf dem Gebiet der Statistik aufgebaut werden müssen.

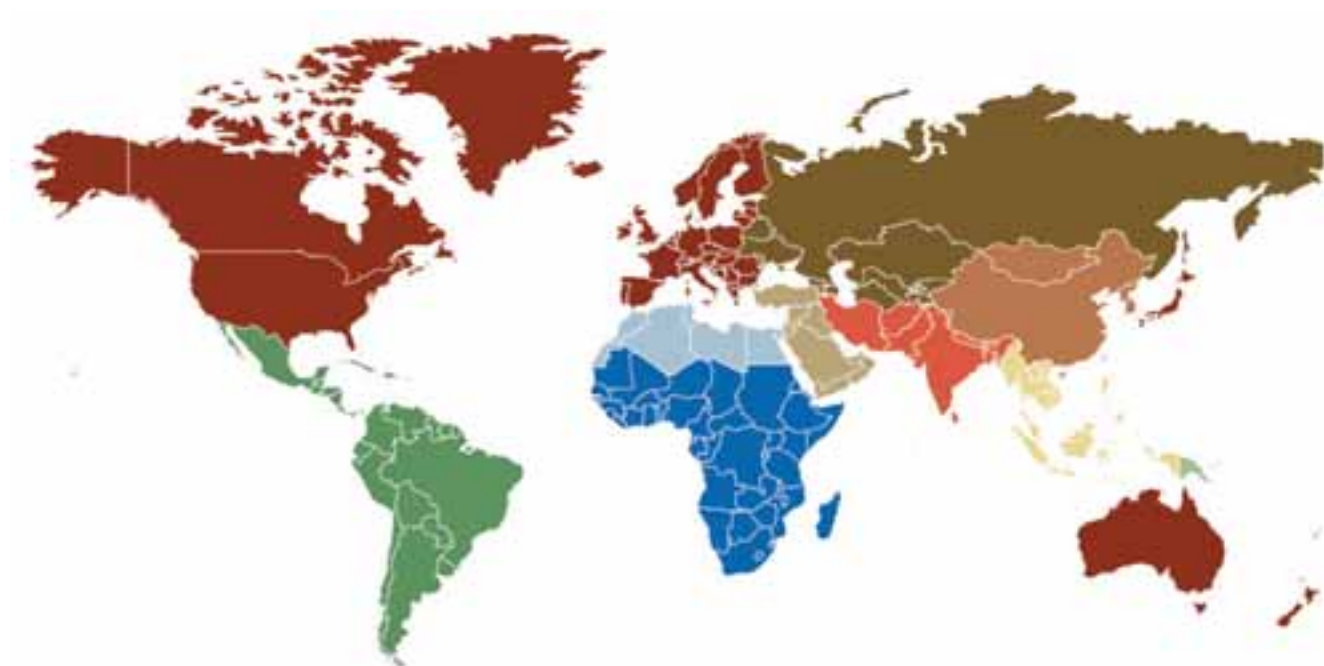
Der Aufbau entsprechender Kapazitäten wird davon abhängen, dass die Länder die Verantwortung für diese Initiativen übernehmen und die Regierungen die institutionellen Veränderungen anstoßen, die für die Tragfähigkeit der Initiativen für den Kapazitätsaufbau notwendig sind.

¹ Resolution 60/1 der Generalversammlung, Ergebnis des Weltgipfels 2005.

² Der neue Überwachungsrahmen für den Umsetzungsstand der Millenniums-Entwicklungsziele ist unter <http://mdgs.un.org> verfügbar.

³ Angesichts des Zeitabstands zwischen Datenerhebung und -analyse liegen nur für wenige Indikatoren Daten des laufenden Jahres bzw. des Jahres 2007 vor.

Regionale Gruppen



- Entwickelte Regionen
- Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)
- Nordafrika
- Afrika südlich der Sahara
- Südostasien
- Ozeanien
- Ostasien
- Südasien
- Westasien
- Lateinamerika & Karibik

Die in diesem Bericht aufbereiteten Daten zeigen den Umsetzungsstand der Millenniums-Entwicklungsziele für die Welt insgesamt sowie für verschiedene Ländergruppen. Diese Gruppen sind unterteilt in die „Entwicklungs“-Regionen, die Transformationsländer der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten Asiens und Europas sowie die „entwickelten“ Regionen¹. Die Entwicklungsregionen wiederum werden den aus der Karte ersichtlichen Subregionen zugeordnet. Diese regionalen Gruppen bauen auf dem geografischen Unterteilungsschema der Vereinten Nationen auf, wobei einige notwendige Änderungen vorgenommen wurden, um sinnvoll analysierbare Ländergruppen zu bilden. Eine vollständige Liste der Länder jeder Region und Subregion findet sich unter <http://mdgs.un.org>.

¹ Da im System der Vereinten Nationen keine gängige Norm für die Unterteilung in „Entwicklungs-“ und „entwickelte“ Länder oder Gebiete besteht, erfolgt diese Unterscheidung hier lediglich zum Zweck der statistischen Analyse.

Weitere Informationen in Englisch finden sich

auf der Website der VN-Statistikabteilung über die Millenniums-Entwicklungsziele unter <http://mdgs.un.org>

auf der VN-Website über die Millenniums-Entwicklungsziele unter <http://www.un.org/millenniumgoals>

auf der Website der VN-Gruppe für die Millenniums-Kampagne unter <http://www.millenniumcampaign.org>

FOTOS

Deckblatt: VN-Foto/Tim McKulka

Seite 2: VN-Foto/Fred Noy

Seite 6: UNICEF/HQ06-2417/Susan Markisz

Seite 11: UNICEF/HQ05-1148/Kent

Seite 14: VN-Foto/Shehzad Noorani

Seite 17: VN-Foto/WFP

Seite 18: VN-Foto/Martine Perret

Seite 22: VN-Foto/Eskinder Debebe

Seite 25: VN-Foto

Seite 26: UNICEF/HQ06-2706/Shehzad Noorani

Seite 30: VN-Foto/Mark Garten

Seite 37: VN-Foto/Mark Garten

Seite 38: UNCDF Foto/Adam Rogers

Seite 45: VN-Foto/Tim McKulka

Seite 46: VN-Foto/Fred Noy

Seite 51: UNCDF Foto/Adam Rogers

Die Seiten 12 und 13 wurden im Englischen als separates Addendum veröffentlicht.

Copyright © Vereinte Nationen 2008

Alle Rechte vorbehalten.



„Die Millenniums-Entwicklungsziele sind erreichbar, wenn die Maßnahmen zur Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen sofort einsetzen. Die weltweite Erreichung der von uns gesetzten Entwicklungsziele ist nicht nur für die Schaffung besserer, gesünderer und menschenwürdigerer Lebensbedingungen für Millionen von Menschen unerlässlich, sondern auch für die Herbeiführung eines dauerhaften Weltfriedens und dauerhafter internationaler Sicherheit.

Wir sind die Generation, die die Entwicklungsziele erreichen und unsere Mitmenschen – Männer, Frauen und Kinder – aus den erbärmlichen und entmenschlichenden Lebensbedingungen der extremen Armut befreien kann.“

– Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen 2007